

Politische Berichte

In dieser Ausgabe: Wohnungsverkauf in der ehemaligen DDR * Faschistendelegation in Zagreb/Jugoslawien * Rehabilitation der Opfer des kalten Krieges! * Zufriedenheit über Metall-Abschluß? * Der 11. Parteitag der DKP

Nummer 11 / 12. Jahrgang

23. Mai 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

Ost-Kolonisierung mit deutscher Führung?

Verträge mit Polen, der CSFR und Ungarn neue Betätigung für die Vertriebenenverbände

Nach der Anerkennung der polnischen Grenzen im 2 + 4-Vertrag sah es in der Öffentlichkeit einen Moment danach aus, daß die Vertriebenenverbände endlich überflüssig seien. Weit gefehlt, die Bundesregierung erhöhte praktisch zur gleichen Zeit die Gelder an die Vertriebenenverbände.

Aus der Presse konnte man den Eindruck bekommen, daß die Vertriebenenverbände mit dem deutsch-polnischen Vertragsentwurf überhaupt nicht einverstanden sind. Das ist aber nicht der Fall. Der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV) und CSU-MdB Koschik sprach sich gegen einen schnellen Vertragsabschluß aus und erklärte, daß der Vertrag ein „bedeutender Fortschritt“ gegenüber bisherigen Regelungen sei. Die Vertriebenenverbände wollen eine Art „doppelte Staatsbürgerschaft“ für die Polen, die sich zum „Deutschtum“ bekennen, und erheben den Anspruch auf Vermögenswerte.

Die Vertriebenenverbände würden nach dem vorliegenden Vertragsentwurf eine feste Institution. Artikel 20 besagt, daß „ungehindert Kontakte über Grenzen hinweg“ aufgenommen werden können und „Organisationen oder Vereinigungen“ eingerichtet werden können. Der Vertragsentwurf legitimiert auch die revanchistische Propaganda der Vertriebenenverbände als öffentlich zu unterstützende Kulturarbeit.

Die Vertriebenenverbände werden zu deutschen Kultur- und Siedlerorganisationen ausgebaut. Ein Bekenntnis zum „Deutschtum“ ist Grundlage ihres — mit den in Osteuropa tätigen BRD-Konzernen abgestimmten — Wirkens.

Außenminister Genscher hat die For-

derungen der Vertriebenen aufgegriffen und einen Brief vorgelegt, der Bestandteil des Vertrages werden soll. Darin wird festgehalten, daß Polen im Zusammenhang mit dem Beitritt zur EG „auch deutschen Bürgern eine Niederlassung in der Republik Polen erleichtert.“

Die Bundesregierung will ähnliche Vertragswerke auch mit der CSFR, Ungarn und Rumänien abschließen. Als Gegenleistung — so ist es im Vertrag mit Polen geregelt — forciert die BRD die Beitrittsverhandlungen mit der EG. Erst kürzlich wurde ein „deutsch-ungarisches Polizeiabkommen“ unterzeichnet. Erneute Kolonialverhältnisse bilden sich aus diesen Beziehungen heraus. Die FAZ zitierte am 7.5. den ungarischen Staatspräsident Göncz: „Deutschland könne in Mittel-Osteuropa eine integrierende Rolle übernehmen und sollte die Chance des Jahrhunderts nicht verpassen.“ Das Blatt berichtete: Kanzler Kohl stimme dem zu.

Zahlreiche Aufsätze über die Rolle der BRD in der EG und gegenüber den osteuropäischen Staaten erschienen in den letzten Monaten in politischen Fachzeitschriften. In einem Aufsatz „Alte Bindungen und neue Wege nach Mittel- und Osteuropa“ befaßte sich das Europa-Archiv mit den kulturellen Beziehungen und wies dabei unter anderem auf Sprachvorteile für BRD-Konzerne in

Der Propagandaapparat lief auf Hochtouren, und die Vertriebenenverbände breiteten sich ganz offen in Polen aus. Jetzt bei den Verhandlungen über den deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag und den verschiedenen Vertriebenentreffen waren sie wieder voll in den Schlagzeilen.

Osteuropa hin: in vielen osteuropäischen Staaten könnten Millionen Menschen „deutsch“ sprechen. Unter der Überschrift „Der dritte Anlauf zu einer europäischen Friedensordnung“ im neuesten „Europa-Archiv“ kommt ein amerikanischer Autor zu der Meinung, daß der BRD bei den Pariser Friedensverhandlungen „eine zentrale Rolle in Europa zugebilligt“ wurde.

Über den weiteren Expansionskurs wird offen diskutiert. Daß die BRD die zentrale Rolle bei der Kolonialpolitik nach Osteuropa ausüben kann, hängt auch entscheidend damit zusammen, daß die Vertriebenenverbände Leute stellen, die an solcher Politik ein direktes Interesse haben und dafür ein- und auftreten. Deshalb wünscht die Bundesregierung auch den „Dialog“ mit ihnen, wie Innenminister Schäuble auf dem Treffen der Sudetendeutschen verkündete.

Bei der weiteren Kolonisierung nach Osteuropa soll die KSZE eine wichtige Rolle spielen. Auf einem „deutsch-französischen Botschafter-Treffen“ in Weimar wurde in Anwesenheit der beiden Außenminister ein entsprechendes Papier über „eine neue Architektur für Europa“ verabschiedet. Im Juni soll es ein KSZE-Symposium über das „europäische kulturelle Erbe“ geben. Auch im Juni findet in Berlin die KSZE-Außenministertagung statt. — (jöd)



Fast alle alten Menschen im Anschlußgebiet sind wegen ihrer niedrigen Rente auf Sozialhilfe angewiesen. Für die 150000 Heimbewohner in den Ost-Ländern bedeutet das auch: Sie bekommen etwa 120 DM Taschengeld. Reisen sind damit fast unbezahlbar. Die PDS/LL im Bundestag hat deshalb eine Änderung des Sozialhilfegesetzes beantragt, um das Taschengeld auf 200 DM anzuheben (Drucks. 12/483). — (rül)

Rassisten verhängen Kriegsrecht

Die südafrikanischen Siedler weiten ihren Terror aus

Die Rassistenregierung ist dabei, erneut einen faktischen Ausnahmezustand über alle Wohngebiete der Afrikaner in Südafrika zu verhängen. Am 9. Mai ist in den Townships der Region Witwatersrand um Johannesburg herum eine vollständige nächtliche Ausgangssperre verhängt worden. Polizei und Armee sind bevollmächtigt, ohne jegliche Verfügung, allein auf von ihnen geäußerten Verdacht hin, die Wohnungen der Township-Bewohner zu durchsuchen. Verschärft worden sind außerdem die Gesetze gegen die sogenannte Bewaffnung von Schwarzen.

Zwar hat die Regierung angekündigt, das Gesetz zur Inneren Sicherheit solle gelockert werden. Tatsächlich sind aber alle Bestimmungen, die die Verhaftung von Schwarzen ohne Angaben von Gründen, ihre Inhaftierung bis zu einem halben Jahr ohne Anklage und ohne richterliche Verfügung, ohne Kontakt zu Rechtsanwälten oder Verwandten ermöglichen, weiter in Kraft. Justizminister Coetsee kündigte an, diese Bestimmungen solle künftig auf zwei Wochen beschränkt werden, aber einen Zeitpunkt für diese Änderungen teilte er nicht mit. Weiterhin können Polizei und Gerichte auch Bannverfügungen gegen Personen und Publikationen aussprechen. Auch Organisationsverbote gegen Organisationen des Befreiungskampfes sind nach wie vor möglich. Beide Mittel werden angewandt. Dies wird kaum registriert, weil nicht die zentralen Organisationen, sondern oft sehr wichtige lokale Selbsthilfeorganisationen, Gruppen, die die

Ausbildung in den Townships organisieren u.ä. von den Bannverfügungen getroffen werden.

Indessen werden die faschistischen Organisationen der Siedler zunehmend aktiver. In einigen Regionen hatten Organisationen des Befreiungskampfes die Afrikaner aufgerufen, das Land, das ihnen von den Siedlern durch die Apartheidsgesetze und die Landgesetze geraubt worden ist, durch Besetzung wieder an sich zu nehmen. Die Klerik hatte nämlich in seinen Reformankündigungen zwar mitgeteilt, die exklusiven Landbesitzrechte für die Weißen würden abgeschafft, gleichzeitig aber daran festgehalten, daß kein Land an seine rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden dürfe. Auf diese Landbesetzungen reagierten die Siedlerorganisationen mit Terror. Am 11. Mai überfielen etwa 1000 bewaffnete Siedler eine Gruppe von etwa 100 afrikanischen Landbesetzern, die in der Nähe von Ventersdorp begonnen hatten, Hütten zu bauen. Die Polizei schritt zwar ein, aber nur halbherzig. Obwohl einige der weißen Siedler verletzt wurden, setzten sie sich gegen die unbewaffneten Landbesetzer und gegen die schmale Polizeitruppe durch. In Tshing, ebenfalls in der Nähe von Ventersdorp, führten die Siedler ebenfalls einen Terrorüberfall durch. Weiße Farmer führen in einer schon lange bestehenden Siedlung der Afrikaner vor und erschossen willkürlich fünf Afrikaner.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 11., 14., 15.5.; Financial Times, 15.5. — (uld)

USA: Proteste gegen Haushaltskürzungen in New York



Etwa 20000 New Yorker Lohnabhängige protestierten am 30. April in Manhattan gegen die Haushaltspolitik des Gouverneurs des Bundesstaates (Bild). Dieser will Beschäftigte im

öffentlichen Dienst entlassen und Sozialprogramme kürzen. Die Lohnabhängigen verlangten, stattdessen Steuersenkungen zugunsten der Reichen zurückzunehmen. — (rül)

Kohl auf Kreta:

50 Jahre faschistischer Überfall

Am 25. und 26. Mai veranstaltet die griechische Regierung auf Kreta zur Erinnerung an die faschistische Invasion der Insel vor 50 Jahren Gedenkfeiern. Die Bevölkerung Kretas leistete den Invasoren heftigen Widerstand. Diese reagierten mit äußerster Brutalität: Nach offiziellen Zahlen wurden 3474 Kreter — darunter Frauen, Kinder, Greise — von den deutschen Truppen ermordet. Kohl will u.a. — gemeinsam mit dem griechischen Ministerpräsidenten Mitsotakis — auf einem deutschen Soldatenfriedhof einen Kranz niederlegen — zum Gedenken an die deutschen Toten, also an die Invasoren. — (rül)

Kapitalisten und Politik hetzen gegen Lohnfortzahlung

Wirtschaftsminister Möllemann, BDA-Präsident Murmann, Bild-Zeitung — alle sind sich einig, es werde zu viel krankgefeiert. Schuld daran sei die zu großzügige Lohnfortzahlung. BDI-Präsident Weiss knüpft an betriebsgemeinschaftliches Vokabular an. „Blaumachen sei eine Art Kameradendiebstahl“, und verlangt, daß bei Krankheit drei

Tage lang kein Lohn fortgezahlt werden solle. Die Bundespost spielt den Vorreiter für die Praxis: Vorgesetzte sollen Fehlzeitenlisten führen. Wer häufiger krank ist, soll schon am ersten Tag eine ärztliche Bescheinigung vorlegen müssen. Wer viel krank ist, soll von Beförderungen ausgeschlossen, versetzt oder sogar entlassen werden. Die Postgewerkschaft protestiert: Für den gestiegenen Krankenstand sind in erster Linie Personallücken verantwortlich. — (alk)

Türkischer Staat behindert Hilfsmaßnahmen für Kurden

Das Kölner Kurdistan-Komitee hat auf massive Behinderungen des türkischen Staates gegen Hilfssendungen für Kurden hingewiesen: „Die Menschenrechtsvereine in den kurdischen Provinzen erklärten, daß der türkische Staat seit dem 12. Mai fast 100 LKW's mit Hilfsgütern aus Europa und der Türkei, die für die Verteilung durch die nicht staatlichen und überparteilichen Hilfskomitees bestimmt waren, beschlagnahmt hat und diese nach einem kurzen Zwischenstopp in einem Depot bei Diyarbakir nach Ankara verfrachtet wurden. Dort wird das Material und die Hilfsgüter dem türkischen Roten Halb-

mond übergeben, der diese Spenden als Hilfe des türkischen Staates verteilt.“ Der Rote Halbmond ist als korrupte und parteiische Institution bekannt. Ein kurdischer Arzt, der eine Spendensendung aus Frankreich begleitete, wurde festgenommen und schwer gefoltert. — (rül)

Stoiber, Schäuble, Kinkel einig über Innere-Sicherheits-Gesetz

CDU/CSU und FDP haben sich weitgehend geeinigt auf den von Baden-Württemberg und Bayern initiierten Entwurf des Bundesrates für ein „Gesetz zur organisierten Kriminalität“ mit Bestimmungen zum Einsatz verdeckter Ermittler, ausgeweitete polizeiliche Befugnisse gegen „Verdächtige“ mittels Rasterfahndung und Datenerhebung sowie neue Regelungen zum Zeugenschutz. Über die beabsichtigte Verlängerung der Speicherfristen für „politisch motivierte Straftaten“ sollen jahrelange Verfolgungs- und Zugriffsmöglichkeiten gegen Leute, die sich z.B. an Hausbesetzungen beteiligt haben, abgesichert werden. Stoiber verlangt über den Entwurf hinaus die Legalisierung des Einsatzes von Abhöranlagen in Wohnungen und „milieugerechter“ Straftaten für verdeckte Ermittler. — (evc)

Arbeitstagung 1991 des AK öffentlicher Dienst

Die Arbeitstagung 1991 des Arbeitskreises Öffentlicher Dienst in der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik findet am 8. und 9. Juni 1991 in Köln statt. Schwerpunkt der Arbeitstagung soll die Tarifpolitik im öffentlichen Dienst sein. Insbesondere soll der Standort des Arbeitskreises in der verstärkt geführten Diskussion über eine Regionalisierung der Tarifpolitik erörtert und Grundsätze entwickelt werden, woran sich die Einkommen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten orientieren sollen. Wie kann eine Einkommensstruktur geschaffen werden, die ihre Grundlage nicht in der „Würde des Amtes“ hat, sondern in der Verausgabung von Arbeitskraft und den konkreten Reproduktionskosten? Am Samstagabend wird ein Vortrag über die Rechtswidrigkeit der Personalfragebogenaktion im Anschlußgebiet gehalten. Die Tagung beginnt am 8. Juni um 13.30 Uhr im Jugendgästehaus Köln und soll am Sonntag mittag gegen 12 Uhr beendet werden. Anmeldungen bitte umgehend an die Redaktionsadresse des DND richten: Redaktion DND, c/o GNN-Verlag, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1. — (kar)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Warteschleife

Auf Antrag der Regierungsfractionen (Drucksache 12/222) werden die Sonderregelungen für die Zahlung von Kurzarbeitergeld in den neuen Bundesländern bis zum 31. 12. 1991 verlängert. Bis zu diesem Datum werden den Unternehmen dort die Beiträge zur Sozialversicherung für die (viele: 0-Zeit)-Kurzarbeiter ersetzt. Die Kurzarbeiter, die sich weigern, an angebotenen „beruflichen Bildungsmaßnahmen“ teilzunehmen, werden mit einer Sperrfrist belegt. Zugleich wird das Alter für den „freiwilligen“ Vorruhestand für Männer auf 55 und für Frauen auf 54 Jahre herabgesetzt. Ein Drittel der Erwerbsfähigen in der Ex-DDR ist über 45 Jahre alt.

Steuerbeschlüsse

500 000 Mark Spesen kostete die Sitzung des Bundestags im Berliner Reichstag vom 14. 5., bei der in 2. und 3. Lesung die Steuerlücke verabschiedet wurde. Maßnahmen des „Solidaritätsgesetzes“(!), welches der Zustimmung des Bundesrates nicht bedarf: „Ergänzungsabgabe“ von 7,5 % der Steuerschuld auf Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer vom 1. 7. 91 bis zum 30. 6. 92; kräftiger Anstieg der Mineralölsteuer (z. B. für bleifreies Benzin um 0,22 auf 0,82 DM), der Erdgassteuer von 1 Pfennig auf 3,6 Pfennige je 10 Kilowattstunden, Tabaksteuer um 1 Pfennig je Zigarette, Versicherungssteuer von 3 auf 10 Prozentpunkte. Die Streichung der Vermögens- und Gewerbesteuer für die Ex-DDR muß vom Bundesrat gebilligt werden. Die EG plant eine generelle Mehrwertsteuer von 16 % für 1993 (BRD bisher: 14 %).

Verfassungs-Debatte

Am 26. 4. hat sich der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat konstituiert. Dieses Gremium mit je 16 Mitgliedern aus Bundestag und Bundesrat soll Kompromisse bei Gesetzesvorlagen erarbeiten, die Länderkompetenzen berühren und keine Zustimmung im Bundestag finden. Ebenfalls am 26. 4. hat die SPD-Fraktion ihren Antrag zu einer neuen Verfassung veröffentlicht (Drucksache 12/415). Sie fordert einen paritätisch aus Männern und Frauen besetzten „Verfassungsrat“ aus 120 Mitgliedern (nicht nur aus Abgeordneten), Volksabstimmung über die neue Verfassung, breite öffentliche Diskussion, Erörterung von bereits von „gesellschaftlichen Gruppen“ ausgearbeiteten Verfassungsentwürfen. Eine neue Verfassung bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat.

Sozialhilfekürzung

Die bayerische Regierung hat am 17. 5. im Bundesrat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Sozialhilfeleistungen an Flüchtlinge und Asylbewerber um 15 % senken soll. Der bayerische Sozialminister Glück erläuterte den rassistischen Vorstoß seiner Regierung mit dem

demagogischen „Argument“, Asylbewerber hätten „einen geringeren Informations- und Kommunikationsbedarf“ als Staatsbürger der BRD, die für Fahrtkosten, Bücher, Zeitungen, Radio u. ä. vorgesehenen Zahlungen könnten also bei Flüchtlingen entfallen, ohne deren Existenzminimum zu schmälern.

BRD-Ungarn: Polizeiabkommen

Die BRD und Ungarn haben bereits Ende März ein Polizeiabkommen unterzeichnet. Darauf weist jetzt das Innenministerium in seiner Zeitschrift „Innenpolitik“ hin. Das Abkommen sehe eine enge Polizeizusammenarbeit „bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Rauschgiftkriminalität, des Terrorismus und der illegalen Einschleusung von Personen“ vor und sei „das erste so umfassende Abkommen über polizeiliche Zusammenarbeit mit einem osteuropäischen Land“, heißt es in der Zeitschrift. Ähnliche Abkommen mit Polen und der CSFR würden vorbereitet. Bei der Unterzeichnung des Abkommens bedankte sich Schäuble noch einmal bei der ungarischen Regierung für deren Hilfe bei der DDR-Annexion.

Inflationsschub droht

Der Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung (Bt.-Ds. 12/223) betont die zwischen Ost und West gespaltenen Konjunktur. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, rechnet für die Ex-DDR „in nächster Zeit“ mit Arbeitslosenquoten „von 30 bis 50 Prozent“, während sie im Westen noch leicht rückläufig sind. Die Geldmenge ist gemessen am Vorjahr um fast 30 % gewachsen, Experten rechnen mit einer Teuerungsrate von vier Prozent bis Ende '91.

Gemeinden enteignen

Am 24. 4. im Haushaltsausschuß: Zum Gebiet der Ex-DDR wird ein eigenes Wohnungsgesetz vorbereitet. Laut Regierungsbericht gibt es 7 Millionen Wohnungen in der Ex-DDR, von denen 20-25 Prozent „nach westlichen Maßstäben unbewohnbar“ seien. 40 Prozent der Wohnungen sind in Privatbesitz, 18 Prozent werden genossenschaftlich genutzt, 42 Prozent kommunal verwaltet. Dieser bislang den Kommunen unterstehende Anteil soll jetzt privatisiert werden.

Was kommt demnächst?

Am 25./26. Mai ist Kohl in Kreta: Feiert zum 50. Jahrestag der faschistischen deutschen Invasion. Am 29./30. Mai findet in Lille, Frankreich, der deutsch-französische Gipfel statt. Ende Mai führt die SPD in Bremen ihren Parteitag durch. Am 2. Juni sind in Hamburg Bürgerschaftswahlen. Am 3. Juni beginnt der Bundestag seine Abschlusssitzungen über den Haushalt 1991. Im Juni findet in Berlin die KSZE-Außenministerkonferenz statt. Am 20. Juni soll der Bundestag den Streit um den Regierungssitz (Berlin/Bonn) entscheiden.

Tarifverhandlungen im Einzelhandel

Kapitalisten bieten 6,04 % — Verhandlung praktisch gescheitert

Die Einzelhandelskapitalisten haben sich praktisch nicht bewegt. In NRW, Baden-Württemberg und Bayern sind sie über ihr letztes Angebot nicht hinausgegangen. Das lautet:

6,04 % lineare Erhöhung, etwas bessere Anhebung in den drei ersten Berufsjahren, bei den Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr 75 DM, im 2. 130 DM, im 3. 80 DM.

Die Unternehmen weigern sich besonders in den Bereichen, in denen HBV besondere Anhebungen fordert, etwas zu tun: Beim Mindestbetrag, bei der Beschäftigungsgruppe II (Streichung von drei Berufsjahren, und je nach Landesbezirk entweder Öffnung in die Beschäftigungsgruppe III oder überproportionale Anhebung des letzten Berufsjahres) und bei den Gewerblichen, für die HBV überall Streichung der Leichtlohngruppen und überproportionale Anhebungen bzw. Vorweganhebung fordert.

Im Augenblick sieht es so aus, als ob die regionalen Arbeitgeberverbände abwarten, ob eine breitere Streikbewegung zustande kommt. Die Vertreter des bayerischen Arbeitgeberverbands zumindest treten durchaus provokativ auf.

Dr. Hoebusch (bay. Landesverband) sagte auf einer Betriebsversammlung bei Karstadt zu der Forderung, daß die seit langem Beschäftigten in der Beschäftigungsgruppe II (in Bayern hauptsächlich die Verkäuferinnen) endlich eine überproportionale Erhöhung ihrer Gehälter brauchen: die seien ihnen sowieso sicher und außerdem stünden sie hauptsächlich

zwischen den Regalen herum. In den Verhandlungen argumentieren die Arbeitgeber mit „ihren zukünftigen Aufgaben“, ihren Expansionsabsichten: sie bestreiten nicht, daß sie Riesenumsätze im letzten Jahr gemacht haben. Sie betonen, daß Tarifverträge nicht für das letzte Jahr gemacht werden, sondern für das kommende, und da hätten sie die Aufgabe, in den Ostländern zu investieren und die Wirtschaft aufzubauen.

Die Streikvorbereitungen laufen zögernd. Eine wichtige Rolle spielt dabei, daß z. B. in der Metallindustrie ohne größere Streikbewegung ein Ergebnis rausgekommen ist, das unter den Erwartungen vieler Betriebsräte im Einzelhandel blieb. Der Tarifabschluß im Öffentlichen Dienst hat auch eher demobilisierend gewirkt. Hinzu kommt, daß viele Betriebsräte, die am Kampf gegen den Dienstleistungsabend beteiligt waren, die Niederlage noch in den Knochen haben. In München hat bislang nur Wertkauf, der nicht im Arbeitgeberverband ist, gestreikt — da allerdings mit guter Beteiligung. Jetzt wird schwerpunktmäßig in den Gewerblichengruppen mobili-

siert, wo die Stimmung für Streik vorhanden scheint. Die nächsten Verhandlungen sind in NRW am 22., in Baden-Württemberg und Bayern am 23. Mai.

In Bayern, wo noch zwei Ortsklassen existieren (es wird die Abschaffung der Ortsklasse II gefordert), ist die Streikbereitschaft auch in den ländlichen Gebieten da. Die DAG hat angekündigt, daß sie sich nach dem 23. Mai — wenn kein diskutables Angebot vorliegt — an Warnstreiks beteiligen wird.

Die HBV ruft im letzten Flugblatt zur Beteiligung an ihren Tarifaktionen auf: „Die Prozente allein sind nicht entscheidend! Die unteren und mittleren Einkommen müssen überproportional angehoben werden. Deshalb sind wir für einen Mindestbetrag, wie er von HBV gefordert wird. Die Erfahrung, Qualifikation und Belastung der langjährig Beschäftigten muß endlich entsprechend bezahlt werden. Wir brauchen ein neues Endgehalt, insbesondere für die Verkäuferinnen, in der BG II mit DM 3014. Die Leichtlohngruppe I muß weg. Regale auffüllen ist körperlich schwere Arbeit, die besser zu vergütet ist.“ — (dar)

Wohnungsverkauf in der ehemaligen DDR

Diskussion in PDS-Arbeitsgruppe zum Thema Eigentumswohnungen

Im Ergebnis der am 3. Mai in der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit der PDS geführten Diskussion zum Verkauf kommunaler Wohnungen an die jetzigen Mieter erschien im Informationsblatt des „kommun-

alpolitischen forums“ Heft 5/1991 ein Beitrag von Dr. Uwe-Jens Rössel unter dem Titel „Die Risiken des Verkaufs kommunaler Wohnungen öffentlich machen“, den wir hier gekürzt wiedergeben möchten. — (sta)

In diesen Wochen ist das Für und Wider des Erwerbs von Wohneigentum in den neuen Bundesländern in der Diskussion.

Vierorts rennen MieterInnen die Türen von Wohnungsbau-Gesellschaften ein, weil sie ihre Wohnung kaufen möchten. Die Veräußerung kommunaler Wohnungen, überwiegend an die bisherigen Mieter, beschäftigt zunehmend die Gebietskörperschaften in Ostdeutschland. (...)

Es ist unerlässlich, die BürgerInnen und die kommunalen Selbstverwaltungsorgane in den neuen Bundesländern sowohl über Vorteile des Verkaufs von Wohnungen aus Kommunaleigentum als auch über Risiken und Probleme auf diesem Gebiet aufzuklären.

Die Bundesregierung — und mit ihr im Bunde die meisten Regierungen der neuen Bundesländer — verfolgen das Konzept, das ehemals volkseigene und mit dem 2. Staatsvertrag in die Verfügung der Kommunen übergegangene Wohnungsvermögen verstärkt zu privatisieren.

In den Jahren 1991 und 1992 sollen jeweils rund 50 000 entsprechende Wohnungen privatisiert werden. Das soll aber nur der Beginn einer Wohnungsprivatisierungsoffensive in Ostdeutschland sein. Der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Horst Rehberger (FDP), möchte auf diesem Wege „aus einem Volk von Mietern ein Volk von Wohnungseigentümern machen“.

Die sächsische Landesregierung verfolgt die Absicht, jede zweite kommunale Wohnung zu privatisieren.

Der Hintergrund solcher und ähnlicher Ziele besteht offensichtlich darin, auf einem wesentlichen Gebiet des bundesdeutschen Sozialsystems möglichst schnell eine Anpassung der neuen Bundesländer zu erreichen und auch in der Wohnungswirtschaft die marktwirtschaftlichen Prinzipien durchzusetzen.

Gegenwärtig wird die Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern in hohem Maße subventioniert. Die derzeit noch gültigen Wohnungsmieten decken nur 10 bis 15 Prozent der den Wohnungsbau-Gesellschaften entstehenden Kosten.

Mit den zum 1. Oktober 1991 zu erwartenden Mieterhöhungen in der ehemaligen DDR werden 40 bis 60 Prozent dieser Kosten durch die Mieten gedeckt. Dazu kommt ein Schuldenberg von insgesamt 25 Mrd. DM, der mit dem durch den 2. Staatsvertrag festgelegten Übergang von rund 3 Millionen volkseigener Wohnungen in Kommunaleigentum ebenfalls auf die ostdeutschen Kommunen übergegangen ist.

Die Belastungen daraus für die ostdeutschen Städte und Gemeinden sind immens — allein der Schuldendienst erfordert jährlich ca. 2,5 Mrd. DM. In so mancher Stadt umfaßt der Schuldendienst ein Drittel des jährlichen Haushaltsvolumens.

Die Bundesregierung versucht durch den Verkauf kommunaler Wohnungen an bisherige Mieter zumindest einen Teil der Subventionsverpflichtungen abzubauen. Und so manche Kommune sieht im Wohnungsverkauf aus kommunalem Bestand eine Chance, „aus eigener Kraft“ Teile der Schulden und des Schuldendienstes loszuwerden. (...)

Rechtliche Grundlage ist das bundesdeutsche „Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht vom 15. März 1951“. Dieses Gesetz ist seit dem 3. Oktober auch in der früheren DDR gültig. (...)

Was den Kaufpreis betrifft, so unterscheiden sich die bisher in Ostdeutschland praktizierten Konzepte teilweise erheblich. (...)

Im Rahmen des Gemeinschaftswerkes „Aufschwung Ost“ soll die Privatisierung von Wohnungen aus kommunalem Bestand durch 20 %ige Zuschüsse beim Erwerb durch die bisherigen Mieter begünstigt werden (höchstens jedoch 7 000 DM für die Familienvorsteherin/den Familienvorsteher plus 1 000 DM für jedes weitere Familienmitglied). (...)

Über die Hälfte der Altbau-Mehrfamilienhäuser in der früheren DDR weist bekanntlich schwerwiegende Mängel auf. Ähnlich ist die Situation der vor allem in Plattenbauweise errichteten Neubauwohnungen.

Aufgrund dieser mangelhaften Bausubstanz kann mit Wirkung vom 1. April 1991 in den neuen Bundesländern die für den Eigentumserwerb erforderliche Abgeschlossenheitsbescheinigung der Wohnung durch die Baubehörde auch dann erteilt werden, wenn Brand-, Wärme- oder Schallschutz, Trennwände und Trenndecken der Wohnungen zu anderen Wohnungen nicht den bauordnungsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Das Wohnungseigentumsgesetz wurde in diesem Sinne ergänzt. Diese Ausnahmeregelung ist bis zum 31. Dezember 1996 befristet.

Der Wohnungseigentümer geht also Monat für Monat erhebliche finanzielle Verpflichtungen ein. Sie dürften in der Regel weit über denen liegen, die aus absehbaren Mieterhöhungen entstehen werden. Viele MieterInnen in den neuen Bundesländern verbinden mit ihrem

Kaufantrag aber gerade die Hoffnung, vor der zu erwartenden Mietzinssteigerung sowie möglichen Kündigungen geschützt zu sein. Zu dem letztgenannten Argument ist jedoch noch folgendes zu bemerken:

Kann der Wohnungseigentümer seine Verpflichtungen nicht mehr bewältigen, werden sie gerichtlich geltend gemacht. (...)

Meiner Auffassung nach kommt angesichts der dargelegten Bedingungen in der Tat nur ein sehr kleiner Teil der MieterInnen in den neuen Bundesländern für den Kauf ihrer Wohnungen in Frage. Dabei dürfte es sich überwiegend um Personen mit schon heute stabil hohem Einkommen und guten Wohnungen in attraktiver Lage handeln.

Offenbar versprechen sich so manche BürgermeisterInnen aus dem Wohnungsverkauf in großem Stil Finanzmittel, die sie für die Sanierung der ihnen verbleibenden Wohnungen und den Abbau des Schuldenberges einsetzen wollen. (...)

Angesichts des hohen Anteils einkommensschwacher Haushalte in den neuen Bundesländern und der vielerorts bestehenden Wohnungsnot sollte der weitaus überwiegende Teil des kommunalen Wohnungsbestandes in Ostdeutschland als Sozialwohnungen — mit Mietpreis- und Sozialbindung — geführt werden. Der ehemals volkseigene und jetzt kommunale Wohnungsbestand, der zum Verkauf ansteht, wurde in der DDR ja zu einem großen Teil aus Mitteln der öffentlichen Hand finanziert; so manches Kriterium des sozialen Wohnungsbaus ist deshalb auf diese Wohnungen anwendbar. Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaften, deren Haupteigner die Städte und Gemeinden sind, sollten unbedingt fortbestehen und — wo notwendig — neu gebildet werden. Diese gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaften müssen nunmehr zu leistungsfähigen Vermietern, vor allem von Sozialwohnungen, entwickelt werden.

Die notwendige Entschuldung kommunaler Wohnungsunternehmen von allen durch die öffentliche Hand in der Ex-DDR bis 3. Oktober 1990 gewährten Krediten kann nicht von Gemeinde zu Gemeinde durch einen großangelegten Verkauf von Wohnungen erfolgen, die sich in kommunalem Bestand befinden. Erforderlich ist vielmehr, kommunale Wohnungsunternehmen (wie übrigens auch genossenschaftliche Wohnungsunternehmen und private Hauseigentümer) endlich durch Bundesgesetz zu entschulden.

7 Prozent in der Druckindustrie

Ein Abschluß, der keinen laut aufjubeln läßt

Bereits am ersten Tag der Schlichtungsverhandlungen, am 10. Mai, einigten sich die IG Medien und die Vertreter des Bundesverbandes Druck auf 7 % Lohn-erhöhung für die Beschäftigten der Druckindustrie. Die Schlichtungsverhandlungen hatten unter dem Vorsitz von H. Reiter, Präsident des Bundessozialgerichts, stattgefunden. Die Beschäftigten der Druckindustrie hatten die Verhandlungen mit zahlreichen Warnstreiks begleitet, obwohl durch die Terminierung der Verhandlungen auf Himmelfahrt und den darauffolgenden Freitag die Entfaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt waren. Inzwischen sind die 7 % auch für die Angestellten, die regional abgeschlossen werden, übernommen worden, z. B. in Nord und in Bayern.

Der Lohnrahmentarif schreibt eine Differenzierung der sieben gewerblichen Lohngruppen von 80 % bis 120 % vom Facharbeiterlohn (100 %) fest. Für die unteren vier Lohngruppen bringt der Abschluß zwischen 166 DM und 187 DM monatlich brutto mehr. Hier werden die Preissteigerungen und steigenden Steuerbelastungen zu spürbaren Einbußen führen. Die Facharbeiterlohngruppen V bis VII erhalten zwischen 208 DM und 250 DM brutto monatlich

mehr. Der von Metall geforderte Mindestbetrag von 280 DM hätte einen Abschluß von 9,4 % für den Facharbeiterlohn erfordert. Die Auszubildenden erhalten monatlich 79 DM mehr. In den sieben Angestelltengruppen (Nord, ohne Berücksichtigung der Abstufungen nach Tätigkeitsjahren) ergeben sich Erhöhungen zwischen 178 DM und stattdessen 390 DM in der obersten Gehaltsgruppe. Durch die Anbindung erhalten die Beschäftigten in den Ländern der ehemaligen DDR 60 %, ab 1. 10. 91 65 % der Westtarife.

In der Tarifkommission war beim Aufstellen der Forderung diskutiert worden, daß unter 7 Prozent keinesfalls abgeschlossen werden darf. Das heißt, auf die 7 Prozent mußte man auf jeden Fall kommen, für einen deutlich höheren Abschluß einen langen Streik bezahlen, dazu bestand keine Neigung der Gewerkschaftsführung. Zum 30. 6. 1992 kann der Lohnrahmentarifvertrag gekündigt werden. Bis dahin ist u. a. zu klären, wie stark die einzelnen Lohngruppen, vor allem die unteren beiden, belegt sind. Und ob es richtig ist, daß die Lohngruppenstruktur der IG Medien innerhalb der DGB-Gewerkschaften bezüglich der geringen Differenzierung vorbildlich sei. — (hao)

Enteignungen 1945-49: Keine Rückgabe, aber Entschädigung für Junker + Konzerne

Politisch opportunes BVerfG-Urteil/„Entschädigungsgesetz“ noch in diesem Jahr?



Junker sollen Entschädigung erhalten für Land, das immer andere bearbeitet haben.

Die Bestimmung im Einigungsvertrag, daß „Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage“ aus den Jahren 1945 bis 1949 auf dem Gebiet der späteren DDR nicht rückgängig gemacht werden, verstößt nach einstimmigem BVerfG-Urteil nicht gegen das Grundgesetz. 14 Verfassungsbeschwerden, die aus einer größeren Zahl herausgenommen wurden, sind als „nicht begründet“ zurückgewiesen worden. Allerdings müsse auch für diese Enteignungen eine Ausgleichsregelung geschaffen werden.

Bei den Enteignungen handelte es sich zum einen um mit der demokratischen Bodenreform in den Jahren 1945/46 enteigneten feudalen und junkerlichen Großgrundbesitz (insgesamt wurden 11 390 Privatbetriebe mit insgesamt ca. 2,6 Mio. ha enteignet, die gesamte Bodenreformfläche betrug 3,2 Mio. ha, etwa ein Drittel der DDR), zum anderen um 9 870 Industrieunternehmen und Gewerbebetriebe von Kriegsschuldigen und Naziaktivisten, die aufgrund des Befehls Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in den Jahren 1946 bis 1948 enteignet worden waren. Während mit der Bodenreform landlosen und landarmen Bauern und Landarbeitern Boden zugeteilt wurde, wurden die entschädigungslosen Enteignungen im Bereich der Industrie im Rahmen sowjetischer Reparationsmaßnahmen und zugunsten der deutschen Länder und Provinzialverwaltungen vorgenommen. Beides entsprach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vom 2. 8. 1945.

Die Kenntnis der Teilnehmer der Anhörung im Rahmen des BVerfG-Verfahrens am 18. 4. 1991 verschafft einen Eindruck, um welche Kreise es sich bei den „Beschwerdeführern“ handelt: Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände e. V. (Vors. Frhr. v. Ketteler), Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen

e. V. (Abg. der CDU-Fraktion im Nds. Landtag Adolf Frhr. v. Wangenheim), Bund der Mitteldeutschen Heimatverdrängten Landvolk e. V., Notgemeinschaft der SBZ/DDR-Geschädigten e. V., Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe e. V., Hilfsfonds für die Opfer der Bodenreform, Deutscher Bauernverband e. V., Bauernverband der Vertriebenen und Flüchtlinge e. V., Franz Ludwig Graf Stauffenberg (MdEP), Prof. Dr. Wolfgang von Stetten (MdB), Hartmut Koschik, MdB, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen. (1)

Bis zum 13. 10. 90 Eigentumsansprüche angemeldet haben auch entschädigungslos enteignete Konzerne wie die „IG Farbenindustrie in Abwicklung“, als Rechtsperson immer noch existierender Nachfolger des vom Nürnberger Tribunal der Organisation des verbrecherischen Raubkriegs und zahlreicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit überführten IG-Farben-Konzerns: Die erhoffte Beute reicht von Unternehmen wie die Leuna-Werke, die Buna-Werke Schkopau und die Aluminiumwerke Bitterfeld bis hin zu Grundbesitz von 15 100 ha. Die „IG Farbenindustrie i. A.“ stützt sich auf eben das Gutachten des Speyrer Verfassungsrechtlers Hans Herbert von Arnim, der sich mit 13 ausgewählten Klägern mit der Beschwerde an das BVerfG gewandt hat (2).

Zu dem Urteil erklärt die PDS/Linke Liste im Bundestag: „Das Urteil ist eindeutig. Indem es die Rückgabe von Grundstücken an die Enteigneten ausschließt, berücksichtigt es die legitimen Interessen von Hunderttausenden ehemaligen DDR-Bürgern, die sich durch die Bodenreform eine neue Existenz aufbauen konnten. Es ist eine Bestätigung des Standpunktes der Modrow-Regierung vom 1. März 1990, daß die Bodenreform nicht zur Disposition steht, weil

sie den Zielen des Potsdamer Abkommens entsprach. Damit bewiesen die obersten Verfassungsrichter den notwendigen Sinn für die politische Realität und erteilten nicht nur den Klägern, sondern auch deren politischem Umfeld aus Kreisen der Koalitionsparteien eine deutliche Absage.“ (3)

Im Potsdamer Abkommen hatten die Siegermächte die „völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands“ gefordert. „Das deutsche Wirtschaftsleben“ sei „in praktisch kürzester Frist ... zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen ... Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen ...“ (4) In diesem Sinne kamen 1947 auf der Außenministerkonferenz der vier Großmächte „die Außenminister zu folgenden Abmachungen: 1. bis Ende 1947 eine Bodenreform in Deutschland durchzuführen; 2. bis zum 31. Dezember 1948 alle Befestigungsanlagen in Deutschland zu zerstören; 3. bis zum 30. Juni 1948 die Rüstungsfabriken der Kategorie I zu liquidieren.“ (5)

Die Bundesverfassungsrichter berufen sich in ihrer Urteilsbegründung zwar keineswegs auf das Potsdamer Abkommen, gehen jedoch in der Frage der Enteignungen 1945 — 1949 vom „Territorialitätsprinzip“ aus, d.h. von der Rechtmäßigkeit auch entschädigungsloser Enteignungen durch fremde Staaten, soweit sie das fremde Staatsgebiet betreffen. Damit betrachten sie das Gebiet der späteren DDR völkerrechtlich als Ausland. Diese völkerrechtlich höchst interessante und korrekte Argumentation, gegen die denn auch die Kommen-

tatoren Fromme (FAZ) und Mundorf (Handelsblatt) entsprechend polemisieren (6), konnte zustandekommen, weil es aus diversen Gründen (Zustimmung der SU usw.) politisch opportun war und ist, von einer Rückgabe des enteigneten Vermögens abzusehen und stattdessen eine „Ausgleichsregelung“ vorzusehen, die ja bereits im Einigungsvertrag als Möglichkeit enthalten und nach dem BVerfG-Urteil Pflicht des Gesetzgebers ist, wobei die Höhe der „Ausgleichsleistung“ offen ist. Daß den Großgrundbesitzern, Kriegsverbrechern usw. überhaupt etwas „ausgeglichen“ werden soll, ist ein politischer Skandal.

Direkt nach dem Urteil hat das Bundesfinanzministerium ein „Entschädigungsgesetz“ angekündigt, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. (7) Minister Waigel erklärte in einem Interview, daß bei der Höhe der Entschädigungen der bereits gewährte Lastenausgleich berücksichtigt werden müsse und daß es nicht zu Steuererhöhungen kommen werde. (8) Justizminister Kinkel erklärte, daß die Verfassungsrichter anerkannt hätten, daß auf die Bundesregierung gewaltige finanzielle Lasten zukämen. In diesen Rahmen müßten Entschädigungen gestellt werden. (7) Alenthalben wird angesichts der noch offenen gesetzlichen Regelung mit „Vorschlägen“ und Gerüchten hantiert, um Eckpunkte zu setzen.

Die FAZ berichtet Anfang Mai, daß ein „Entschädigungsfonds“ gebildet werden solle. Da es eine erhebliche Wertsteigerung von DDR-Grundstücken nach der Grenzöffnung gegeben habe, solle Ende des Jahres eine Sonderabgabe in Höhe von 20 % des Zeitwerts von Haus- und Grundbesitz in der ehemaligen DDR gezogen werden, die in den „Fonds“ fließen sollen. Weiterhin sollten 20 % der jährlichen Bruttoverkaufspreise der Treuhand zur Finanzierung benutzt werden. Für den Rest sei der Bund zum Defizitausgleich verpflichtet. Die Höhe der Entschädigung solle nach der Formel „Einheitswert von 1935 plus 30 %“ errechnet werden. Es werde ein gleicher Entschädigungsmodus für die Zeit 1945 bis 1949 wie nach 1949 angestrebt. Soweit die FAZ. (9)

Gegen eine Vermögensabgabe auf Grundbesitz in der ehemaligen DDR, die bei einem Einheitswert von 15 000 DM etwa 20 000 bis 25 000 DM ausmachen würde, hat u.a. der brandenburgische Landwirtschaftsminister Zimmermann (SPD) protestiert. (10)

Quellen: (1) Liste CDU-MdB Laufs; (2) Mannheimer Morgen, 15./16. 9. 90; (3) PDS/Linke Liste im Bundestag, Presseerklärung 15. 24. 4. 91; (4) Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6; (5) Europa-Archiv, Juli 1947; (6) FAZ, Handelsblatt, 24. 4. 91; (7) Welt, 25. 4. 91; (8) Welt, 29. 4. 91; (9) FAZ, 2. 5.; (10) Der Tagesspiegel, 11. 5. — (mio)

Leitsätze

1. Art. 143 Abs. 3 GG in der Fassung des Art. 4 Nr. 5 des Einigungsvertrages ist mit Art. 79 Abs. 3 GG vereinbar.
2. Art. 79 Abs. 3 GG verlangt nicht, daß zur Wiedergutmachung von Enteignungsmaßnahmen einer fremden Staatsgewalt, die sich für den Grundbesitz verpflichteten Gesetzgeber als nicht hinnehmbar erweisen, die enteigneten Objekte zurückgegeben werden.
3. Es ist von Verfassungen wegen nicht zu beanstanden, daß nach deutschem internationalem Enteignungsrecht die Enteignungsmaßnahmen eines anderen Staates einschließlich entschädigungsloser Konfiskationen, auch wenn diese mit der eigenen Verfassungsordnung unvereinbar sind, grundsätzlich als wirksam angesehen werden, soweit sie Vermögen im Gebiet des fremden Staates betreffen.
4. Art. 3 Abs. 1 GG gebietet es, daß der Gesetzgeber auch für die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage im Sinne von Anlage III Nr. 1 des Einigungsvertrages eine Ausgleichsregelung schafft.

Urteil

Die Verfassungsbeschwerden werden zurückgewiesen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Beschwerdeführern ein Viertel der notwendigen Auslagen zu erstatten.

Gründe

II. Nach den Erläuterungen der Bundesregierung ... handelt es sich bei den Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage, die grundsätzlich nicht rückgängig gemacht werden, im wesentlichen um die entschädigungslosen Enteignungen im Bereich der Industrie zugunsten der Länder der ehemals sowjetisch besetzten Zone oder im Rahmen sowjetischer Reparationsmaßnahmen sowie um Enteignungen im Bereich der Landwirtschaft im Rahmen der sogenannten demokratischen Bodenreform. Der Rechtscharakter der Enteignungen als „besatzungsrechtlich“ oder „besatzungshoheitlich“ wird in der Erläuterung danach unterschieden, ob die Enteignungen in formeller Hinsicht auf entsprechenden Befehlen oder Anordnungen der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) oder aber auf Rechts- oder Hoheitsakten der Länder der ehemaligen

BVerfG-Urteil zu Enteignungen von 1945 bis 1949

Dokumentation: Auszüge des Urteils vom 23. 4. 91 zu den Verfassungsbeschwerden

sowjetischen Besatzungszone und kommunaler Stellen des sowjetischen Sektors von Berlin beruhen.

1. Die Bodenreform in der sowjetisch besetzten Zone wurde aufgrund von Vorschriften durchgeführt, welche die von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzten Landes- und Provinzialverwaltungen im September 1945 mit im wesentlichen gleichen Inhalt erlassen hatten. Nach dem Vorschub der Regelungen war mit ihnen bezweckt, die Forderungen der werktätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung zu erfüllen, den feudalen und junkerlichen Großgrundbesitz zu liquidieren sowie den landlosen und landarmen Bauern und Landarbeitern, darunter auch Übersiedlern aus dem Osten, Land zuzuteilen.

a) Nach den Vorschriften über die Bodenreform — für die im folgenden exemplarisch die Bestimmungen der Verordnung über die Bodenreform (BRVO) der Provinz Sachsen vom 3. September 1945 angeführt werden — wurde der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und führenden und aktiven Nationalsozialisten, darüber hinaus aber auch der gesamte private Großgrundbesitz von mehr als 100 ha Größe nebst allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen entschädigungslos enteignet ... Gerichtliche Rechtsschutzmöglichkeiten gegenüber den Maßnahmen gab es nicht. Auch die Einstufung als Kriegsverbrecher oder aktiver Nationalsozialist unterlag keiner gerichtlichen Kontrolle.

b) ... Die auf den Bodenfonds übertragenen Flächen betrugen ... etwa ein Drittel der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche der sowjetischen Besatzungszone von rund 9,5 Mio. ha ...

2. Die entschädigungslosen Enteignungen im Bereich der Wirtschaft wurden aufgrund von Befehlen oder Anordnungen der SMAD eingeleitet.

Durch Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 verordnete die SMAD die Sequestrierung des in der sowjetischen Besatzungszone befindlichen Eigentums

- a) des deutschen Staates und seiner zentralen und örtlichen Organe,
- b) der Amtspersonen der NSDAP, ihrer führenden Mitglieder und „hervortretenden“ Anhänger,
- c) der deutschen Militärbehörden und -organisationen,
- d) der vom Sowjetischen Militärkommando verbotenen und aufgelösten Vereine, Klubs und Vereinigungen,
- e) der Regierungs- und Staatsangehörigen ... der auf seiten Deutschlands am Krieg beteiligten Länder sowie
- f) von Personen, die von dem Sowjetischen Militärkommando durch besondere Listen oder auf eine andere Weise bezeichnet wurden.

... Mit Befehl Nr. 126 vom 31. Oktober 1945 wurde das Vermögen der NSDAP, ihrer Organe und der ihr angeschlossenen Verbände, die in einem besonderen Verzeichnis aufgeführt waren, konfisziert.

Nach dem SMAD-Befehl Nr. 97 vom 29. März 1946 war alles sequestrierte und konfiszierte Vermögen des nationalsozialistischen Staates, seiner Zentralorgane sowie der Zentralorgane seiner Organisationen den deutschen Verwaltungsbehörden „zur Kompetenz“ zu übergeben ... Aufgrund des Befehls Nr. 167 vom 5. Juni 1946 gingen die in einer dem Befehl beigefügten Liste aufgeführten Unternehmungen als teilweise Befriedigung der Reparationsansprüche der UdSSR in das Eigentum der UdSSR über.

Die sodann in den einzelnen Ländern und Provinzen durchgeführten Enteignungen erfolgten im Land Sachsen durch ein Gesetz, das durch Volksentscheid am 30. Juni 1946 mit 77,6 vom Hundert der abgegebenen Stimmen angenommen wurde. In den anderen Ländern und Provinzen ergingen anschließend ohne Volksentscheid entsprechende Verordnungen ... Enteignet wurde in allen Fällen zugunsten des Landes oder der Provinz ohne Entschädigung. Eine gerichtliche Nachprüfung der Maßnahmen war nicht möglich. Mit Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 stellte die SMAD fest, daß der Befehl Nr. 124

durchgeführt worden sei. Zugleich bestätigte sie die durchgeführten Enteignungen und legte fest, daß das Volkseigentum unantastbar sei ...

B. Die Verfassungsbeschwerden sind zulässig ...

C. Die Verfassungsbeschwerden sind nicht begründet ...

II. Die ... Regelung ... verletzt die Beschwerdeführer nicht in den geltend gemachten Grundrechten ...

2.b) Die Regelung in Nr. 1 Satz 1 der Gemeinsamen Erklärung verbietet es, die Enteignungen als nichtig zu behandeln, und schließt darüber hinaus aus, ihre Folgen durch eine Rückgabe der enteigneten Objekte umfassend zu beseitigen. Dagegen verbietet die Regelung nicht einen vermögenswerten Ausgleich der erlittenen Beeinträchtigungen. Ein solcher Ausgleich, dessen Höhe nicht festgelegt ist, wird vielmehr in Nr. 1 Satz 4 der Gemeinsamen Erklärung dem Gesetzgeber ausdrücklich vorbehalten ...

(1) Die Frage, ob jemandem eine bestimmte Rechtsposition zusteht, kann nur im Blick auf eine konkrete Rechtsordnung beantwortet werden. Nach der Rechtslage im Gebiet der früheren sowjetisch besetzten Zone und späteren Deutschen Demokratischen Republik bestand eine solche Rechtsposition nach dem Vollzug der Enteignungsmaßnahmen nicht mehr ...

(2) Die Enteignungen im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands können unabhängig davon, ob sie unmittelbar von der sowjetischen Besatzungsmacht veranlaßt wurden oder ob von dieser Besatzungsmacht eingesetzten deutschen Stellen insoweit ein eigener Entscheidungsspielraum zustand, nicht dem Verantwortungsbereich der dem Grundgesetz verpflichteten Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland zugerechnet werden. Die Bundesrepublik hat sich zwar seit ihrer im Sinne der Präambel des Grundgesetzes für das ganze Deutschland verantwortlich gefühlt. Ihre Staatsgewalt beschränkte sich aber nicht nur tatsächlich, sondern auch staatsrechtlich auf das damalige Gebiet

der Bundesrepublik. Eine Verantwortlichkeit ... bestand danach ebenso wenig wie etwa gegenüber Maßnahmen ausländischer Staatsgewalten. Im übrigen können die Enteignungsmaßnahmen größtenteils schon deshalb nicht am Grundgesetz gemessen werden, weil es zum Zeitpunkt dieser Maßnahmen noch gar nicht in Kraft war.

(3) ... Nach deutschem internationalem Enteignungsrecht werden die Enteignungen eines fremden Staates einschließlich der entschädigungslosen „Konfiskationen“ grundsätzlich als wirksam angesehen, soweit dieser Staat innerhalb der Grenzen seiner Macht geblieben ist ... Die Entschädigungslosigkeit der Enteignung oder ein ihr sonst nach inländischer Gerechtigkeitsvorstellung anhaftender Makel reicht danach ... für sich allein nicht aus, um ihr die Wirksamkeit abzuspüren.

Gegen diese einfachrechtliche Lage bestehen von Verfassungen wegen keine Bedenken. Die Geltung des Territorialitätsprinzips beruht insoweit auf dem Interesse an internationaler Ordnung, der auch die Verfassungsordnung der Bundesrepublik verpflichtet ist. Überstaatliche Rechtsgrundsätze, die dem entgegenstehen, sind nicht feststellbar. Das Territorialitätsprinzip, das die Wirkung von Enteignungen einschließt, entschädigungsloser Konfiskationen im dargelegten Sinne bestimmt, ist vielmehr international anerkannt. Auch wenn, wie die Beschwerdeführer geltend machen, die in Frage stehenden Enteignungsmaßnahmen von Anfang an auf die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer sozialistischen Ordnung gerichtet waren, gilt nichts anderes. Es wird gerade zum Wesen einer solchen Änderung der gesellschaftlichen Ordnung gerechnet, daß dabei keine oder nur geringe Entschädigung geleistet wird, weil sonst die beabsichtigte Umschichtung vereitelt würde ...

cc (1) ... Der Gesetzgeber der Bundesrepublik ... hat bei der Regelung eines solchen Lastenausgleichs einen weiten Gestaltungsspielraum und darf die Ausgleichsleistungen nach Maßgabe dessen bestimmen, was unter Berücksichtigung der übrigen Lasten und der finanziellen Bedürfnisse für bevorstehende Aufgaben möglich ist ...

Az 1 BvE 1170/90

Internationale Umschau



Zu schweren, drei Tage andauernden Straßenschlachten zwischen der belgischen Polizei und zumeist jugendlichen Ausländern kam es vom 10. bis 12. Mai in Brüssel. Die Unruhen begannen, als ein betrunkenen Polizist einen Ausländer bei einer Straßenkontrolle eine Pistole an den Kopf hielt. Als die Angehörigen des so bedrohten Ausländers protestierten, wurden sie von den Polizisten schwer mißhandelt. Bei den folgenden Straßenschlachten nahm die Polizei über 200 Personen, darunter zahlreiche Kinder, fest. Mehrere Kinder wurden verletzt, zwei davon schwer. Der Brüsseler Polizeichef rechtfertigte die Polizeiausschreitungen: Der „harte Kern“ der ausländischen Jugendlichen sei „nicht zu integrieren“. Die Bewohner des Viertels fordern jetzt eine unabhängige Untersuchung der Polizeibrutalitäten. Bild: eines der von der Polizei verletzten Kinder. — (rül)

Washington: Proteste gegen Polizeiübergriffe auf Hispanics

Mit heftigen Protesten wehrten sich Anfang Mai Bewohner eines Stadtviertels der US-Hauptstadt Washington gegen Polizeiübergriffe. Die Unruhen in dem von „Hispanics“, d.h. spanisch sprechenden Armen bewohnten Viertel hatten am 5. Mai begonnen, als eine Polizeistreife einen betrunkenen Mann lebensgefährlich ansoß. Die Polizei behauptet, der Mann habe die Streife mit einem Messer angegriffen. Die Bewohner des Viertels erklärten, der Mann sei bereits mit Handschellen gefesselt gewesen, als er angeschossen wurde, und kritisieren die rassistischen Polizeiübergriffe. Die Polizei griff die Proteste mit großer Härte an: Die Bürgermeisterin, die den Einsatz beobachtete, konnte sich wegen des enormen Tränengaseinsatzes nur mit Gasmaske bewegen. — (rül)

Frankreich: Kein „korsisches Volk“

Der französische Verfassungsrat hat den ersten Artikel des am 12. April in der Nationalversammlung mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten verabschiedeten Korsika-Statuts auf eine Klage der bürgerlichen, rechten Parteien hin für „verfassungswidrig“ erklärt. Der in diesem Artikel genannte Begriff „korsisches Volk“ sei nicht verfassungsgemäß. Die bürgerliche Rechte hatte mit der Begründung geklagt, das Korsika-Statut bedrohe die Einheit Frankreichs und stehe im Widerspruch zur Unteilbarkeit der französischen Republik. — (rül)

Kommunalwahlen in Italien — einige Ergebnisse

In 60 der mehr als 8000 Gemeinden fanden am 12./13. 5. 1991 Kommunalwahlen statt mit ca. einer Million Wahlberechtigten. Die Ergebnisse sind in einzelnen unterschiedlich und nicht einfach landesweit verallgemeinerbar. Dennoch stechen einige Entwicklungen ins Auge. In Städten des Nordens haben die gegen Ausländer und den italienischen Süden agitierenden „Ligen“ weiter hinzugewonnen, teils in der Größenordnung 20 %. Vor allem die Regierungsparteien Christdemokratie (DC) und Sozialistische Partei (PSI) haben dort verloren. In Gemeinden im Süden, insbesondere in Kalabrien, haben linke Kandidaturen verloren und DC und PSI dazugewonnen. Das gilt besonders für einzelne Städte, in denen in den letzten Wochen Mafiagewalt, zum Teil auch verbunden mit Drohungen gegen Linke, eskaliert ist. In diesen südlichen Städten ist die Sozialistische Partei teils stärker als die neugegründete Demokratische Partei der Linken (PDS) herausgekommen. Neben dem PDS hat in neun Städten auch Rifondazione Comunista kandidiert, die die Neugründung einer KP betreibt. Verschiedentlich lag die Summe der Stimmen beider unter der früheren PCI-Stimmenzahl, in einigen Fällen aber auch darüber. Rifondazione erzielte zwischen 4,2 % in Lamezia (Kalabrien) und 16,5 % in Soriano del Cimino (Latium). — (rok)

Spanien: Streiks in staatlichen Betrieben und öffentlichem Dienst

Mit zehntägigen landesweiten Streiks wollen die beiden großen spanischen Gewerkschaftsbünde, die sozialistische UGT und die kommunistischen CCOO, eine Anhebung der Löhne der Beschäftigten bei den staatlichen Betrieben und im öffentlichen Dienst erreichen. Die Gewerkschaften verlangen für die Arbeiter und Angestellten der Staatsfirmen (der Fluggesellschaft Iberia, der staatlichen Eisenbahn, der halbstaatlichen Telefongesellschaft u.a.) Lohnanhebungen von durchschnittlich 8,5 bis 9 Prozent. Das entspricht den bisherigen Tarifanhebungen in der privaten Industrie. Die Regierung, die behauptet, sie erwarte eine Teuerung von 5 Prozent oder weniger, will nur deutlich niedrigere Lohnanhebungen zugestehen, um so von den staatlichen Betrieben aus weiter Druck auf den Lohnstandard auszuüben und den Wünschen der großen privaten Konzerne, den Lohnstandard niedrig zu halten, weiter entgegenkommen zu können.

Trotz großer Hetze in der Presse wurde der Streikaufruf der beiden Gewerkschaftsbünde, die zusammen eine Million Lohnabhängige organisieren, weitgehend befolgt. Vor allem die staatlichen Verkehrsbetriebe wurden bestreikt. Bei der staatlichen Fluggesellschaft Iberia fielen bereits am ersten Streiktag, dem 14. Mai, 142 Inlands- und Auslandsflüge aus. Andere Flugzeuge hatten erhebliche Verspätungen. Bei den staatlichen Eisenbahnen fielen am Freitag, dem 17. Mai, die meisten Züge aus. Auch andere staatliche Betriebe mußten erhebliche Streikverluste hinnehmen. Nur die Telefongesellschaft soll wegen der weitgehenden Automatisierung des Telefonnetzes bislang nur geringfügig betroffen sein. Die Regierung versucht, mit Hinweis auf die am 26. Mai anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen die Streiks als politische Proteste gegen die Regierungspolitik zu isolieren.

Quellen: Neue Zürcher Zeitung, 17.5.; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.5.91 — (rül)

Polen: Streiks im Kupferbergbau

Mit zahlreichen Streiks versuchen die polnischen Lohnabhängigen, ihre immer weiter sinkenden Reallöhne zu verteidigen. Praktisch der gesamte Kupferbergbau in Polen wird seit dem 13. Mai bestreikt. Die 20000 im Kupferbergbau Beschäftigten haben u.a. vier Kupferbergwerke im Gebiet von Luben besetzt und die Direktionen der vier Bergwerke für „suspendiert“ erklärt. Sie verlangen Nominallohnhebungen von 100 Prozent, um so den Fall ihrer Reallöhne zu stoppen. In Warschau streiken seit dem 15. Mai 4000 Müllarbeiter. Auch sie verlangen eine Nominallohnhebung um 100 Prozent. Die Stadt Warschau schuldet der Müllabfuhr bereits umgerechnet 6 Mio. D-Mark für geleistete, aber nicht bezahlte Dienste. In Bialystok streiken die Busfahrer für Lohnanhebungen. Um ihre Forderungen zu unterstreichen, begannen dort acht Lohnabhängige am 16. Mai zusätzlich einen Hungerstreik.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Mai — (rül)



Mit landesweiten Aktionstagen will der niederländische Gewerkschaftsbund FNV Mitte Juni auf die Probleme der immer zahlreicheren Behinderten, nur noch teilweise arbeitsfähigen Lohnabhängigen hinweisen. Am 10. Juni sollen landesweit Meldestellen aufgebaut werden, auf denen Behinderte über ihre Erfahrungen mit den Kapitalisten berichten sollen. Daran sollen sich „Besuche“ bei den Unternehmen anschließen. Gegen Ende der Woche sollen die Gewerkschaften dann auf öffentlichen Veranstaltungen, Kundgebungen u.ä. über ihre Erfahrungen berichten und ihre Forderungen vortragen. Der FNV befürchtet, daß die Regierung auf die zunehmende Zahl von durch den Arbeitsprozeß zu Behinderten gemachten Lohnabhängigen mit einer Verschlechterung der Leistungen reagiert. — (rül)

Norwegen: Kampf um Viking Dekk

Reifenfirma soll vom Staat übernommen werden

In Askim, einer Industriestadt in Südnorwegen, kämpfen seit etwa einem halben Jahr die Bewohner um den Erhalt der Autoreifenfabrik Viking Dekk, die mit 550 Arbeitsplätzen ganz geschlossen werden soll. Eigentümer von Viking Dekk ist der schwedische Konzern Nivis Tyre, an dem der deutsche Reifenhersteller Continental (viertgrößter Reifenproduzent der Welt) Anteile besitzt. Das Werk in Askim ist eine reine Produktionsstätte, die mit Gewinn produziert. Hohe Verluste der Continental AG in den USA und ein harter Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt mögen der Hintergrund der geplanten Schließung des norwegischen Werkes sein.

Sofort nach Bekanntwerden der Pläne von Nivis Tyre hat sich in Askim ein Aktionskomitee gebildet, das u.a. vom norwegischen Chemiearbeiterverband getragen wird. Es mobilisiert landesweit gegen die Schließung von Viking Dekk und erhält breite Unterstützung von Gewerkschaften, Verbänden, u.a. dem Bauernverband, Parteien, Kommune und Kreis. Inzwischen sind 40000 Unterstützungsschriften gesammelt, und am 8. April 1991 wurde ein Askim-Aktionstag organisiert, unter anderem mit einer Demonstration in Oslo, die von zahlreichen gewerkschaftlichen Organisationen unterstützt wurde und an der ca. 3000 Menschen teilnahmen. Ein Institut wurde beauftragt, einen norwegi-

schen Käufer zu finden. Auf Druck einer breiten Öffentlichkeit konnte die Schließung immer wieder verschoben werden und Nivis Tyre erklärte sich bereit, zu verkaufen. Nach monatelangen Verhandlungen stellte sich heraus, daß im Land kein Käufer zu finden ist, man wurde international gesucht. Als ein japanischer Konkurrent Kaufinteresse zeigte, zog Nivis Tyre seine Bereitschaft zum Verkauf zurück. Die Empörung um Aktionskomitee war groß und richtete sich immer stärker gegen die sozialdemokratische Regierung. Ihr wurde vorgeworfen, daß sie von Nivis Tyre nicht den Verkauf verlange, da er die Konzessionsbedingungen verletzt habe. In dieser Absprache von 1988/89 hatte sich der schwedische Konzern verpflichtet, die Autoreifenproduktion in Askim aufrechtzuerhalten. Gefordert wurde, daß das Wirtschaftsministerium Nivis Tyre wegen Konzessionsbruchs zum Verkauf zwingen und dafür Sorge tragen solle, daß Betrieb, Verkauf und Vertrieb der Autoreifenproduktion in norwegische Hände kämen.

Aus den letzten Verhandlungen wurde bekannt, daß ein Kauf zustande kommt. Im Gespräch ist, daß der norwegische Staat als Hauptaktionär auftritt und ein finnischer und holländischer Konzern sich beteiligen.

Quelle: div. Ausgaben von Klassekämpfen (Norwegen) Januar-Mai 91 — (ccs)

Scala mobile im Binnenmarkt?

Italien: Kapitalistenverbände gegen Mindestlohnsicherungen

Die Auseinandersetzung um die sogenannten „Juni-Verhandlungen“ zwischen Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und Regierung spitzt sich zu. Zur Erinnerung: Als im Dezember 1990 nach monatelangen Verhandlungen die Chemie- und Metalltarife erneuert wurden, hatten sich die drei Gewerkschaftsdachverbände — praktisch als Preis für das Zustandekommen der Tarife — zu Verhandlungen ab Juni 1991 über die „Arbeitskosten“ bereitgestellt. Der Unternehmerverband Confindustria beschreibt seine Ziele mit diesen Verhandlungen in den „Briefen aus der Industrie“ so: „Das Problem muß an der Wurzel gepackt werden, um nicht die Eingangstür zu Europa 1993 zuzumachen. Wir sind das einzige europäische Land geblieben mit einem Scala-mobile-Mechanismus (automatischer Teuerungsausgleich, d. Verf.) und mit einem gegliederten System von Tarifverhandlungen auf drei Ebenen, mit einer sehr beachtlichen Quote selbständiger Arbeit, an die die Steuerbehörde nicht immer herankommen kann, und mit einem System sehr drückender sozialer Belastungen“. Mit den „Juni-Verhandlungen“ will Confindustria diese „Proble-

me“ lösen: vor allem mit der Abschaffung der Scala mobile, die den Unternehmerverbänden materiell, politisch und ideologisch ein Dorn im Auge ist. (Ab Mai 1991 z.B. wird für die Teuerung im Zeitraum November 1990 bis April 1991 eine monatliche Ausgleichszahlung von 33 679 Lire, ca. 45 DM, bezahlt für die Dauer des nächsten halben Jahres.)

Die drei Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL sind sich einig, daß die Scala mobile erhalten werden soll. Sie haben aber unterschiedliche Auffassungen über den Umfang und die Form der Ausgleichszahlungen. Auf die Formulierung präziser Zielpunkte bei der Scala mobile haben sie deshalb verzichtet, was die Unternehmerverbände zum Angriff an dieser Front ermuntern wird. Die Verhandlungsplattform der Gewerkschaftsbünde trifft besonders im Gewerkschaftsbund CGIL und an dessen Rand auf Widerstand. Die Autoconvocati („Selbstberufene“), eine oppositionelle Strömung, hat in Mailand angekündigt, 500 000 Unterschriften gegen die Juni-Verhandlungen und für die Verteidigung von Mindesteinkommensregelungen sammeln zu wollen. — (rok)

Faschistendelegation in Zagreb

Exilkroaten in der BRD werden mobilisiert

In der ersten Maiwoche befand sich eine Delegation von faschistischen Europaabgeordneten unter der Führung des Franzosen Le Pen in Zagreb und sondierten dort die Bedingungen, wie von faschistischer Seite her die Souveränität Jugoslawiens unterhöhlt werden kann. Nach der Presseerklärung des ehemaligen Republikaners Neubauer wurde die Abordnung von „hochrangigen Regierungsvertretern ... mit großer Herzlichkeit aufgenommen“. Nach Auffassung der faschistischen Delegation muß „der Vielvölkerstaat Jugoslawien aufgelöst werden ... Die EG muß dazu beitragen, daß Selbstbestimmungsrecht der Völker auch auf dem Balkan durchzusetzen.“

Die Faschisten stoßen mit dieser Forderung in der kroatischen Regierung auf offene Ohren, fordert doch schon seit langem der kroatische Präsident Franjo Tudjman das Eingreifen der EG. Es deutet jetzt alles darauf hin, daß eine EG-weite Aktion gegen Jugoslawien vorbereitet wird. So fordert Willi Brandt auf einem außenpolitischen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung, daß angesichts der chaotischen Zustände die Mitglieder der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in den Konflikt eingreifen müssen. Und

der österreichische Außenminister Mock fordert, daß eine Gruppe von EG-Spitzenpolitikern mit einem Vermittlungsauftrag nach Jugoslawien zu entsenden sei. Dabei geht er davon aus, daß „die Jugoslawen dies als eine Art Bevormundung ablehnen werden“. Die Zeit von Appellen sei aber nun vorbei, nun gelte es einen „operativen Beitrag“ zu leisten. Dafür hat sich Österreich schon gerüstet. Nach Aussagen des österreichischen Verteidigungsministers Fasslabend befindet sich das Bundesheer schon in erhöhter Alarmbereitschaft. Es sind Alarmpläne ausgearbeitet worden, „die es Österreich erlauben, mit allen Eventualitäten fertig zu werden.“

Es ist jetzt auch davon auszugehen, daß es zu einer breiten Mobilisierung der Kroatischen Exilanten vor allem in der BRD kommen wird. In Freiburg fand dazu eine Kundgebung statt, auf der ein Aufruf der kroatischen Regierung verteilt wurde, in dem es heißt: „Die Kroaten sollen nur Anweisungen folgen, die von der kroatischen Regierung kommen, aber bereit sein, in jedem Augenblick der Heimat zu Hilfe zu kommen, nicht nur mit materiellen Mitteln, sondern auch mit dem eigenen Leben.“

Quellenhinweis: NZZ, 8.5.91; SZ, 17.5.91 — (hav)

Arbeitsniederlegungen nach Provinzen 1990

Provinz	Streiks	Streikende	Pers.-Tage
Atlantik-Provinzen	14	14 491	360 370
Quebec	11	113 060	386 810
Ontario	20	66 913	2 373 730
Prärie-Provinzen	10	14 610	86 130
British Columbia	10	13 189	120
Island	1	2 300	59 800
Summe	66	224 563	3 387 810

Unter „Atlantik-Provinzen“ sind zusammengefaßt: Newfoundland, Prince Edward Island, Nova Scotia und New Brunswick. Sie haben zusammen etwas über 2 Mio. Einwohner. Quebec hat 6,5 Mio. und Ontario gut 9 Mio. Einwohner. Unter „Prärie-Provinzen“ sind zusammengefaßt: Manitoba, Saskatchewan und Alberta, mit zusammen 4,5 Mio. Einwohnern. In British Columbia wohnen knapp 3 Mio. Menschen.

Es zeigt sich damit, daß in den Atlantik-Provinzen und im Westen verhältnismäßig mehr Streiks stattfinden als in den industriellen Kernprovinzen Québec und Ontario, und zwar in kleineren Belegschaften: In den Atlantik-Provinzen und im Westen nahmen durchschnittlich 1 000 bis 1 500 Beschäftigte an einem Arbeitskampf teil, in Ontario gut 3 000 und in Québec gut 10 000.

Die mittlere Streikdauer lag in Québec bei 3,4 Tagen, in den Atlantik-Provinzen bei 24,9 und in Ontario bei 35,5. Wie die folgende Tabelle zeigt, waren die wichtigsten Branchen Industrie und Bau.

Arbeitsniederlegungen nach Branchen 1990

Provinz	Streiks	Streikende	Pers.-Tage
Bergbau	4	4 555	273 040
Industrie	23	46 103	1 449 660
Bau	8	122 300	1 136 950
Transport & Kommunikation	3	17 300	139 510
Handel	1	640	37 120
Dienstleistungen	24	29 265	315 500
Öffentliche Dienste	3	4 400	36 030
Summe	66	224 563	3 387 810

In der Industrie streikten demnach bei 23 Arbeitskämpfen durchschnittlich 2004 Beschäftigte durchschnittlich 31,4 Tage lang, während an den 8 Streiks beim Bau im Mittel 15 000 Beschäftigte jeweils 9 Tage die Arbeit niederlegten. Von den insgesamt 66 Auseinandersetzungen waren neun die umfangreichsten; sie sind in der folgenden Tabelle aufgelistet und führten zu mehr als 80 % der gesamten Ausfalltage. Hierbei ist leider (wohl aus Datenschutzgründen) die Zahl der Streikbeteiligten nicht mit aufgeführt. Einige Arbeitskämpfe wurden in mehreren Provinzen gegen denselben Arbeitgeber statt, d.h. waren nicht einzelbetriebliche, sondern konzernbezogene Kämpfe.

Die neun wichtigsten Arbeitskämpfe in Kanada 1990

Bestreikter Betrieb	Provinz	Gewerkschaft	Pers.-Tage
Stelco Inc.	Ont., Qu., Alb.	United Steelworkers	652 780
Algoma Steel Corp. Ltd.	Ontario	United Steelworkers	512 190
Electrical Contractors Assn.	Ontario	Internat. Brotherhood of Electrical Workers	468 000
Mechanical Contractors Assn.	Ontario	Plumbers & Pipefitters	324 000
Can. Pacific Forest Products	Ont., Qu., NB	Canadian Paperworkers	230 750
Ontario Sheet Metal & Air Handling Group	Ontario	Sheet Metal Workers	210 000
Brunswick Mining & Smelting	New Brunsw.	United Steelworkers	198 870
Hydro-Quebec	Quebec	C.U.P.E.	109 600
Assoc. des entrepren. constr.	Quebec	mehrere Gewerksch.	90 000
Summe			2 798 190

Ont. = Ontario; Qu. = Quebec; Alb. = Alberta; NB = New Brunswick; Steelworkers = Stahlarbeiter; Plumbers & Pipefitters = Installateure & Rohrleger; Paperworkers = Papierarbeiter; Sheet Metal = Blech; C.U.P.E. = Canadian Union of Public Employees (kan. Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes).

Kanadische Arbeiterbewegung 1990: Zahlreiche Streiks im ganzen Land

Langer Stahlstreik in Hamilton brachte 60c pro Stunde mehr und andere Verbesserungen

Jedes Jahr finden in Kanada im Rahmen der betrieblichen und konzernbezogenen Tarifauseinandersetzungen sowie in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes zahlreiche Streiks statt. Im Durchschnitt 1981-90 fielen jährlich 3,3 Millionen „Personen-Tage“ (also Streikteilnehmer, multipliziert mit Streiktagen) wegen Arbeitskämpfen flach.

Als Beispiel für einen nach Arbeitskämpfe abgeschlossenen Tarifvertrag wird im folgenden der von Stelco Inc., Hamilton, Ontario, dargestellt. Stelco ist der größte Stahlproduzent in Kanada. Die Gewerkschaft United Steelworkers of America ist eine großen nordamerikanischen Gewerkschaften, die von den USA aus auch Kanada mitorganisieren; sie ist beiden Gewerkschaftsdachverbänden angeschlossen, dem AFL/CIO und dem CLC, Canadian Labour Congress. Bei Stelco in Hamilton sind 6760 Arbeitskräfte in der Produktion beschäftigt. Das Tarifabkommen wurde im November geschlossen, nach sechsmonatigen Verhandlungen und dem bedeutendsten Streik dieses Jahres. Die Laufzeit des Abkommens ist vom 1. August 1990 bis 31. Juli 1993. Entsprechende Abkommen wurden für sieben weitere Niederlassungen von Stelco mit 3100 Arbeitskräften in Hamilton sowie in Concrecoeur und Lachine in der Provinz Québec und in Edmonton, Alberta, abgeschlossen.

Entsprechend der Laufzeit des Vertrags über drei Jahre sind die Lohnerhöhungen gestaffelt. Die allgemeine Erhöhung beträgt zum 1.8.90 60 Cent, zum 1.8.91 15c und zum 1.8.92 10c. Es handelt sich um Festbeträge, die auf die unterschiedlichen Stundenlöhne draufgerechnet werden. So verdient ab 1.8.90 ein Arbeiter in der Gruppe 2 (Angelernte) 16,34\$, in Gruppe 14 (Maschinenarbeiter) 18,70\$, in Gruppe 21 (Facharbeiter) 20,08\$, in Gruppe 28 21,46\$. Alle diese Löhne werden zum 1.8.91 um 15c erhöht, so daß hier keine weitere Spreizung stattfindet.

Der Ausgleich für die Steigerung der Lebenshaltungskosten (Cost-of-Living Allowance, COLA), für den 57c vorgesehen sind, wird in zwölf vierteljährlichen Raten angehoben, wenn die Inflationsentwicklung eine entsprechende Entwicklung nimmt. Diese Zahlung geht in den Grundlohn ein, wirkt sich also auch auf Prämien und Zuschläge aus. Steigt die Inflation weniger, so daß die 57c nicht oder nur teilweise ausgezahlt werden, so gehen dennoch mit Ende des Tarifvertrags die vollen 57c in den Grundlohn ein.

Prämien, die sich je nach Tarifgruppe zwischen 15c und 1,06\$ je Stunde bewegen, werden vierteljährlich ausge-

zahlt; sie wurden durch diesen Vertrag nicht erhöht.

Neu ausgehandelt wurde ein Plan zur Vermögensverteilung, durch den in „Perioden der Profitabilität“ die Beschäftigten einen Anteil erhalten sollen. Das soll der Fall sein, wenn der durchschnittliche Wertzuwachs der Jahre 1987-90, der bei 13,6% lag, überschritten wird. 26% des zusätzlichen Wertzuwachses werden an die Belegschaft ausgeschüttet.

Die Arbeitszeit liegt unverändert bei 40 Stunden pro Woche, die Schichtprämie zwischen 0 und 45c. Eine neue Prämie für Samstagsarbeit beträgt 50c pro Stunde, ab 1.8.91 erhöht auf 1\$. Es gibt (unverändert) 10 bezahlte Feiertage im Jahr; die Urlaubszeiten richten sich nach der Betriebszugehörigkeit (ebenfalls unverändert): 2 Wochen nach 1 Jahr, 3 nach 5, 4 nach 9, 5 nach 15, 6 nach 22 und 7 nach 30 Jahren. Urlaubsgeld 100%. Nach 22 Jahren im Betrieb können Beschäftigte bis zu 8 Urlaubswochen im Jahr aufsparen. Nach 25 Jahren Betriebszugehörigkeit haben Beschäftigte im Alter zwischen 61 und 65 Jahren

ein Anrecht auf zusätzliche 1-5 Wochen Urlaub. Nach 30 Betriebsjahren gibt es einen Vorruhestandurlaub von 15 Wochen unabhängig vom Alter.

Weitere Regelungen betreffen u.a. Krankheits- und Pflegekosten. So zahlt die Firma für Zahnbehandlung maximal 2000\$/Jahr, für Rezepte je Medikament 50c bis zu 25\$ im Jahr. Erhöht wurden die Einzahlungen des Betriebs in einen Arbeitslosen-Fonds von 6 auf 10c je Arbeitsstunde; weitere 3c (vorher 2) je Arbeitsstunde gehen an einen Ausbildungs-Fonds.

Eine Bestimmung zum technologischen Wandel sieht vor, daß Beschäftigte, die wegen technischer Entwicklungen umgesetzt werden, bis zu 104 Zahlungsperioden den vollen bisherigen Verdienst erhalten und weitere 26 Zahlungsperioden lang die Hälfte der Differenz zum neuen, niedrigeren Lohn. Zum Kündigungsschutz wurde festgelegt: Wird eine Abteilung geschlossen, so muß mindestens zwölf Monate vorher davon Mitteilung gemacht werden.

Quelle: Collective Bargaining Review, Dez. 1990 und Feb. 1991 — (mit)



Von der kanadischen Gewerkschaftsbewegung ist in Europa wenig bekannt: Streik bei Chrysler Kanada 1985

Bangladesh: Katastrophen unabwendbar?

Ein paar wirtschaftliche Hintergründe der Unwetterkatastrophe in Bangladesh

Der Zyklon über dem Golf von Bengalen vom Montag den 29. April und ein weiterer Wirbelsturm am 5./6. Mai haben rund einer halben Million Menschen das Leben gekostet. Ein US-„Vorauskommando“ für 13 000 Marines und Soldaten wurde am 12. Mai nach Bangladesh losgeschickt. Inzwischen wird auch die Gefahr von Cholera und Ruhrepidemien immer bedrohlicher. Ministerpräsidentin Khaleda Zia äußerte am 4. Mai, daß ihre Regierung alles nur Mögliche getan habe, die Katastrophe aufzufangen. Ausländische Regierungen haben denn auch schnell Zusagen für Soforthilfen gegeben (Saudi-Arabien 106 Mio., Europäische Gemeinschaft 12 Mio., USA 2,1 Mio. und Japan zwei Mio. Dollar). Die oppositionelle Awami-Liga kritisierte die mangelnde Koordination der Hilfeleistungen. Die Regierung sei nicht imstande, den Hilfstruppen mitzuteilen, wo welche Hilfen benötigt würden.

Bangladesh ist eines der ärmsten Länder der Welt und gilt gleichzeitig als „Musterschüler der Weltbank“. es hat die wirtschaftspolitischen Rezepte, wie Investitionsfreiheit und Liberalisierung des Imports übernommen.“ (Handelsblatt, 2.5.91) Am 2.5. schreibt das „Handelsblatt“: „Katastrophen und Korruption verwüsten das Land regel-

mäßig. Selbst reichliche Entwicklungshilfe kann die Strukturen kaum verbessern“. Und E. Haubold in der „FAZ“ vom 4.5. resümiert: „Die westliche Entwicklungspolitik für das ‚Armenhaus‘ in Südasien ist deshalb neu zu überdenken. Das Argument, Bangladesh werde einfach ewig am Tropf der westlichen Welt bleiben, genügt nicht mehr.“

Periodische Überflutungen sind grundsätzlich keine abnormale Erscheinung in Bangladesh. Die immer wieder vorkommenden Überschwemmungen lassen sich von der natürlichen Seite her auf zwei Gründe zurückführen. Einmal werden sie durch gleichzeitige ungewöhnliche Hochwasserwellen des Ganges und Brahmaputra verursacht, wie 1956 und 1970. Es werden dann großflächig die Gebiete entlang der Flußläufe und im Delta überflutet. 1970 gab es nur wenige Tote bei der Überschwemmung, da die Bevölkerung rechtzeitig gewarnt worden war. Das Küsten- und Deltagebiet im Süden (das jetzt auch durch die Sturmflut verwüstet wurde) ist hingegen mehr durch Sturmfluten des Meeres gefährdet, die durch Wirbelstürme aus dem Golf von Bengalen hervorgerufen werden. Im November 1970 verwüstete eine Sturmflut das Delta, die Hunderttausenden das Leben kostete. In diesem

Falle war eine frühzeitige Sturmwarnung ausgeblieben. Die Pressemeldungen über das Funktionieren einer Vorwarnung widersprechen sich. Während einige Artikel sogar davon berichten, daß die Menschen nicht bereit waren, sich aufgrund der Warnungen in Sicherheit zu bringen, berichten andere, daß unklar sei, ob es überhaupt eine Vorwarnung gegeben habe. Fest steht wohl, daß von den seit 1970 geplanten 2500 dreistöckigen Sturmbunkern bislang nur 300 gebaut wurden, so daß selbst bei rechtzeitiger Warnung viele Menschen gar keine Möglichkeit hatten, sich in Sicherheit zu bringen. Wirtschaftszeitungen schreiben jetzt auch unverhohlen darüber, daß die Abholzung der Bergwälder im Himalayagebiet zu einem ungehinderten Abfluß der Wassermassen führt (geschuldet ist dies dem unersättlichen Bedarf der westlichen Holzindustrien an Edelhölzern). Angeführt wird auch der unkoordinierte Bau von Deichen, der die Flußläufe beständig verändere, und auch die damit verbundene Zerstörung bestehender Deichsysteme als eine weitere Ursache für Überschwemmungsgefahren. Dies geht auch mit dem Verfall anderer Regulierungssysteme einher. Bangladesh ist bislang nicht in der Lage, das Baumaterial für Deiche und Dämme selbst zu produzieren. Es

muß aus Indien eingeführt werden. Trotz westlicher Gelder von rund drei Milliarden Mark im Jahr hat sich der Lebensstandard auf dem Land verschlechtert. Mit 170 Dollar pro Jahr gehört das Durchschnittseinkommen zu den niedrigsten der Welt. 40% der Bevölkerung müssen mit 120 Dollar im Jahr und weniger auskommen. Obwohl der Boden zu den fruchtbarsten in Asien zählt, kann sich das Land nicht selbst ernähren. Fast 94% der Kinder sind unterernährt. Die Versorgung der Erwachsenen liegt mit 1 800 Kalorien am Tag um 20% unter dem von der Weltbank ermittelten Tagesbedarf. Die Ausweitung der Juteproduktion für den Exportbedarf bedeutet gleichzeitig die Einschränkung von Produktionsflächen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Gelder aus dem Ausland müssen aufgewendet werden, um Nahrungsmittel zu importieren.

Die meisten Programme der Weltbank, für die Mittel an Bangladesh vergeben werden, richten sich auf die Erhöhung der Produktivität der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in Bangladesh. Es wird davon ausgegangen, daß sich die nutzbare Fläche nicht mehr ausdehnen läßt, aber eine Intensivierung der Bebauung mit entsprechend angepaßten Reissorten usw. eine erhebliche Ertragssteigerung bringen würde. Bislang muß man aber feststellen, daß die angestrebte Ertragssteigerung nicht zustande kommt und die Menschen des Landes den Naturgewalten weiterhin schutzlos ausgeliefert sind. Der Vorwurf der Korrup-

tion wird ebenfalls aus dem Westen erhoben. Diese bewirke, daß die Mittel nicht dorthin gelangen, wo sie hingehören. Die Stützung von Regimes, wie das des im letzten Jahr gestürzten Präsidenten Ershar, gehört ebenso zur gängigen Politik der Weltbank wie die Entsendung von Militär, wenn es aufgrund der jahrelangen Versäumnissen zu Katastrophen kommt. Und ein Ende dieser Art von „Entwicklung“ ist nicht abzusehen. Über 19 Länder unter Federführung der Weltbank versuchen seit 1988, „Ursachen und Folgen der immer wiederkehrenden ökologischen Katastrophen zu erforschen.“ Das „Handelsblatt“ (7.5.91) berichtet weiter, daß die Planungsphase dieses „Aktionsplans gegen Überschwemmungen“ 1992 beendet sein soll. Mit 65 Mill. DM unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Projekte dieses Plans. „Das Engagement deutscher Firmen erstreckt sich dabei von Deichbauten und Anlagen zum Flutschutz über Maßnahmen zur Flußregulierung bis hin zu Polderprojekten, ... Über die ersten Aufträge für das Polderprojekt wird zur Zeit im Ministerium beraten ...“. Die unverhohlene Drohung der Einstellung der „Hilfe“ wird gekoppelt mit Großprojekten, deren Nutzen für die Landbevölkerung überhaupt nicht sichtbar ist.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, Mai 1991, div. Ausgaben; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. und 6./5.91; Handelsblatt, 3. und 7.5.91; Fischer Länderkunde, Südasien. — (cog)

Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges!

Niedersächsische Initiativgruppe fordert Aufhebung des KPD-Verbotsurteils und wendet sich gegen Doppelbestrafung von Antifaschisten

Hannover. Am 20. 4. 91 trafen sich 32 Verfolgte aus der Zeit des kalten Krieges zu einer öffentlichen Beratung in Hannover. Sie alle waren in Niedersachsen verfolgt und inhaftiert worden. Anwesend waren Pressevertreter sowie weitere Gäste, unter anderem Abgeordnete des Landtages von Sachsen-Anhalt und des Stadtparlamentes von Magdeburg. Das Einführungsreferat hielt der Journalist Ulrich Sander aus Dortmund. Sein Thema lautete: „Das KPD-Verbotsurteil — für Immer und Ewig?“

U. Sander verwies auf die Ausgangsbasis, daß mit dem Anschluß der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz das KPD-Verbotsurteil auf Gesamtdeutschland angewandt wird und nicht nur auf das ehemalige Gebiet der Bundesrepublik begrenzt bleibt. Während in der Begründung des KPD-Verbotsurteils dieses nur bis zum Zeitpunkt der Wie-

derevereinigung gesehen wurde, gilt es nun für ganz Deutschland. Im KPD-Verbotsurteil wird die Wiedervereinigung nach § 146 des Grundgesetzes vorausgesetzt und auch von einer neuen verfassungsgebenden Versammlung gesprochen. Sander betonte, daß eine Diskussion um eine neue Verfassung, welche sich entwickelt, zu unterstützen ist.

Betroffene berichteten über ihre Schicksale auf Grund der Verfolgung. Besonders das Schicksal der Verfolgten des Naziregimes, welche in der Bundesrepublik erneut verfolgt waren und aus politischen Gründen verurteilt worden waren, erregte die Teilnehmer. Diese Verfolgungen waren oft auf Grundlage inzwischen verfassungswidrig erklärter Gesetze zustande gekommen und von Staatsanwälten mit faschistischer Vergangenheit initiiert. Besonders wurde das Wirken

des Anwalts des Staates Ottersbach an der politischen Sonderkammer Lüneburg verdeutlicht. Ottersbach mußte aufgrund von Protesten aus dem Justizdienst entfernt werden, weil er sich als Nazijurist mit Todesurteilen hervorgetan hatte.

In der Diskussion informierte der Landtagsabgeordnete Dr. R. Funda aus Sachsen-Anhalt über die Berufsverbotepraxis in den neuen Bundesländern. Die Teilnehmer verständigten sich, weiterhin für die Rehabilitierung aller Opfer des kalten Krieges einzutreten. Sie werden für die Aufhebung des KPD-Verbotsurteils eintreten, weil dieses Urteil sich mehr denn je als Hemmnis für eine demokratische Entwicklung zeigt und nicht in die politische Landschaft paßt. Die Diskussion um eine neue Verfassung wurde von den Teilnehmern unterstützt. — (Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges)



1964: Wegen Mitarbeit im Demokratischen Frauenbund zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, muß Emmy Meyer aus Hildesheim trotz Krankheit ihre Haftstrafe in Vechta antreten. (Quelle: Politische Strafjustiz in Nds., Dokumentation, 1966)

Elfriede Kautz: Protestbrief vom 12. 3. 91

Weil sie bis zum offiziellen Verbot für die Aktion „Frohe Ferien für Kinder“ tätig war, was das Gericht als Fortsetzung der verbotenen KPD, staatsgefährdenden Nachrichtendienst und Rädelsführerschaft wertete, wurde Elfriede Kautz am 4. 11. 61 zusammen mit anderen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Eine vorzeitige Haftentlassung lehnte die Lüneburger Kammer mit der Begründung ab: „Es ist nicht anzunehmen, daß die Verurteilten künftig nicht mehr die KPD-Ziele vertreten.“ (Quelle: „Wann werden sie rehabilitiert?“, Dokumentation, 1989)

Sehr geehrte Damen und Herren, Bundeskanzler Kohl forderte in seiner Regierungserklärung gesetzliche Regelungen für Rehabilitierung der Unrechtsopfer des kalten Krieges. Laut Grundgesetz haben alle Deutschen gleiches Recht. Ich fordere daher: Gleiche Rehabilitierung für alle Opfer des kalten Krieges, zu denen auch ich mich zähle.

Ich war Mitarbeiterin der Gemeinschaft „Frohe Ferien für alle Kinder“. Wir hatten, da unsere Heime in der Lüneburger Heide und im Rheinland für die vielen Meldungen minderbemittelter Eltern nicht ausreichten, eine großzügige Einladung der Betriebe der DDR in ihre Ferienlager angenommen. Schon damals haben wir uns für eine gute Verständigung untereinander eingesetzt.

Unbehindert haben wir sieben Jahre lang diese humane Tätigkeit zur Freude der Kinder ausgeübt. Die Bundesbahn, einem Minister unterstellt, gab uns bereitwillig verbilligte Sonderzüge zur Verfügung. Hätten wir wirklich Schuld auf uns geladen, hätten sie sich damit der Begünstigung schuldig gemacht. Sie aber haben keinerlei Scherereien bekommen.

Wir aber, vier Mitarbeiter bekamen eine über 500 Seiten starke Anklage, obwohl wir nach dem Verbot (zwei Tage vor der Abreise) sofort unsere Tätigkeit einstellen. Der berüchtigte Staatsanwalt Ottersbach, im III. Reich Ankläger am Sondergericht Kattowitz (dort hat er Todesurteile für Kleinigkeiten gefordert), hatte sie mit übertrieben-gehassem Fleiß zusammengebaut. Z. B.: auf Seite 340 und 440 wird mir vorgeworfen, ich hätte 1957 mit nennenswertem Erfolg in Havelse/Ha. einen von 350 Personen —

darunter 300 Kinder — besuchten Kinderkarneval aufgezogen: „Sie rezitierte Verse von Wilh. Busch und prämierte die besten Kostüme mit Bücherpreisen.“ Ja, das habe ich getan. Aber wie angeberisch hergesucht. Gehört das in so eine Anklage?

Uns traf die ganze Härte des kalten Krieges. Frau Schröter, Celle, und ich wurden nach sechs Wochen Verhandlung in Lüneburg nach § 90a, diesem Paragraphen, der eine Verurteilung für eine Tätigkeit in einer nicht verbotenen Vereinigung vorsah und bald nach unserer Verurteilung fallengelassen werden mußte, verurteilt.

1961 zu einem Jahr Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust verurteilt und 1963 in Vechta eingesperrt. Die beiden anderen Angeklagten erhielten neun Monate mit Bewährung. Der einzige Mann unter uns — Strafmilderung wegen seiner 4-maligen Kriegsverwundung!

Uns traf trotz all der vielen Proteste empörender namhafter Persönlichkeiten des In- und Auslandes — wir hatten offene Briefe, Prozeßberichte über diesen Skandal verschickt — die volle Härte dieses § 90a, obwohl uns schriftlich und mündlich in der Urteilsbegründung eine gute Arbeit zum Wohl der Kinder bescheinigt wurde.

Ich erhebe hiermit, auch im Namen meiner Mitverurteilten und Mitinhaftierten scharfen Protest gegen diese unberechtigte Willkür und fordere gleiches Recht für alle, auch der vielen anderen Unrechtsopfer des kalten Krieges: eine Rehabilitierung und Wiedergutmachung durch Gesetzesregulierung.

Hannover, den 12. 3. 91. Elfriede Kautz

„Der Verdacht eines Verstoßes ...“



Am 8. April 1963 wird eine öffentliche Veranstaltung der VVN Hannover verboten. In einer Erwiderungsschrift an das Verwaltungsgericht begründet die hannoversche Polizeidirektion das Verbot der im Bild angekündigten Veranstaltung: „Das Thema der Redner: 1933 — 1963. Vom Nazi-Terror zum Grundgesetz — läßt die beabsichtigte Tendenz der Versammlungsredner zweifelsfrei erkennen. Damit aber ist der Verdacht eines Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung als im überwiegenden Interesse liegend erkennbar.“

(Quelle: Politische Strafjustiz in Nds., Dokumentation, 1966)

Fritz Maiwald: Gefängnis für Kandidatur zur Bundestagswahl 1961

„Auf ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung und für die Dauer von vier Jahren auf die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter sowie den Verlust des Wahl- und Stimmrechts und der Wahlbarkeit“, so lautete das Urteil.

Worum ging es? Im September 1961 fanden Bundestagswahlen statt. Ich entschloß mich — wie bereits bei früheren Wahlen — wieder zu kandidieren, wie z. B. in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft zugleich als Vorwurf erwähnt. Zur Gemeindevahl und Bundestagswahl 1952 und 1953 und zur Landtagswahl 1955.

Welches sind die Hauptanschuldigungen, die massiv, zum Teil verdeckt, aber im Zusammenhang mit meiner Kandidatur als Einzelbewerber zur Bundestagswahl 1961 auch direkt erhoben wurden? Ich komme aus einer antifaschistischen, sozialdemokratischen Arbeiterfamilie, die sich schon vor 1933 gegen Faschismus und Krieg mit Arbeiterorganisationen gewehrt hat und nach 1933 verfolgt wurde.

Nach 1945 habe ich in diesem Sinne sofort politisch weitergewirkt. Im Konzernbetrieb als stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats, als Betriebsratsvorsitzender im Werk Hannover dieses Konzerns, als Vorstandsmitglied der Betriebskrankenkasse, als Vertreter der Belegschaft im Wirtschaftsausschuß und im Aufsichtsrat des Konzerns. Später im Handwerksbereich, im Gesellen- und Gesellenprüfungsausschuß und im Ausschuß zur Schlichtung von Lehrlingsstreitigkeiten.

Weitere ehrenamtliche Tätigkeiten führte ich aus: Als Arbeitsrichter, im Orts- und Kreisflüchtlingsausschuß, im Wohnungsausschuß der Gemeinde, im Entnazifizierungsausschuß und anderen ehrenamtlichen Gremien.

Offene direkte Anschuldigungen: In der Partei- und Gewerkschaftsfunktion, in der VVN/BdA, in allen gesellschaftlichen Gremien, bei allen Wahlen bin ich offen und öffentlich für folgende Zielsetzungen eingetreten (für diese Ziele trete ich auch heute noch ein):

Gegen Faschismus und Krieg
Für Frieden und Abrüstung
Für reale Demokratie

Für gesicherten Fortschritt, vor allem für den werktätigen und den armen Teil der Bevölkerung

Für die Sicherung und Erweiterung der Rechte der Frauen und Kinder

Das war seit der Zeit meines bewußten Lebens so, seit 1930, das wird bis zu meinem aktiven, bewußten Lebensende so bleiben. Dazu brauche ich keine Direktiven oder imaginären Anleitungen, sondern kann selbständig denken und handeln, im Kreise Gleichgesinnter mitberaten und mitgestalten.

Das aber paßte in die Zeit des kalten Krieges überhaupt nicht. Deswegen mußten Kreis- und Landtagswahlgesetz gebrochen werden und die Entscheidung des Bundeswahlausschusses, die die Rechtmäßigkeit meiner Kandidatur aufgrund meines Einspruches feststellte, im Gerichtsverfahren unterschlagen werden. Das Verfassungsrecht und die Wahlgesetzgebung wurden gebrochen.

Meine Verhaftung, Anklage und Verurteilung wurden erzwungen, und sie erfolgten unter Heranziehung und Unterschleichen und Unterstellungen von Vergleichen des Inhalts meines Wahlprogramms mit den Forderungen der legalen wie verbotenen KPD. Das ist rechtswidrig!

Hier einige Musterbeispiele: Die zehn Seiten umfassenden Ergebnisse der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft über meinen persönlichen wie politischen Werdegang zeigen in dem persönlichen Teil unwahre Behauptungen und Verdrehungen. Im politischen Teil außer den Unterstellungen, die willkürlich erfolgten, auch die jahrelang vorausgegangene Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes bzw. der politischen Polizei gegen Gewerkschafter, Friedensfreunde, Demokraten, Kommunisten, aber auch einfache Bundesbürger, die befreundet oder verwandt mit engagierten Bürgern sind.

Das geht bis hin zur Verletzung der Wahlgesetze, indem Unterzeichner mei-

nes Wahlvorschlages von Kriminalbeamten aufgesucht und mittelbar und unmittelbar unter Druck gesetzt wurden, damit sie ihre Unterschrift für meine Kandidatur zurücknehmen sollten.

Aufgrund der Anklage und des Urteils darf kein Bundesbürger die Ziele vertreten, die ich in meinem Wahlprogramm 1961 vertreten habe, wenn diese unter anderem auch von der legalen oder später verbotenen KPD vertreten wurden.

Auf der Grundlage meines Wahlflugblattes bzw. Wahlprogramms wurden unter anderem folgende Vergleiche willkürlich herausgefischt und mir zur Verurteilungsgrundlage untergeschoben: „Der Angeklagte hat ... es geschickt verstanden, in seinem Wahlprogramm den Eindruck einer unabhängig handelnden, eigenständigen Persönlichkeit zu erwecken, die hier aus rein persönlicher Sorge um das Wohl des Staates und seiner Bürger an die Öffentlichkeit trat ... und hat die wahren Ziele der Partei geflissentlich verschwiegen und verschleiert.“ (Urteil, S. 220) Weder die in der Anklageschrift noch im Urteil verwendeten angeblichen „Dokumente“ konnte ich im Original noch in irgendeiner anderen Form nachprüfen, da sie mir nicht zur Verfügung gestellt wurden.

Die geschichtliche Entwicklung zeigt deutlich, welche Forderungen in meinem Wahlprogramm 1961 mit Recht aufgestellt werden konnten und auch heute in ihren Grundzügen aktuell sind, ganz gleich, von wem sie, auch unter anderen von mir nicht aufgestellten Forderungen, gestellt werden. Die geschichtliche Entwicklung zeigt aber auch, wie Unrecht viel offener zu Tage treten kann und wie notwendig es ist, begangenes Unrecht wiedergutzumachen, soweit das irgend möglich ist. Das Minimalste ist die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges und deren Entschädigung für gesundheitliche und finanzielle Verluste. Diese Rehabilitierung fordere ich also auch für das mir zugefügte Unrecht.

Fritz Maiwald, Oktober 1990

Auszüge aus dem Wahlprogramm Fritz Maiwalds von 1961

Ich setze mich dafür ein, daß auch die Bundesrepublik sich offen bereit erklärt, ihren Beitrag zur Herbeiführung einer totalen Abrüstung zu leisten, damit die Menschen von dem Alpdruck des Krieges und des Atomtodes befreit werden.

Dazu halte ich es für notwendig, daß von Seiten der Bundesrepublik eindeutig ein Verbot der Anwendung von Atomwaffen unterstützt wird. In der Bundesrepublik dürfen sich keine ausländischen Atom- und Raketenstützpunkte befinden. Die Bundeswehr soll weder mit Raketen noch mit Atomwaffen ausgerüstet werden ...

Im Vordergrund steht der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten ... Die Bundesrepublik kann einen wesentlichen Teil zur Entspannung der internationalen Lage und damit zur Erhaltung des Friedens beitragen. Wir können uns selbst und anderen Völkern Milliarden Rüstungslasten ersparen ... Er (der Friedensvertrag) würde uns schnell von den Rüstungslasten befreien, und die, insbesondere von der deutschen Jugend geforderte Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ermöglichen ... Er würde auch die Bevölkerung von Westberlin aus ihrer Frontstadtposition herausbringen ...

Alle Parteien und Organisationen, die sich für die Erhaltung des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts einsetzen, müssen sich entsprechend des Grundgesetzes freibetätigen können. Notstands- und Notdienstgesetze, die den Krieg vorbereiten helfen und die demokratischen Rechte, vor allem der Arbeiter und Angestellten, einschränken, können verhindert werden ...

Durch den Abschluß eines Friedensvertrages und die damit verbundene Entschärfung wird sich der Einfluß der Rüstungsmonopole und Militaristen in Staat und Wirtschaft wesentlich verringern. Den von ihnen hochgepöbelten reaktionistischen und neofaschistischen Verbänden wird der Nährboden entzogen.

Ich bin bereit, die Forderungen der Arbeiter und Ange-

stellten nach Erweiterung der gesetzlichen Mitbestimmung in den Betrieben, Wirtschaft und Staat zu vertreten.

... In fast allen Organisationen des Staates, der sog. Selbstverwaltung und der privaten Wirtschaft ist als Vertretung für die Unternehmer und ihre Strohmannen eine gesetzliche Mehrheit festgelegt. Den Millionen Arbeitnehmern wird aber nur eine gesetzliche Minderheit als Vertretung zugebilligt ...

— Eine den geschaffenen Werten entsprechenden gerechte Lohn- und Gehaltszahlung.

— Einschränkung des Hetztempo in den Betrieben und Büros und damit Vermeidung der vielen Unfälle und der Frühinvalidität.

— Baldige grundsätzliche Einführung der 40-Stunden-Woche.

— Vier Wochen Grundurlaub für alle Werktätigen.

— Echte Sicherung des Arbeitsplatzes.

— Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Jugendliche.

— Auf dem Gebiet der Krankenversicherung: Volle Lohnfortzahlung für 6 Wochen im Krankheitsfalle, auch für gewerbliche Arbeitnehmer. Kostenfreie Arzt- und Krankenhausbehandlung. Freie Arzneimittelverordnung ohne Zuzahlung. 90-prozentige Übernahme der Kosten bei Zahnersatz, bei großen und kleinen Hilfsmitteln.

— In der Invaliden- und Angestelltenversicherung ausreichende Rentenzahlung für alle Altersrentner und bei Frühinvalidität. Herabsetzung des Rentenalters, besonders für Frauen, Anspruch der Vollrente ab 55 Jahren.

Durch die eingesparten Rüstungslasten ist es möglich, endlich die immer weiter um sich greifende Verschuldung der Städte und Gemeinden aufzuhalten. Es können Mittel für den sozialen Wohnungsbau, den Bau von Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Kindergärten, Kultur-, Erholungs- und Sportstätten ... wesentlich vergrößert werden.

Gegen großdeutsche Politik

14. antifaschistische Landes-Konferenz Nordrhein-Westfalen

Aachen. Knapp 200 Leute beteiligten sich an der 14. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW am 11.5.1991 in Aachen. Das entsprach den Erwartungen. Nach Grußworten, u.a. vom DGB-Kreisvorsitzenden, und einem Bericht zu neueren Entwicklungen bei faschistischen Organisationen und wichtigen Auseinandersetzungen in NRW fanden die zwölf geplanten Arbeitsgruppen statt. Die Berichte im Abschlusssplenum zeigten, daß die Ergebnisse interessant waren und in Richtung Konsolidierung der antifaschistischen Arbeit wiesen.

Erstmals wurde die Konferenz auch von einer ganzen Reihe von Teilnehmern aus der ehemaligen DDR besucht, darunter Mitglieder der PDS und des Bundes der Antifaschisten, u.a. aus Sachsen. Sie referierten in Arbeitsgruppen zum Thema „Folgen des Anschlusses der DDR“ und „Aktuelle Entwicklungen bei den Faschisten“. Im Abschlusssplenum wurde der gegenseitige Wunsch nach stärkerer Information und Kooperation vorgetragen. Auch aus den Niederlanden und Belgien waren Leute da, in einer Arbeitsgruppe wurde über eine bessere internationale Zusammenarbeit von Antifaschisten beraten.

Die Konferenz lehnte jede Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr, auch im Rahmen von „Blauhelm“-Aktionen der UNO ab. Sie unterstützte die Unterschriftensammlung „Bleiberecht für Roma“, die der landesweite Zusammenschluß der Roma-Unterstützungsgruppen „Pro Roma“ durchführt. Sie beschloß den unten auszugsweise wiedergegebenen Antrag der VVN/BdA Aachen gegen die Förderung revanchistischer Verbände.

Die ebenfalls auszugsweise wiedergegebene Resolution zum kurdischen Befreiungskampf führte zu einer Kontroverse. Die Arbeitsgruppe, die sie beantragte, hatte die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht konkretisiert und ausdrücklich das Recht auf Lostrennung und einen eigenen kurdischen Staat unterstützt. Dies fand im Plenum keine Mehrheit. Damit wurde dem anticolonialen und antiimperialistischen Inhalt des kurdischen Befreiungskampfes nur ungenügend Rechnung getragen. Die Frage wird weiter erörtert werden.

Beschlossen wurde, daß im Herbst ein Wochenendseminar zur antifaschistischen Arbeit stattfinden soll. Bei diesem Seminar sollen auch Möglichkeiten einer engeren regionalen Zusammenarbeit und eines Rundbriefes der Landeskongressen besprochen werden. Die nächste ordentliche Konferenz ist in einem Jahr. — (ads, wof)

Gegen die Unterstützung von Revanchismus

Wir fordern die Landesregierung Nord-

rhein-Westfalen auf:

1. Jede finanzielle und ideelle Unterstützung des Bundes der Vertriebenen (BdV) sowie aller Landsmannschaften der Vertriebenen einzustellen. Das schließt auch die sogenannte Kulturarbeit dieser Verbände ein.
2. Die Patenschaft des Landes NRW für die Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen und insbesondere der Oberschlesier zu kündigen.
3. Die „Verordnung über die Beiräte für die Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen im Lande NRW“ vom 17.9.84 ... zurückzunehmen.
4. Bei der Regelung eventueller Nachfolgeeinrichtungen (z.B. Aussiedler/innenbeiräte) den Vertriebenenverbänden keinerlei Vorschlagsrechte oder sonstige Einflußmöglichkeiten einzuräumen.
5. Sich bei der Bundesregierung für die sofortige und bedingungslose Ratifizierung des Vertrages über die polnische Westgrenze einzusetzen. Es ist unerträglich, daß dies bisher trotz Ankündigung nicht geschah und die Vertriebenenverbände mit immer neuen Forderungen die Ratifizierung bisher verhindern konnten.
6. Im Landtag dafür einzutreten, daß Politiker demokratischer Parteien sich aus den Vertriebenenverbänden zurückziehen.
7. Im Bundesrat dafür einzutreten, daß das Grundgesetz den völkerrechtlichen Normen angepaßt wird. Insbesondere ist der Art. 116 Grundgesetz (deutsche „Volkszugehörigkeit“ und Verewigung des Vertriebenenstatus durch Vererbbarkeit) zu streichen.

Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes

1. Ein gerechter Frieden im Mittleren Osten ist unmöglich ohne eine Lösung der kurdischen Frage ...
2. Die Konferenz bekräftigt ihre Forderung nach Beendigung der Kurdenverfolgung und Kurdenunterdrückung in der BRD ...
3. Jegliche militärische, wirtschaftliche und sonstige Hilfe für die Kolonialmächte über Kurdistan und gegen das kurdische Volk muß sofort und bedingungslos beendet werden ... Die „Türkeihilfe“ ... muß sofort beendet werden! ...
4. Das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes muß ohne Wenn und Aber anerkannt werden! Das kurdische Volk muß durch eigene Vertreter vor der UNO und vor allen anderen internationalen Organisationen seine Interessen vertreten können ...
5. Wir fordern, daß abgelehnte kurdische Asylbewerber ... nicht abgeschoben werden.
6. Materielle Hilfe soll an die kurdischen Organisationen bzw. nach deren Wünschen zugeleitet werden.

Zwangsarbeiter: Gericht braucht Zeit für Urteil zu Entschädigung

München. Am 15. Mai fand vor dem Oberlandesgericht München (Zivilgericht) der mündliche Teil des Berufungsprozesses der ehemaligen Siemens-Zwangsarbeiterin Waltraud Blass, die gegen den Siemens-Konzern Klage erhoben hatte, statt. Immerhin 40 Zuhörerinnen und Zuhörer nahmen teil, am Vorabend wurde eine Veranstaltung durchgeführt. Zum jetzigen Stand des Verfahrens gab es nichts Neues, der von Siemens beauftragte Rechtsanwalt bestritt die Ansprüche und plädierte zudem auf Verjährung, die Anwälte sprachen von „unzulässiger Rechtsausübung“, von einer Flucht hinter die Verjährung. Die Verjährung sei außerdem gehemmt gewesen, da die Klage in den 50-er und 60-er Jahren aussichtslos erschien, auch nach rechtlicher Beratung, wie Waltraud Blass selbst betonte. Das Urteil soll erst am 3. Juli verkündet werden. — (chl)

Law-and-Order-Truppe ist mit Schußwaffen ausgerüstet

Hannover. „Bürgerrechte“ übt der von Immobilienbesitzern und Geschäftsleuten engagierte private Wachdienst in der Passerelle aus, einer Einkaufspassage unter Hannovers City. Zwar gilt das Hausrecht dieser Truppe nur für die zu bewachenden Immobilien, aber es wird auch bei „vermuteten Straftaten“ zugegriffen, vermeintlich Drogensüchtige müssen sich Ganzkörperkontrollen unterziehen, Körperverletzungen sind an der Tagesordnung. „Wir sorgen mit Sicherheit für Ordnung“, unter diesem Motto sucht dieser Bürgerwehr-Service über Stellenanzeigen seine Meute zusammen: Kampfsportler(innen), Hundeführer, ehemalige Fernspäher, Kampfschwimmer, Feldjäger. Die Schießausbildung übernimmt Compass. Ein Kontaktladen für Wohnungslose sowie eine Drogenhilfeeinrichtung befinden sich in Häusern der Passerelle, die von Compass verwaltet werden. Sie bekamen zum 31.5. die Kündigung. — (rec)

Deutsche Reichsjugend gegründet

Villingen-Schwenningen. Am 4.5.91 hat sich die „Deutsche Reichsjugend“ gegründet. Anwesend waren nach Zeitungsberichten ca. 80 Jugendliche als Vertreter von FAP, Wikingjugend, Bismarck-Jugend, Heimatreue Vereinigung Deutschlands, JN/NPD, Deutsche Alternative (Kühnen) und Nationale Offensive. Nur die drei letztgenannten traten der DRJ bei und wählten den Bundesvorstand, der sich ausschließlich aus Mitgliedern aus Baden-Württemberg zusammensetzt. Die DRJ sieht sich als „Speerspitze des nationalen Freiheitskampfes für unser Volk ... Die DRJ ist zur Zusammenarbeit mit allen gutwilligen nationalen Parteien und Gruppierungen bereit, Aus- oder Abgrenzungsbeschlüsse gibt es nicht ...“ — (hat)

„Deutsche Allianz“ führte Veranstaltung am 1. Mai durch

Konstanz. Am 1. Mai fand die Veranstaltung der faschistischen „Deutschen Allianz“ (DA), wie befürchtet, im städtischen Scheffelhof in Radolfzell statt. Bereits zwei Wochen zuvor hatte das Antifa-Komitee Radolfzell eine Gegenkundgebung angemeldet. Am Samstag, den 27.4., änderte sich die Ausgangslage grundlegend. An jenem Samstagnachmittag nämlich beschloß eine Runde, die durch sozialdemokratische (und grüne) Funktionäre dominiert wurde, eine zweite Protestkundgebung zum gleichen Zeitpunkt, allerdings rund einen km entfernt, auf dem Radolfzeller Marktplatz. Die Begründung, daß man nicht die Kundgebung des Antifa-Komitees unterstützen wollte, war v.a. die Befürchtung „gewaltsamer Auseinandersetzung“. Unterstützt wurde die Marktplatzkundgebung durch die SPD, die GRÜNEN, Friedensinitiative und BUND-Jugend. Zur Kundgebung des Antifa-Komitees vor dem Scheffelhof kamen ca. 150 Menschen. In der Kundgebungsrede wurde auf die Rolle der DA als neue rechte Sammlungsbewegung hingewiesen und die Stadt wegen der Raumvergabe hart angegriffen. An der Marktplatzkundgebung nahmen ca. 120 Menschen teil, von denen einige anschließend zum Scheffelhof kamen. Für die Faschisten war ihre Veranstaltung ein glatter Reinfall. Obwohl Peter Liebchen (Anmelder der Faschisten) in der Lokalpresse „mit 260 bis 400 Teilnehmern, die aus dem ganzen Bundesgebiet anreisen würden“ rechnete, kamen nur etwa 15 Faschisten. Der von den Faschisten geplante Aufmarsch durch die Radolfzeller Innenstadt wurde nicht durchgeführt.

aus: Kommunale Berichte Konstanz — (wmo)

ASTa darf sich nicht zum Golfkrieg äußern

Hannover. Aufgrund einer Klage von Junge-Union-Mitgliedern hat das Verwaltungsgericht Hannover dem ASTa der Uni Hannover untersagt, sich zu allgemeinpolitischen Themen wie etwa dem Golfkrieg oder der Ausländerpolitik zu äußern. Der ASTa sei lediglich zur Wahrnehmung der fachlichen, sozialen und kulturellen Belange der Studenten berechtigt. Für eine etwaige zukünftige Überschreitung seiner Kompetenzen hat das Gericht ein Ordnungsgeld von 1 000 DM angedroht. Der ASTa wehrte sich gegen diesen Versuch der Jungen Union, ihm einen Maulkorb zu verpassen. Er will sich jetzt bei der niedersächsischen Landesregierung dafür einsetzen, daß die „unsinnige Trennung“ von hochschul- und allgemeinpolitischem Mandat aufgehoben wird. — (ibm)

Bundeseinheitliche Abschieberegulierung

Hamburg. Die Innenministerkonferenz hat einen Beschluß zur Abschiebung von Kurden aus der Türkei gefaßt. Danach soll nur noch abgeschoben werden, wessen Asylantrag abschließend abgelehnt, wer rechtskräftig verurteilt wurde, wer gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen hat. Der Beschluß gilt bis zum 1.10., danach ist die Zustimmung des Innenministeriums erforderlich. Zwar hat die Konferenz anerkannt, daß es — im Gegensatz zur Behauptung des Hamburger Innensenators — Anlaß gibt, „sich über die Verfolgung der Kurden in der Türkei zu sorgen“, Ausnahmen und Befristung werden jedoch als Druckmittel gegen die kurdischen Flüchtlinge benutzt werden können. — (ulj, sce)



Stuttgart. Etwa 100 Leute nahmen an einer von der Gesellschaft „Kultur des Friedens“ organisierten Kundgebung am 8. Mai 1991 teil. Gertrud Müller, Sprecherin der „Lagergemeinschaft des KZ Ravensbrück in der BRD“ griff die Haltung der Konzerne gegenüber den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern als „ein Beispiel der Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik“ an. — (evc, zem)

Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau

Dokumentiert: Redebeiträge einer Schülersprecherin bei Gedenkveranstaltung

Dachau. Die diesjährige Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau fand am 5. Mai statt. Sprecher der Initiative „Jahrestag der Befreiung“ erinnerten daran, daß vor 50 Jahren — am 22.

Juni 1941 — der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion begann. Die Rede von Miriam Heigl, Schülersprecherin des Münchner Werner-von-Siemens-Gymnasiums, dokumentieren wir im folgenden. — (acr)

„Obwohl ich 30 Jahre nach der Befreiung des KZ Dachau geboren bin, sehe ich jeden Tag Spuren der Vergangenheit: Hakenkreuze an Hauswänden, Rechtsradikale Parteien, die Flugblätter in Einkaufszentren verteilen. Leider sind, wie Untersuchungen zeigen, besonders viele Jugendliche für die Parolen der rechtsradikalen Parteien anfällig. Die anderen Parteien stehen diesem Problem hilflos gegenüber. Manche Politiker hoffen wohl, daß die Jugendlichen in unserem Bildungssystem zu mündigen Bürgern und Bürgerinnen erzogen werden. Aber dazu gehört auch die Aufarbeitung der Vergangenheit. Doch bei uns wird dieses furchtbare Kapitel deutscher Geschichte immer wieder verharmlost. Das beginnt schon in der Schule. So bleiben im Geschichtsunterricht oft nur 3 Wochen zur Behandlung der Nazidiktatur ... Diese Versäumnisse bei der Aufarbeitung unserer Vergangenheit haben auch erschreckende Auswirkungen auf die Gegenwart: Es häufen sich die Berichte von Übergriffen jugendlicher Neonazis auf Ausländer oder Antifaschisten. In Leipzig gab es vor wenigen Wochen das erste Todesopfer.

Doch solche Übergriffe, z.B. auf Asylbewerberheime, haben auch in den alten Bundesländern schon eine traurige Tradition. Dieses aggressive Verhalten der Jugendlichen hängt wiederum mit unserem Schulsystem zusammen. Denn wie sollen 15- oder 16jährige, die die Schule nach der 10., oder bei uns in Bayern schon nach der 9. Klasse verlassen, sich in der Welt der Erwachsenen zurechtfinden? Und natürlich können diese verunsicherten Jugendlichen erst recht nicht erkennen, was hinter den Versprechungen rechtsradikaler Propagandisten steckt. Sie hoffen auf eine schnelle Lösung ihrer Probleme, z.B. in der Arbeit, und dabei kommen ihnen die Ausländer, die Anderen, als Sündenböcke gerade recht ... Doch es gibt auch positive Ansätze: Zum Beispiel waren es Schüler und Schülerinnen, die Anfang dieses Jahres den Unterricht bestreikten und für den Frieden demonstrierten. Sie forderten den sofortigen Stopp der Rüstungsexporte und des Golfkriegs, sowie die Sicherung des Existenzrechts für alle Völker der Region ... Um diese positiven Ansätze zu unterstützen, und alle Schüler und Schülerinnen aufklären zu

können, fordern wir die Änderung des Bildungssystems.

Wir wollen erklärt bekommen, warum so viele Lehrer und Beamte in den Kultusministerien begeisterte Nazis waren, oder zumindest sehr gut mit ihnen auskamen. Wir brauchen Lehrer, die uns erzählen, daß viele Beamte, die unter den Nazis ihren Beruf ausgeübt hatten, auch nach 1945 in den Westzonen wieder eingesetzt wurden. Wir verlangen bessere Schulbücher. Bücher, die nicht behaupten, daß die Parteien der extremen Linken und der extremen Rechten gleichermaßen den Niedergang der Weimarer Republik beschleunigten und davon profitierten. Also Bücher, die nicht der historischen Lüge Vorschub leisten, Kommunisten und Sozialisten seien gleich Nazis. Wir brauchen Bücher, die den Skandal beim Namen nennen, daß linksverdächtige Lehrer und Lehrerinnen aus dem Schuldienst entlassen oder gar nicht erst eingestellt werden. Während rechtsradikale Lehrer und Lehrerinnen, auch wenn sie im Geschichtsunterricht die Existenz von Auschwitz leugnen, im Schuldienst bleiben dürfen ...“

Gegen „Blauhelm“-Beteiligung

SPD-Kreisparteitag gegen Bundeswehreinsatz für die UNO

Pinneberg. Nach fünfstündiger Debatte votierten mit 54 zu 38 Stimmen die Delegierten den Antrag des Ortsvereins Borstel-Hohenraden, nach dem sowohl die Mitwirkung an Einsätzen der UNO-Friedenstruppen („Blauhelme“) als auch an Militär-Aktionen einer multinationalen Streitmacht unter UNO-Kommando abgelehnt wird. Damit erfuhr der Leitantrag des SPD-Kreisvorstandes, der sich für „Blauhelm“-Einsätze für Bundeswehreinheiten aussprach und zur „Wiederherstellung des Weltfriedens“ auch die Teilnahme deutscher Berufs- und Zeitsoldaten an militärischen Einsätzen unter Verantwortung des UN-Sicherheitsrates vorsah, eine Schlappe.

Ein Antrag von MdB Lilo Blunck, das Grundgesetz dahingehend zu ändern, daß in der Verfassung der Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfälle verurteilt und auf ihn als Werkzeug der Politik verzichtet wird, wurde als „undifferenziert und unscharf“ kritisiert.

Im folgenden Auszüge aus dem Antrag des OV Borstel-Hohenraden:

„1. Deutsche Soldaten dienen ausschließlich zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und — aufgrund vertraglicher Verpflichtungen — zur Verteidigung der Nato-Länder. Der Einsatz deutscher Soldaten außerhalb der Nato, z.B. im Rahmen von UNO-Sondertruppen oder in anderen interna-

tionalen Verbänden, ist auch zukünftig nicht erlaubt. Eine Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel eines erweiterten Auftrages der Bundeswehr lehnen wir ab.

2. Der Export von Waffen in Länder außerhalb des Nato-Gebietes wird verboten. Das gilt auch für Waffen, die in Kooperation mit Nato-Partnern hergestellt werden. Eine entsprechende Bestimmung ist in das Grundgesetz aufzunehmen.

Begründung:

1. Wir sind der Meinung, daß es politisch anmaßend und moralisch verwerflich ist, wenn die BRD mit Hilfe der Bundeswehr in Konflikte zwischen anderen Staaten eingreifen würde, z.B. durch Teilnahme an UNO-Sondertruppen oder an internationalen Streitkräften wie im Fall des Golfkrieges. Die BRD soll nicht (wie andere westliche Staaten) zum selbsternannten Richter über andere Staaten werden, der sein militärisches Potential einsetzt, um Konflikte in seinem Sinne zu entscheiden. Krieg ist für uns kein Mittel der Politik, sondern bringt tausendfachen Tod, unermessliches menschliches Leid sowie materielle und ökologische Zerstörungen. Auch die sogenannten UNO-Friedenstruppen sind bewaffnete Streitkräfte und nicht geeignet, Konflikte zu lösen ...“ — (sip)

Stärkung von „Selbständigkeit“

Zur geplanten Reform des Landesbetriebes Krankenhäuser

Hamburg. Wie man aus dem Beschluß des Hamburger Senats vom 9. April 1991 ersehen kann, soll die „Reform zur Stärkung der zehn Allgemeinen Krankenhäuser in Hamburg“ die Führung des Landesbetriebes wie die Leitungen der einzelnen staatlichen Krankenhäuser in die Lage versetzen, „selbständig und eigenverantwortlich die verfügbaren Betriebs- und Investitionsmittel optimiert“ einzusetzen. Die Leistungsfähigkeit der staatlichen Häuser soll „auch im Vergleich zu anderen Krankenhäusern“ gesichert werden.

Die sich aus dem Krankenhaus-Neuordnungsgesetz, der Bundes-Pflegesatzverordnung und dem Gesundheits-Reform-Gesetz von 1988 gesetzlich ergebenden Forderungen sollen jetzt umgesetzt werden. Die in den Pflegesatz-(Budget)-Verhandlungen wesentlich gestärkte Position der Krankenkassen — Auskunfts- und Informationspflicht der Krankenhäuser und die Verpflichtung zu Wirtschaftlichkeitsprüfungen sollen hier nur beispielhafte Hinweise sein — machten eine grundlegende Umstrukturierung im Krankenhausmanagement notwendig.

Umsetzungsinstrument hierfür ist das „Betriebsstatut des LBK“: Aufsichtsorgan wird ein unter Leitung des Präses der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales geschaffener Verwaltungsrat, in dem auch Vertreter der Gewerkschaften

ten und des Gesamtpersonalrates sitzen. Neben der Festsetzung der Betriebsziele hat er auch die Funktion der Einsetzung und Abberufung von Geschäftsführern sowie die Aufgabe, diese zu beaufsichtigen und zu kontrollieren.

Der Landesbetrieb (Zentrale) selbst wird umgewandelt zu einer Geschäftsführung mit vier Geschäftsbereichen: 1. Medizin, Pflege und Krankenhausdienste; 2. Kaufmännischer Bereich; 3. Fachbereich Personalwesen; 4. Bau und Technik. Die Geschäftsführer sollen befristet auf fünf Jahre beschäftigt werden, was „periodisch-personelle Gestaltungsmöglichkeiten des Krankenhauses“ schafft. Sie haben u.a. die Aufgabe, die Krankenhausleitungen in fachlicher, wirtschaftlicher und personeller Hinsicht zu führen und zu beaufsichtigen. Die Krankenhausleitung, weiter bestehend aus dem Direktorium (Arzt, Pfleger, Kaufmann), ist dann ebenfalls mit Geschäftsführerverträgen befristet beschäftigt und leitet das Krankenhaus weitestgehend eigenverantwortlich. Modellversuche sollen durchgeführt werden. Viele Pflegekräfte, nicht nur Pflegedienstleistungen, erhoffen sich von einer solchen Entwicklung eine grundsätzliche Stärkung der Position der Krankenpflege auch im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsorganisation. — (uld/hee, AGG)

Zufriedenheit über Metall-Abschluß?

Auch im Niedriglohnbetrieb Bosch gibt es trotz Strukturverbesserungen Kritik

Stuttgart. Der Sindelfinger Metallkompromiß ist trotz einstimmiger Annahme durch die Große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg ziemlich umstritten. Eine breite Übereinstimmung gibt es wegen der besonderen An-

hebung der untersten Arbeiterlohngruppen, aber über die übrigen Punkte des Tarifvertrages (110 DM mehr für alle Auszubildenden, 6,7 Prozent mehr Lohn und Gehalt) gehen die Meinungen auseinander.

Knapp drei Prozent aller Arbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden sind noch in den Lohngruppen zwei und drei eingruppiert. Auch wenn diese Zahl zunächst klein erscheint, so ist doch der Anteil je nach Betrieb und Konzern sehr verschieden. Zum Beispiel Daimler-Benz: Von 30000 Beschäftigten im Werk Untertürkheim werden gerade noch 63 nach Lohngruppe drei entlohnt, keiner nach Lohngruppe zwei.

Anders im größten Bosch-Werk in Stuttgart-Feuerbach: Von 10500 Beschäftigten sind immer noch circa 140 in Lohngruppe zwei und über 1100 in Lohngruppe drei eingruppiert. Die Strukturverbesserung schmerzt die Bosch-Kapitalisten. Mit Zähneknirschen hat die Bosch-Geschäftsführung die Verhandlungen nicht scheitern lassen, obwohl Maßnahmen für den Fall eines Streiks bereits getroffen waren. Der Bosch-Personalchef saß in der kleinen dreiköpfigen Verhandlungskommission der Metallkapitalisten und stimmte letztlich zu. Warum?

Proteste während der Tarifverhandlungen und Warnstreiks nach Ende der Friedenspflicht hatten den regulären

Produktionsablauf erheblich gestört. Betriebsratsgremien verweigerten Überstunden in der Produktion und Lieferzusagen konnten nicht mehr eingehalten werden. Dies wirkte. Den Tariffrieden haben sich die Bosch-Kapitalisten über Erwerbsverluste teuer erkauft. In Lohngruppe zwei beträgt die Tarifierhöhung 12 Prozent, in Lohngruppe drei 9,2 Prozent. Diese Erwerbsverluste der untersten Lohngruppen ist der einzige Erfolg in dieser Tarifbewegung.

Die Tarifierhöhung um 6,7 Prozent bringt aber den unteren Angestellten und den Arbeitern ab Lohngruppe vier nicht einmal einen Ausgleich der Teuerung. Denn die Ausgaben für Heizöl, Benzin, Versicherungen und Telefon machen bei ihnen einen höheren Anteil aus als bei den oberen Einkommensklassen. Die Kritik am Tarifabschluß geht bis in Facharbeiterkreise. Betriebsratsgremien, Vertrauensleute und Belegschaften aus verschiedenen Betrieben kritisierten die Tarifierhöhung, weil die Strukturverbesserung zu wenig Lohngruppen umfasse. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung von Bosch in Feuerbach schrieb eine Er-

klärung an die IG Metall, in der sie die Kritik vorbrachte und eine demokratische Abstimmung forderte. Bosch-Vertrauensleute aus Facharbeiterabteilungen berichteten auf einer Vertrauensleuterversammlung, daß circa die Hälfte der Gewerkschafter mit dem Abschluß nicht zufrieden sei. Demonstrationen gegen die Steuerpolitik der Regierung wurden auch gefordert.

Während der größte Teil der Belegschaft wegen der Steuererhöhungen also mit Reallohnverlust rechnen muß, kündigt die Bosch-Geschäftsführung drastische Sparmaßnahmen an:

- * Fluktuation wird in der Produktion nicht mehr ersetzt
 - * die befristeten Arbeitsverträge laufen aus ohne Übernahme
 - * Auszubildende werden nach der Prüfung zunächst nicht in ein Facharbeiterverhältnis übernommen
 - * im Nicht-Produktionsbereich werden allein in Feuerbach 240 Arbeitsplätze abgebaut
- Den Teilerfolg dieser Tarifbewegung will Bosch durch Personalabbau und Leistungsintensivierung zunichtemachen. — (rkw)

Tarifabschluß Verlage in Baden-Württemberg

Stuttgart. Am 15.5.91 schlossen die Tarifparteien mit einer reinen Prozent-erhöhung von 6,8 % ab. Die Laufzeit beträgt ein Jahr. Das Ergebnis ist unbefriedigend, da die Forderung von 10 % und mindestens 300 DM sowie Strukturverbesserungen durch Aufstockung von Tätigkeitsjahren ihre Berechtigung auch darin hatte, daß in den vorhergegangenen drei Jahren niedrige Tarifabschlüsse wegen der gleichzeitigen Arbeitszeitverkürzung hingenommen werden mußten. Gleichzeitig haben die Verlage im vergangenen Jahr kräftige Gewinne gemacht. Bislang hatte die Gewerkschaft HBV eine Unterschriftensammlung — mit gutem Ergebnis — organisiert. Es bleibt nun offen, ob das Verhandlungsergebnis nicht durch weitere Aktionen hätte positiv beeinflusst werden können. — (ccs)

Tarifabschluß Großhandel 6,6% — mindestens 140 DM

Emmendingen. In der 3. Verhandlungsrunde für den Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg am 8. Mai 1991 vereinbarten HBV und DAG einen neuen Entgelttarif: Die Beschäftigten erhalten rückwirkend zum 1. April 1991 Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6,6 %, mindestens 140 DM. Damit liegt das Eingangsgehalt für gelernte Kräfte in der Gehaltsgruppe (GG) 2 bei DM 1875 und in GG 3 bei DM 2029. Die Ausbildungsvergütungen werden jeweils um 100 DM erhöht. Das sind im ersten Lehrjahr 871 und im dritten 1042 DM. Nach dem Abschluß in Bayern mit 6,5 % und dem Metallabschluß wollten die Kapitalisten keine Warnstreiks riskieren. — (kak)

Hubschrauber-Ehe zwischen BRD und Frankreich

Ottobrunn. Die MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Ottobrunn, Tochter der Dasa Deutsche Aerospace AG München, gründet mit dem französischen Luft- und Raumfahrtkonzern Aerospatiale eine gemeinsame Hubschraubergesellschaft: Die Eurocopter International GIE mit Sitz in La Courneuve bei Paris. Diese Management- und Vertriebsgesellschaft soll die gesamte derzeitige Hubschrauber-Produkt-Palette von Aerospatiale und MBB — zunächst noch mit Ausnahme Nordamerikas — verwalten. Aerospatiale, weltweit größter Hubschrauber-Exporteur, hat bisher rund 8700 Hubschrauber verkauft. MBB, führend bei zweimotorigen Leicht-Hubschraubern, brachte es hier bisher auf rund 1600 Hubschrauber. Es geht um zivile und militärische Hubschrauber, womöglich können dadurch für MBB bestimmte Exportvorschriften umgangen werden. Während auf politischer Ebene weiter am „gemeinsamen Haus Europa“ gearbeitet wird, das dann unter der Vorherrschaft der BRD und Frankreichs stehen wird, entwickelt sich parallel dazu bzw. sogar vorausseilend die Fusion und Zusammenarbeit verschiedenster Konzerne. Die gemeinsame Hubschraubergesellschaft soll nämlich nur der erste Schritt zu einer Fusion der beiden Hubschrauberbereiche zur Eurocopter-Firmengruppe unter dem Dach einer gemeinsamen Holding sein. Der Betriebsrat von MBB befürchtet eine Konzentration der Entwicklungsbereiche in Frankreich, was langfristig zum Stellenabbau in Bayern führen könnte. Die Dasa behauptet, durch die Zusammenarbeit sei auch ein Schritt in Richtung Sicherung von Arbeitsplätzen im Bereich MBB getan worden. — (chl)

Auseinandersetzung um Eingruppierung bei Fuba

Bad Salzdetfurth. Seit zehn Jahren läuft bei Fuba ein Verhandlungsstreit über Eingruppierungen nach der analytischen Methode. Der Betriebsrat will aktuell für 30 Frauen Höhergruppierungen von Lohngruppe 2 in 3 durchsetzen. 18 Frauen der elektronischen Vorfertigung führen, gestützt auf den Lohn- und Akkordausschuß des Betriebsrates, einen Arbeitsgerichtsprozeß, der Ende Mai/Anfang Juni vor die Schlichtungsstelle geht. Dieser Prozeß wird für die Elektro- und Metallverarbeitende Industrie Nds. Bedeutung haben, da erstmals Arbeitsplatzmerkmale, die über die analytische Arbeitsplatzbewertung hinausgehen, Anerkennung finden sollen. Nicht die zergliederten Arbeitsschritte sollen für die Eingruppierung ausschlaggebend sein, sondern die Belastungen und notwendigen Fertigkeiten der gesamten Arbeit in ihrer Summe. — (mal)

Siemens Gladbeck: Werks-Schließung durchgesetzt

Gladbeck. Gegen wochenlange Proteste hat der Siemens-Konzern die weitgehende Schließung des Werkes Gladbeck durchgesetzt: Bis Ende des Jahres soll die Telefonendgerätefertigung ins Werk Bocholt verlagert werden, lediglich die Kunststoffspritzerei bleibt eventuell in Gladbeck. Das ist das Ergebnis eines „Einigungsgesprächs“ unter Leitung von NRW-Ministerpräsident Rau (SPD), in dem Siemens zur Beruhigung der Gemüter eine Starthilfe von ganzen 1,5 Mio. DM für die „Zukunftswerkstatt Gladbeck“ zusagte — ein Bruchteil der öffentlichen Förderung, die Siemens bei der Ansiedlung in Gladbeck zugute kam. Die noch knapp 1000 Beschäftigten der Telefonendgerätefertigung Gladbeck — meist Frauen — sollen in Bocholt übernommen werden. Auch wenn das klappt, haben sie längere Fahrtzeiten und alle anderen mit Umsetzungen verbundenen Probleme. Unverständlich ist, daß das Ergebnis auch von Betriebsrat und IG Metall begrüßt wurde. — (wof)

Berufsschüler protestieren gegen Stundenausfall

Hannover. Die Jugendvertreter der Firmen SEL und Telenorma haben sich beim niedersächsischen Kultusminister Wernstedt (SPD) gegen den hohen Unterrichtsausfall im Fachbereich Kommunikationstechnik an der Berufsbildenden Schule IV ausgesprochen. Von 280 Stunden fachlicher Ausbildung fanden nur 220 und von 140 Stunden allgemeinbildenden Unterrichts nur 65 statt! Zehn bis fünfzehn neue Lehrer fordern die Jugendvertreter und außerdem Springer für Lehrerausfall durch Krankheit und Weiterbildung. Seit langem ist bekannt, daß die Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Berufsbildenden Schulen in Hannover die mieseste von allen Schultypen ist! — (ibm)

Gegen Dumping-Löhne

Gesetzesinitiative der Landesregierung NRW zur Leiharbeit

Düsseldorf. Nach Angaben der Zeitung „Metall“ ist Nordrhein-Westfalen und speziell das Ruhrgebiet eine Hochburg für Leiharbeit.

40000 Leute sind in NRW zur Zeit als Leiharbeiter beschäftigt, und das Geschäft boomt: Jährliche Zuwachsraten von 20 % waren in den letzten Jahren die Regel, die Zahl der Leiharbeitsfirmen hat sich in NRW von 400 im Jahre 1984 auf 1680 in 1990 vervierfacht. Das Landesarbeitsamt rechnet mit einer weiteren „explosionsartigen Zunahme“, nicht zuletzt durch den Einsatz von Leiharbeitskräften aus dem Anschlußgebiet, der ehemaligen DDR.

Wie gerade diese Arbeitskräfte zu Lohndrückerei mißbraucht werden, haben inzwischen auch Kontrollen der Gewerbeaufsicht an die Öffentlichkeit gebracht.

In der zweiten Dezemberhälfte 1990 ergab eine Kontrolle von 102 Fremdfirmen mit insgesamt 512 Beschäftigten im Raum Düsseldorf Löhne zwischen 7 und 11 DM für Arbeitskräfte aus dem Anschlußgebiet. Andere Kontrollen erbrachten Löhne zwischen 6 und 8 DM für Tätigkeiten, für die sonst das Dreifache gezahlt wird. Solche Bezahlung ist zur Zeit legal, da für die Beschäftigten aus der ehemaligen DDR die dortigen Tarifverträge gelten.

Vor diesem Hintergrund hat die nordrhein-westfälische Landesregierung Ende März eine Gesetzesinitiative gegen Lohndumping in den Bundesrat eingebracht. Eckpunkte dieses Gesetzesentwurfs sind nach Pressemitteilungen der Landesregierung:

— Die Löhne der Leiharbeiter sollen sich am Niveau der Tariflöhne des Entleihers orientieren. Zahlt der Verleiher weniger als 20 % unter dem Tarif des Entleihers, begründet dies automatisch ein Arbeitsverhältnis mit dem Entleiher zu dessen üblichen Bedingungen. Gibt es keinen Tarifvertrag, ist der Maßstab der ortsübliche Lohn.

— Bei anderen vertraglichen Konstruktionen (z.B. Werkverträge oder konzerninterne Arbeitskräfteüberlassung) und einer Bezahlung von 20 % unter Tarif wird der Arbeitsvertrag per Gesetz korrigiert. Kann der Verleiher nicht zahlen, haftet der Auftraggeber für den Lohn des Leiharbeiters.

— Da oft Qualifizierungsmaßnahmen vorgesehen werden, um Billigstarbeit zu verdecken, werden Kriterien entwickelt, die Qualifizierungsmaßnahmen von „normaler“ Arbeit unterscheiden.

Durch diesen Gesetzesentwurf will die Landesregierung Lohndumping bei Leiharbeit dem Tatbestand der illegalen Leiharbeit gleichstellen. Er soll auch gelten, wenn andere tarifliche oder branchenübliche Bestimmungen wie z.B. Urlaubsansprüche oder die Arbeitszeit nicht eingehalten werden. Die Durch-

führung der Bestimmungen, das wird in dem Gesetzesentwurf ausdrücklich gefordert, würde eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte verlangen. Insbesondere geht es um ein volles Unterrichtsrecht über die mit Leihfirmen abgeschlossenen Verträge und das uneingeschränkte Recht, die Zustimmung zu Leiharbeitsverträgen zu verweigern.

Genau hier setzt auch die Stellungnahme des Kapitalistenverbandes NRW an. Er sieht eine „unzulässige Kontrollfunktion für Betriebsräte der Entleiherfirmen“ und fährt schwere Geschütze auf „Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß unter dem Deckmantel der Vermeidung unerwünschter Lohnunterschiede der gesamte Fremdfirmeneinsatz unverhältnismäßig reglementiert werden soll. Diese Regelungen dürften also verfassungswidrig sein.“

Tatsächlich geht der Gesetzesentwurf auf Konfrontation gerade mit den Konzernen. Nach Angaben aus dem Landesarbeitsamt gehen immer mehr Großbetriebe dazu über, ganze Abteilungen wie Kantinen, Waschküchen, Verpackung oder Reparatur an Leiharbeitsfirmen abzugeben. Sie werden in dem Gesetzesentwurf als Entleiher direkt in die Pflicht genommen. Umso wichtiger wäre der Erfolg wenigstens im Bundesrat, in dem die SPD-geführten Landesregierungen inzwischen die Mehrheit haben. Die IG Metall hofft auch auf das Interesse der „Ost-Regierungen“, daß „ihre Bürger nicht zu Deutschen zweiter Klasse degradiert werden“.

Allerdings sind einige Punkte des Gesetzesentwurfs problematisch. Die Festlegung auf den Tariflohn läßt nach wie vor erheblichen Spielraum gegenüber den effektiven Löhnen. Unklar bleibt, wie weit der Einfluß der Betriebsräte bei der Kontrolle reichen soll, wer die Leiharbeitsverträge schließlich für ungültig erklären kann.

Darüberhinaus muß man feststellen: Die auch vom DGB erhobene Forderung nach Verbot der Leiharbeit erübrigt sich keineswegs. Bei den oben angeführten Kontrollen der Gewerbeaufsicht im Raum Düsseldorf wurden bei 75 % der Fremdfirmen Verstöße festgestellt: nicht nur gegen das bestehende Leiharbeitsgesetz, sondern auch gegen Richtlinien der Arbeitssicherheit und Arbeitshygiene. Auf einer Baustelle wurde der Einsatz von Leiharbeitern von der Gewerbeaufsicht sofort untersagt, weil durch das Fehlen von Absturzsicherungen und von Flucht- und Rettungswegen akute Lebensgefahr bestand. Leiharbeiter drückt nicht nur die Löhne, sondern auch die Arbeitsbedingungen.

Quellenhinweise: „Metall“ 9/91; Pressemitteilungen der Landesregierung, 28.11.1990 und 22.3.1991; „Handelsblatt“, 26.3.1991; „richten Stahl- und Metallindustrie“, 5/91 — (wof)



Essen. Auch nach dem „Muster-Tarifabschluß“ in Nordwürttemberg-Nordbaden mußte die IG Metall in NRW zu Warnstreiks aufrufen (Bild: Krupp Widia). Die Kapitalisten wollten die besondere Anhebung der Lohngruppen 2 und 3 nicht übernehmen. Durchsetzen konnten sie einen Abschlag: Die Anhebung der untersten Lohngruppen erfolgt in NRW in zwei Stufen. Lohngruppe 2 wird ab 1.6.91 um monatlich etwa 180 DM erhöht und ab 1.1.92 um weitere 22 DM; Lohngruppe 3 um etwa 155 DM und 24 DM (berechnet auf Stundenlohn-Basis, ohne tarifliche Leistungszulage). — (kw)



...seldorf. Zwecks Vermeidung von „Kulturschocks“, zur Erhaltung „religiöser Gemeinschaften“ will NRW-Sozialminister Heinemann (SPD) Einwanderer aus der Union, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn in sogenannten „Aussiedlergegenden“ zusammenfassen. Er begründet dies unter anderem damit, die Einwanderer sich vielfach ihre alte Dorfgemeinschaft zurück. — (uld, Bild: af/mz)

Aus Ländern und Gemeinden

Zweckentfremdung der Kurdistanhilfe

Stuttgart. Die vom Gemeinderat am 11. April beschlossene „Soforthilfe für kurdische Flüchtlinge“ in Höhe von 250.000 DM soll jetzt nach dem Willen der Sozialbürgermeisterin Müller-Trimbusch nicht unmittelbar den Flüchtlingen, sondern der Stadt Diyarbakir zugute kommen. In der Nähe des seit 1988 bei Diyarbakir existierenden Lagers soll eine gebrauchte Kanalisationsanlage der technischen Werke Stuttgart (TWS) errichtet werden. Während einer viertägigen Reise hat die Bürgermeisterin das Projekt mit der türkischen Kolonialverwaltung abgesprochen und sich vom Gouverneur davon überzeugen lassen, daß die Berichte über eine Sabotage der Kurdistanhilfe durch die Türkei nicht stimmen würden. Nur vereinzelt wurde im Gemeinderat gegen die Zweckentfremdung der Flüchtlingshilfe protestiert. Der kurdische Arbeiter- und Kulturverein will öffentlich gegen die Verwendung der Gelder durch die Stadt protestieren und fordern, daß das Geld, wie beschlossen, unmittelbar den Flüchtlingen zugute kommt. Das Komitee „Helft Kurdistan“ wird ebenfalls über eine Protesterklärung beraten. — (rac)

Landtagsopposition kritisiert neues Datenschutzgesetz

Stuttgart. Gegen die Stimmen von FPD, SPD und Grünen hat der baden-württembergische Landtag am 15. Mai ein neues Datenschutzgesetz beschlossen. Ein Vertreter der SPD wandte sich u.a. gegen den großen Ermessensspielraum für datenverarbeitende Stellen, die Beschränkung des Datenschutzes im Bereich der Forschung und die Entschärfung des strafrechtlichen Schutzes gegen Datenverstöße. Die Grünen fordern, daß die Datenschutzbehörde wegkommt „von der Fuchtel des Innenministeriums“. Die Datenschutzbeauftragte kritisierte, daß den Behörden ungehinderter Datenzugang und -gebrauch eingeräumt und „nahezu undurchschaubare Datenflüsse“ ermöglicht werden. Quelle: „Stuttgarter Zeitung“, 16.5. — (evc)

Deutsche Bischofskonferenz für „Ost-Investivlohn“

Hildesheim. Bischof Homeyer, in der katholischen Kirche verantwortlich für soziale Fragen, erklärte auf der Veranstaltung „100 Jahre Sozial-Enzyklika — „Rerum novarum“ Grundlage der sozialen Marktwirtschaft“ am 15. Mai in Hildesheim, daß die katholische Bischofskonferenz einen „Investivlohn für Ostdeutschland“ vorschlagen werde. Nach den Vorstellungen der Bischöfe, die der anwesende Heiner Geißler unterstützte, sollen die Beschäftigten in Westdeutschland auf einen Teil ihres Lohnzuwachses verzichten. Er solle nicht ausgezahlt, sondern in einen Investitionsfond für Ostdeutschland eingezahlt werden. Diese „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ sei sozial ausgewogen. Heiner Geißler erklärte dazu: „Der Markt allein hat es ja bei uns auch nicht geschafft. Wir brauchen also politisches Schlechtwettergeld für zwei bis drei Jahre im Osten... das ist nämlich soziale Marktwirtschaft.“ Auch der anwesende Ministerpräsident Schröder nielt dies für einen attraktiven Gedanken, denn dadurch würde die Gefahr unsozialer Eigentumsverhältnisse im Osten verringert. — (mal)

Streik an drei Münchner Fachhochschulen

München. 6000 Studenten und Studentinnen der Münchner Fachhochschulen demonstrierten am 8.5. gegen den Änderungsentwurf des bayerischen Staatsministeriums für die Rahmenprüfungsordnung der bayerischen Fachhochschulen (RaPo). Der Änderungsentwurf zur RaPo sieht eine Verschärfung der Prüfungsordnung vor: studienbegleitende Leistungsnachweise sollen aufgewertet und mündliches Ausfragen (Colloquien) sowie Schulaufgaben (Quickies) sollen möglich werden. Weiter ist beabsichtigt, die Studienzeiten und den Stoffumfang zu kürzen. Das Kultusministerium nennt dies „Entrümpelung der Lehrpläne“. Die Demonstration übergab im Wissenschaftsministerium Staatssekretär Wiesheu ein Protestschreiben mit 8000 Unterschriften. — (thg)

Starker Druck auf Jugendhäuser

Stuttgart. Die Gemeinderatsfraktionen von CDU und FDP sperrten dem Jugendhausverein eine Million Mark. Ein Gutachten über die Effektivität der Arbeit folgte ein Rechtfertigungsantrag über die Vorbereitungszeit von 6 3/4 Stunden, mit dem Ziel, sie zu kürzen. Die Vorbereitungszeit ist Teil einer Betriebsvereinbarung zwischen Verein und Stadt und kann erst zum Ende des Jahres gekündigt werden. Da der Jugendhausverein sich nicht unter Druck setzen lassen will, drohen die beiden Fraktionen, das Geld anderweitig zu verwenden. Dann stehen über 30 Entlassungen und die Schließung einiger Häuser an. — (umb)

Anwälte politischer Gefangener gegen Falschmeldungen

Hamburg. In zwei Presseerklärungen vom 18.5. haben Anwälte der Gefangenen aus der RAF von den Staatsschutzbehörden in die Welt gesetzte Falschmeldungen richtiggestellt:

„Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt haben im Prozeß gegen Susanne Albrecht vor dem Oberlandesgericht Stuttgart am 16.5.91 keine neuen Aktionen angekündigt. Vielmehr haben sie erklärt, daß die Gefangenen zu den „Kronzeugen“-Aussagen noch konkret etwas sagen werden, außerhalb von diesen Prozessen. Über den Inhalt der Erklärungen der beiden Gefangenen war kein Mißverständnis möglich... (Sie) liegen schriftlich vor und wurden außerdem vom OLG Stuttgart auf Tonband aufgenommen. Wir werden gerichtliche Schritte gegen alle einleiten, die die Falschmeldungen verbreitet haben oder weiter verbreiten, weil der Pressehetze ein Punkt gesetzt werden muß.“ (Renate Trobitzsch u.a.)

In der zweiten Erklärung kündigen RA Klumeyer und andere rechtliche Schritte gegen u.a. Generalbundesanwalt von Stahl an. Die BAW hatte in einer Panorama-Sendung vom 14.5. zum Beleg ihrer Behauptung eines „illegalen Infosystems“ widerrechtlich schriftliche Unterlagen präsentiert, die bei Razzien aus den Zellen der Gefangenen mitgenommen worden waren und Grundlage eines Ermittlungsverfahrens sind. Die Anwälte weisen darauf hin, daß in den Zellen nichts gefunden wurde, was mit den Aktionen der RAF zu tun hat. Das Ziel der Lügenkampagne sei es, die bestehenden Kleingruppen in Lüneburg, Celle und Ossendorf aufzulösen. — (scc)

Kommunalwahlen in Niedersachsen

Linke Bündnis-, Parteien- und Einzelkandidaturen treten in verschiedenen Städten an

Zu den niedersächsischen Kommunalwahlen am 6. Oktober kandidieren linke Bündnisse, Parteien und Einzelkandidaten. In Hannover tritt die Wählergemeinschaft „Linke Liste Hannover“ mit offenen Listen an, ein Bündnis von Mitgliedern aus BWK, DKP, PDS, Volksfront sowie Leuten aus antikapitalistischen Zusammenhängen. Weitere Bündniskandidaturen werden angestrebt in Braunschweig

und Göttingen. Die DKP wird in Northorn, wo sie bereits im Stadtrat ist, neuerlich mit offenen Listen kandidieren. Desweiteren prüft die DKP Möglichkeiten einer Kandidatur in Oldenburg. In Delmenhorst tritt ebenfalls eine „Linke Liste“ an, und in Grünplan bei Alfeld wird ein Einzelkandidat der DKP kandidieren. Im folgenden Stellungnahmen aus Hannover, Braunschweig und Göttingen. — (gec)

Beratungen zur Kommunalwahl in Braunschweig

Der „linke Dialog, Bündnis für linke Kommunalpolitik in Braunschweig“, veranstaltete am 27.4.91 einen „kommunalpolitischen Ratschlag“. 15 Menschen diskutierten in drei Arbeitsgruppen.

Die AG Antifaschismus hatte zum Hauptergebnis, daß antifaschistische Politik sich nicht beschränken dürfe auf die Kritik am und die Verteidigung gegen faschistischen Straßenterror. Vielmehr muß sie sich wenden gegen die schrittweise Übernahme faschistischen Gedankenguts in die herrschende Politik. Dies erfordert die Popularisierung der Kritik dieses Gedankenguts, wie die Bekämpfung einer Politik, die eine „Sozialkonzurrenz“ schürt.

Die AG Bildungspolitik will sich dauerhaft konstituieren und sieht ihre Aufgaben in der differenzierten Verteidigung der IGS-Schulen gegen Elitebildung und für eine Entwicklung des Berufsschulwesens gegen Tendenzen zur Absenkung des dortigen Bildungsstandards. Der kommunale Schulentwicklungsplan soll unter solchen Gesichtspunkten untersucht werden.

In der AG Finanzen und Wirtschaft stand der immer weiter um sich greifende Staatszentrismus im Vordergrund der Debatte. Er ermöglicht den Gemeinden immer weniger die Daseinsfürsorge für die Einwohner und unterwirft sie in wachsendem Maße den Bedürfnissen von Kapitalinteressen. Von der „rot-grünen“ Landesregierung soll Widerstand im Bundesrat gegen die Abschaffung der Gewerbesteuer gefordert werden. Ferner war in der Diskussion: Erhöhung des Gemeindeanteils am Gesamtsteueraufkommen auf zunächst 20%, Übernahme von 30% der Gemeindeverschuldung durch Bund und Land sowie volle Übernahme der Sozialhilfekosten.

Im Plenum wurde die vom „Linken Dialog“ vorgeschlagene Kandidatur zu den Kommunalwahlen 1991 diskutiert. Zweifel wurden geäußert, daß eine solche Kandidatur Aussicht auf Ratsmandate hätte. Ein Konsens scheint sich aber darin zu finden, daß, unabhängig von Wahlarithmetik, eine solche Kandidatur einen wichtigen Beitrag zur Festigung kommunaler Opposition leisten kann. Ende Mai, auf dem nächsten Plenum des „Linken Dialogs“, soll ein Fahrplan für die Einleitung der Kandidatur beraten werden.

Ein Reader zu Fragen der Kommunalpolitik kann gegen Einsendung von 5 DM in Briefmarken bezogen werden.

„Linker Dialog“, c/o Demokratische Sozialisten Nds. e. V., Wilhelmstr. 88, 3300 Braunschweig. — (hgh)

Aus der Erklärung des Linken Runden Tisches Göttingen

Verschiedene linke Kräfte aus Göttingen haben sich zu einem kommunalpolitischen Arbeitskreis zusammengeschlossen, dessen Tätigkeit zu einem längerfristig wirkenden Bündnis werden soll. Am Göttinger Linken Runden Tisch arbeiten Mitglieder verschiedener Organisationen und Initiativen (BWK, DKP, Volksfront, PDS u.a.) sowie Leute aus antikapitalistischen und antifaschistischen Zusammenhängen mit... Die Teilnehmer am Linken Runden Tisch Göttingen sehen die Grundlage ihres Handelns in der kommunalen Politik. Die Arbeits-, Studien- und Lebensbedingungen in unserer Stadt und an der Universität sind wesentlich geprägt von den Interessen der Industrie, Wirtschaft, des Handels. Von diesen Interessen wird das praktische Handeln in der Stadt abhängig gemacht. Deren politisches Sprachrohr sind die etablierten Parteien im Stadtrat, CDU, FDP und die SPD...

Besonders skandalös verhalten sich Rat und Verwaltung der Stadt Göttingen mit ihrer Tarif-, Preis- und Gebührenpolitik. Zu den enormen Steuerbelastungen aus Bonn treten vor Ort weitere Belastungen für die Bürger durch erhöhte Friedhofsgebühren, jährlich steigende Kosten für Altenheimplätze, Kindergartenbeiträge und durch die Stadtwerke Göttingen AG angekündigte Erhöhung der Bustarife. Die jahrelange Vernachlässigung des sozialen Mietwohnungsbaus durch den Bund, das Land und die Stadt läßt die private Bodenspekulation und Mietpreistreiber solch Großvermieter, wie Briese und Kurth blühen...

Am Linken Runden Tisch Göttingen ist die Diskussion über die Teilnahme einer „Linken Liste Göttingen“ an der Kommunalwahl am 6. Oktober 1991 nicht abgeschlossen. Eine mögliche Wahlbeteiligung richtet sich im Schwerpunkt gegen die sozial-reaktionäre Politik der Neonazis, der CDU und der FDP. SPD und GAL/Grüne werden danach zu beurteilen sein, wie sie den Neonazis und den bürgerlich-konservativen Kräften entgegengetreten. Der Göttinger Linke Runde Tisch hat seinen Platz links neben den GAL/Grünen und sieht Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit mit den GAL/Grünen und Kräften in der SPD in bestimmten Sachfragen. Eine Kraft links neben den GAL/Grünen im Stadtrat könnte von ihnen sehr wohl als Unterstützung empfunden werden.

radio st. pauli — auf Sendung?

Hamburger Alternativradio kämpft zum Zulassung

Hamburg. Das alternative radio st. pauli bewirbt sich um eine freie Frequenz, die gemeinnützigen lokalen Radios vorbehalten ist. Mit radio st. pauli sollen einzelne Menschen, Gruppen, Vereine oder Organisationen etc. die Möglichkeit haben, ihre Anliegen und Inhalte in eigener Regie — im Rahmen einer Programmstruktur und von programmlichen Grundsätzen wie z.B. antifaschistisch und antisexistisch — zu senden. Im folgenden ein Beitrag von radio st. pauli. — (scc)

Bald ist es soweit: Noch im April oder Mai wird die Entscheidung über die fast zwei Jahre lang verwaiste 97,1 Mhz fallen. Zur Erinnerung: Auch radio st. pauli hat sich um diese Frequenz beworben, was für sich genommen die Sache noch nicht spannend macht. Spannend wird sie dadurch, daß Grundsätzlicheres auf dem Spiel steht.

Radio in Hamburg — ein bislang bitteres Kapitel. Kaum jemand vermag sich noch vorzustellen, daß Hörfunk etwas anderes sein könnte als ein fröhlicher Begleiter durch den Tag. Das werbetreibende Einerlei von

NDR2RHRSHOK107ffn hat vergessen lassen, welche Möglichkeiten das Medium eigentlich bietet, den öffentlich-rechtlichen Rest hört sowieso (fast) niemand.

Die Gründe für diese Situation sind banal: Für das, wie's nachher klingt, ist auch beim Radio vorher wichtig, woher das Geld kommt und wie die Anbindung an die gedacht ist, die den Sender einstellen. Und wenn das Geld aus der Werbung kommt, wird zum entscheidenden Gesichtspunkt der Programmgestaltung, wieviele Menschen die Station eingeschaltet haben — schließlich soll die Werbung ja gehört werden. Dies wiederum hängt davon ab, ob das Programm „durchhörbar“ ist. Und ein Wortbeitrag von fünfeinhalb Minuten ist nun mal unhörbar, alles klar?

Diejenigen allerdings, die im gebührenfinanzierten Himmel leben, scheinen vergessen zu haben, daß sie nicht ausschließlich zum eigenen Vergnügen senden. Eine Anbindung der Hörer und Hörerinnen, die diesen Namen verdienen würde, ist nicht gefragt, von Einflußnahme ganz zu schweigen.

Die Entscheidung über eine Wahlbeteiligung soll in öffentlicher Diskussion all derer stattfinden, die sich in der bisherigen Kommunalpolitik nicht vertreten fühlen...

Aus der Erklärung der Linken Liste Hannover vom 17.4.91

Am 17.4.91 hat sich die Linke Liste Hannover gebildet und beschlossen, sich an den Kommunalwahlen am 6. Oktober 1991 zu beteiligen. Die Wählergemeinschaft Linke Liste Hannover, die aus dem Roten Tisch Hannover hervorgegangen ist, ist ein Bündnis von Einzelpersonen, Initiativen und Organisationen, das allen Interessierten offensteht.

Die Linke Liste Hannover beabsichtigt, in allen 20 Wahlkreisen mit Kandidatinnen und Kandidaten mit offenen Listen anzutreten. Sie ruft alle Menschen, Initiativen und Organisationen auf, die sich den Positionen, die die Linke Liste Hannover vertritt, anschließen können, sich aktiv an den Kommunalwahlen zu beteiligen und auf den Listen der Linken Liste Hannover zu kandidieren.

Die Linke Liste Hannover steht für eine Politik, die sich einsetzt für die Interessen der arbeitenden Menschen, für soziale Gerechtigkeit, gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung, gegen Profitinteressen und ökologischen Raubbau, für politische und demokratische Rechte, gegen die politische Entrechtung ausländischer Menschen, für die Gleichstellung der Geschlechter, gegen rassistische und faschistische Politik, gegen militaristische und imperialistische Kriegstreiberei, für Völkerverständigung und Frieden. Mit der Kandidatur sollen diese Positionen in die Kommunalpolitik eingebracht werden...

Die Linke Liste Hannover fordert alle Interessierten auf, sich an der Erstellung programmatischer Positionen auf dieser Grundlage zu beteiligen. Zu diesem Zweck wurden folgende offene Arbeitsgruppen eingerichtet: — AG Haushaltsfinanzierung und politischer Gestaltungsspielraum — AG Arbeit für alle — AG Wohnen und Mieten — AG Gesundheits- und Sozialpolitik, geplant — AG Antifaschismus/Antirassismus. Die Thematik Verkehr und Umwelt wird auf den Treffen des Roten Tisches Hannover behandelt. Die Linke Liste Hannover begrüßt es, wenn darüberhinaus von Betroffenen weitere themenbezogene AG's bzw. Beiträge eingebracht werden. Am 25. Mai findet eine öffentliche Konferenz der Linken Liste statt, auf der die programmatische Erklärung abschließend beraten und beschlossen werden soll und in einer Wahlversammlung die Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt werden.

Ist das wirklich die einzige Alternative? Entweder Dudefunk oder öffentlich-rechtliche Nabelschau?

Der einzige Bewerber um die 97,1, der sich nicht durch Werbeeinnahmen finanziert, ist radio st. pauli, das sein Geld aus den Mitgliedsbeiträgen eines Trägervereins erhält. Von den anderen Bewerbern eine Verschönerung der Radiolandschaft zu erwarten, wäre bei den gegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen illusorisch.

Für ein hauptsächlich durch Mitglieder finanziertes Radio steigen oder fallen die Chancen mit der Anzahl der Mitglieder, die so ein Radio finanziell und ideell unterstützen. Wir sind zwar schon eins, zwei, viele (nämlich schon über tausend), das reicht aber noch lange nicht, um so'n Radio am Laufen zu halten (dafür braucht's dreitausend). Das weiß auch die HAM (Hamburgische Anstalt für Medien, zuständig für die Zulassung und Kontrolle des Privatfunks — Red). Und du, lieber SympathisantInnen, weißt spätestens jetzt:

Jedes Mitglied mehr ist ein Argument für radio st. pauli!

Der 11. Parteitag der DKP

Im Vorfeld des 11. Parteitages

Der 10. Parteitag der DKP vor fünfzehn Monaten in Dortmund stand ganz unter den Bedingungen des Austritts vieler ehemals führender Funktionäre der DKP und der notwendigen Neuformierung und Erneuerung unter dem Eindruck des zusammenbrechenden Sozialismus.

Dieser Parteitag hatte die Aufgabe, unter völlig neuen Bedingungen, faktisch ohne hauptamtlichen Apparat, ein Zeichen zur weiteren Existenz der DKP zu setzen. Dortmund konnte sich dieses Signal erarbeiten. Mit der Beschlußfassung über ein vorläufiges Statut, dem Beginn der inhaltlichen Debatte, der Neuwahl einer politischen Führung, die als Sprecherinnen und Sprecher sowie als Parteivorstand eine neue Parteigeneration darstellten, konnten Signale gesetzt werden.

Dabei war klar, daß der Prozeß der Formierung in Verbindung mit umfassenden Krisenerscheinungen keineswegs gestoppt war. Nach wie vor gab es politische, ideologische und theoretische Differenzen in der Partei, Austritte, die entweder politisch motiviert waren oder einfach aus Resignation vollzogen wurden. Es gab kaum klare Vorstellungen, wie sich unter ehrenamtlichen Bedingungen die Partei, zum Beispiel auch mit ihrer Zeitung UZ, formieren konnte.

Der neugewählte Parteivorstand sah sich auch sofort neuen politischen Herausforderungen entgegengestellt, z.B. der Frage, wie diese neu entstehende Bundesrepublik Deutschland zu bewerten sei, welche Schlußfolgerungen es aus dem sich vollziehenden Zusammenbruch der DDR zu ziehen gilt; wie das Verhältnis der DKP zur PDS sich entwickeln kann; welche Impulse es von der DKP zur Formierung der Linken unter den komplizierten Bedingungen der umfassenden Krise der Linken geben könnte; wie man sich wahlpolitisch verhalten sollte unter den Bedingungen, daß mit der PDS/Linken Liste eine neue Formation zu den vorgezogenen Bundestagswahlen am 2. Dezember antreten sollte.

An all diesen Fragen wurde gearbeitet. Darüberhinaus fanden im Zeitraum des letzten Jahres zwei wichtige Parteikonferenzen statt. Die erste in Würzburg beschäftigte sich mit der Diskussion um die Bewertung der neuen deutschen Bundesrepublik und um eine wahlpolitische Strategie zu den Bundestagswahlen. Die zweite in Dortmund beschäftigte sich mit der weiteren Formierung und Erneuerung der DKP. Beide Konferenzen zeigten sowohl einheitliche Auffassungen in der Partei als auch Differenzen. Die zweite Parteikonferenz im Februar 1991 zeigte u.a. Differenzen, was die Frage der Parteikonzeption einer kommunistischen Partei in der Zukunft anbelangte und die Rolle der DKP bei der notwendigen Formierung einer gesamtdeutschen revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

Diese Erfahrungen des letzten Jahres prägten dann auch natürlich die Herangehensweise, die Zielprojektion und die vorgeschlagene Arbeitsweise des 11. Parteitages.

Verlauf des Parteitages

Der Parteivorstand hatte auf verschiedenen Tagungen im März, April und Mai die Zielstellungen für diesen 11. Parteitag erarbeitet. Sie hatte vor allen Dingen folgende Elemente:

1. sollte es darum gehen, die neu entstandene Lage in der Welt weiterzudiskutieren. Dazu gehörte die Analyse des Imperialismus unter den Bedingungen der Formulierung von Bush's neuer Weltordnung, dieses Imperialismus, der jetzt ungehindert von einem sozialistischen Weltssystem sich entfalten kann.
2. Aspekt war die Analyse des deutschen Imperialismus in seiner Rolle international und national.
3. die weitere Diskussion und die Erfahrungen, die der Zusammenbruch und die Zerschlagung des Sozialismus in einigen osteuropäischen Ländern bisher vermittelt haben.
4. die weitere Formierung und Erneuerung der DKP voranzutreiben als konsequente antikapitalistische Kraft, die, auf die Arbeiterklasse setzend, einen re-

volutionären Bruch als Weg zum Sozialismus für notwendig hält und dabei sich auf die Wissenschaft von Marx und Engels und in ihrer Weiterentwicklung von Lenin bezieht.

Daraus wurde als Schlußzielsetzung angestrebt mindestens der Beginn der Programmdiskussion, das weitere Experimentieren mit dem bisherigen vorläufigen Statut und eine Handlungsorientierung für 91/92 zu beraten und zu beschließen. Kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob bereits nach einem Jahr Neuwahlen der Sprecherinnen und Sprecher des Parteivorstandes notwendig war. Eine deutliche Mehrheit stimmte für diese Wahlen.

Dieses Herangehen an den Parteitag wurde einstimmig im Parteivorstand verabschiedet. Diese Einstimmigkeit und die positiven Ergebnisse der Parteikonferenz zu Fragen der weiteren Formierung und Erneuerung der DKP, die neben weiteren kontrovers zu diskutierenden Fragen auch sehr viel Übereinstimmung in wichtigen politischen Fragen brachte, waren die Grundlage, auf der der Parteitag dann gestaltet wurde.

Das Referat hat aus meiner Sicht eine ganze Reihe wichtiger Anstöße gegeben, zur Analyse des neuen Imperialismus weltweit und BRD-spezifisch als auch zur konkreten Strategie und Taktik der linken Gegenbewegung in diesem Land. Zu diesen Punkten gab es die größte Übereinstimmung auf dem Parteitag selber. Umstritten waren die analytischen Beiträge des Referats zu den Fragen des Zusammenbruchs und der Zerschlagung des Sozialismus sowie zum Stand der Parteidiskussion und der sich daraus entwickelnden Schlußfolgerungen für die weitere Formierung und Erneuerung der DKP.

In einer ganzen Reihe von Diskussionsbeiträgen wurde darüberhinaus die Notwendigkeit herausgearbeitet, sich stärker auf die politische Realität zu beziehen und mehr Orientierung zu geben für die tatsächlich stattfindende gesellschaftliche Auseinandersetzung in der neuen Bundesrepublik heute. Das wurde sehr oft mit der Forderung verbunden, Strukturen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR aufzubauen. Unumstritten ist in diesem Zusammenhang, daß Menschen, die in die DKP eintreten wollen und Strukturen schaffen wollen, dies auch können.

Umstritten ist allerdings die Frage, wie weit es kräftemäßig möglich ist, den Prozeß der Gestaltung von Strukturen zu organisieren. Meiner Meinung nach ist das ein sehr komplizierter Prozeß, der von vielen Faktoren abhängt. Genossinnen und Genossen, die durchaus unsere Grundauffassungen teilen, die in der ehemaligen DDR leben, haben aufgrund ihrer objektiven gesellschaftlichen Lage, aber auch aufgrund ihrer politischen und persönlichen Verfassung oft nicht die Kraft, eine kommunistische Partei mit aufzubauen. Der Schock der Rekapitalisierung mit all seinen Folgen sitzt entsprechend tief. Die Unsicherheit, was politisch-ideologische Grundlagen anbelangt, ist längst nicht aufgearbeitet. Das Vertrauen in eine revolutionäre Strategie und Taktik ist umfassend erschüttert. Es wird längere Zeit dauern, es wird praktischer und theoretischer Arbeiten bedürfen, ehe sich dieser Prozeß positiv entwickeln wird. Allerdings bin ich auch davon überzeugt, daß es zur Formierung revolutionärer Kräfte in der ehemaligen DDR verstärkt kommen wird.

Auf dem Parteitag wurden darüberhinaus Debatten zum Thema Offenhalten der Parteifrage oder „Festklopfen“ geführt. Aus meinem Verständnis heraus ist die Frage der DKP in der neuen Bundesrepublik Deutschland entschieden. Die Existenz unserer Partei muß sich jetzt vor allen Dingen in der politischen Auseinandersetzung bewähren. Sie wird sich entwickeln in dem Maße, wie wir ein attraktives Programm, ein neues Statut, ein neues Ansehen der Partei, besonders in der Arbeiterklasse, erarbeiten können.

Das alles braucht Zeit, ist durch keine Art von Beschlußfassung zu beschleunigen, sondern braucht u.a. den umfassenden Dialog in der Partei und mit linken Kräften außerhalb der Partei, z.B. auch an Roten Tischen. Mit der jetzt be-

schlossenen Aufgabenstellung für die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms wird deutlich angeknüpft an dem Mannheimer Programm. Es wird eindeutig bestimmt, daß es sich um das Programm einer revolutionären Partei handeln wird, und es geht von der DKP in der neuen Bundesrepublik Deutschland aus.

Mit diesem Beschluß ist ein wichtiger Abschnitt der Vordiskussion zu einem neuen Parteiprogramm geleistet worden. Jetzt geht es um konkrete Inhalte einzelner programmatischer Abschnitte. Wir gehen bei der Erarbeitung des Parteiprogramms von einem längeren Zeitraum aus. Es bleibt abzuwarten, ob es gelingt, noch mehr Übereinstimmung

schon Kräften in verschiedenen Ländern berichtet. Dabei wurde sehr viel Ähnliches und Übereinstimmendes deutlich, aber auch einige nationale Besonderheiten waren wichtig. Fragen der Delegierten waren natürlich insbesondere darauf gerichtet, herauszufinden, inwieweit die kommunistische Bewegung weltweit wieder verstärkt Tritt fassen kann, welche Signale es gibt zu mehr Einheit in Theorie und Handeln der kommunistischen Bewegung und welche Art Impulse man sich gegenseitig geben könne. Außerdem haben diese Foren den gerade jetzt sehr notwendigen Gedanken der internationalen Solidarität verstärkt. Sie waren sicher einer der erfolgreichsten Teile dieses Parteitages. Es ist zu hof-

entlich verkleinerten Parteivorstand (34 inkl. Sprecher/innen) brachte ein eindeutiges Ergebnis. Es waren Genossinnen und Genossen mit unterschiedlichen Positionen gewählt. Die Bezirke sind im Parteivorstand vertreten (bis auf den Bezirk Bremen, der keine Kandidatur angemeldet hat). Mehr als bisher wurden Genossinnen und Genossen aus Betrieben und Gewerkschaften in den Parteivorstand gewählt. Der Parteivorstand hat aus meiner Sicht höhere Voraussetzungen, als sie der letzte hatte, um der Partei insgesamt die notwendigen Impulse zur weiteren Formierung und Erneuerung zu geben.

Die Sprecherinnen und Sprecher wurden ebenfalls mit einem Votum von



Foto: M. Scholz

unter den Mitgliedern der DKP zu programmatischen Fragen herzustellen.

Ein wichtiger Beschluß war die Handlungsorientierung, gerade in dieser Zeit, wo die rechten Kräfte von Kabinett und Kapital einen umfassenden Umbau der Gesellschaft in der BRD vornehmen. Vielleicht lag hier noch eine Schwäche des Parteitages, daß er in dieser Situation, wo es um sehr viel gerade für die Arbeiterbewegung der neuen Bundesrepublik geht, sich noch zu wenig mit den realen politischen Vorgängen beschäftigt hat. Die Handlungsorientierung ist allerdings ein guter Leitfaden für die Tätigkeit in den folgenden Wochen und Monaten. Sie ist zugleich ein Stück Antwort auf die Kritik in der Partei, daß es zu wenig machbare Politikvorschläge von der bisherigen Führung der Partei gegeben hat.

Aus aktuellem Anlaß war die Behandlung eines beschäftigungspolitischen Sofortförderungsprogramms wichtig. Es ist als Entwurf veröffentlicht worden, wird jetzt in der Partei weiterdiskutiert und soll dann auf einer Parteikonferenz im Herbst dieses Jahres diskutiert und verabschiedet werden.

Darüberhinaus gab es eine Reihe weiterer Anträge, die sich mit politischen Aufgabenstellungen der Partei beschäftigen, die leider aus Zeitgründen nicht behandelt werden konnten. Sie werden mit den Antragstellern gemeinsam auf einer der nächsten Parteivorstandstagen zur Diskussion gestellt und verabschiedet werden.

Ein Experiment waren zwei Veranstaltungen, die zum Programm des Parteitages gehörten, die in ihrer Art so für die DKP neu waren und die beide wichtige Erkenntnisse brachten.

Am Parteitag der DKP nahmen etwa zwanzig Parteien, Befreiungsbewegungen und Botschaftsvertretungen aus verschiedenen Ländern teil. In drei verschiedenen Foren wurde über die Tätigkeit von revolutionären und sozialisti-

fen, daß die Informationen, die Anregungen, die daraus entstanden sind, nicht verstanden.

Ein zweites Experiment war, zur Formierung der Linken eine Podiumsdiskussion mit Vertretung verschiedener linker Bewegungen durchzuführen. An ihr nahmen teil die PDS, die Kommunistische Plattform der PDS, der Freidenkerverband, Pfarrer Sanß, bekannt aus der Friedensbewegung, BWK, die KPD aus der ehemaligen DDR, ein Vertreter der FDJ. In dieser Diskussion wurden interessante Themen angesprochen, wurde deutlich, daß es in aktuellen politischen Fragen viel Übereinstimmung gibt, daß darüberhinaus aber auch gravierende theoretische und politische Unterschiede existieren. Die allgemeine Frage war: Wie kann man dies alles zusammen produktiv machen? Hier hat es noch zu wenig Anstöße gegeben, obwohl die Meinung vieler Delegierter, die vorgetragen wurde, eindeutig war in die Richtung, mehr zur Formierung der Linken zu tun. Diese Kritik ging auch in Richtung des DKP-Parteivorstandes.

Über die Formen eines solchen Dialogs im Rahmen eines Parteitages der DKP gilt es weiter nachzudenken. Wichtig war dieser Teil dennoch. Es ist eben nicht nur eine interne organisationspolitische Frage der jeweiligen Parteien und Organisationen, es ist auch eine Frage der gemeinsamen politischen Verantwortung aller Linken, wie man gegen diese dominante rechte Politik vorgehen kann, welche Antworten man gegen diese herrschende Strategie entwickeln muß.

Manch einer fuhr mit einigem Herzklopfen zu diesem Parteitag, weil es Befürchtungen gab, daß über die Wahlen sich auch politische Entscheidungen vollziehen würden, daß eine bestimmte prägnant ausformulierte Position in der Parteidiskussion nicht mehr präsent sein würde im Parteivorstand. Die Wahl des

bis 82 Prozent gewählt. Das war sicher keine Überraschung. Es entsprach dem Wunsch der Mehrheit der Partei, daß diese Sprecherinnen und Sprecher weiter die Verantwortung wahrnehmen sollten, diese kollektiv entwickeln sollten. Es gab keine Gegenkandidaturen, was darauf schließen läßt, daß es wohl keine dezidierten Gegenpositionen, die bei der Konsequenz einer Gegenkandidatur signalisiert werden mußten, gibt. Ich sehe darin einen großen Vertrauensbeweis in dieser schwierigen Situation. Das Ergebnis für uns bringt auch zum Ausdruck, daß man unsere Tätigkeit unter erschwerten Bedingungen honoriert. Mein eigenes Wahlergebnis kam für mich etwas überraschend, nachdem doch eine Reihe Delegierter sehr kritisch sich mit meinem Auftreten und meinen Positionen auseinandergesetzt hatten. Auf alle Fälle wird es bei den vorherigen Meinungsverschiedenheiten unter den Sprecherinnen und Sprechern ihre Aufgabe sein, der Partei insgesamt ein Stück weiterzuhelfen.

Zur Zukunft der DKP

Nicht nur die abschließende Stimme des Parteitages, zum Beispiel ausgedrückt bei dem gemeinsamen Singen von Kampfliedern der Arbeiterbewegung, signalisiert die Entschlossenheit der meisten Mitglieder der Partei, die in und mit dieser DKP weitergehen soll. Diese Meinung und Haltung wurde auf der Parteikonferenz zum Vorbereitung des Parteitages sehr deutlich mehrheitlich ausgedrückt. Trotzdem gibt es natürlich auch Tendenzen zur Resignation, zum Verlassen der Partei, zur Suche nach anderen Lösungen, die die politische Identität zu bewahren. Alles gehört zur politischen Realität und heute.

Eine der wesentlichsten Fragen ist, wie wir die nächste Etappe der Formierung unserer Partei organisieren. Das heißt für mich in erster Linie, wie

politisch eingriffsfähig werden, z. B. in die sozialen Bewegungen eingreifen können. Die Umverteilung der Kosten und Lasten auf die Mehrheit unserer Bevölkerung wird nicht ohne politische Resonanz sein und bleiben. Es kommt jetzt darauf an, wie man vor Ort Bewegung entwickelt gegen Massenbelastungen. Preiserhöhungen. Es kommt darauf an, was wir leisten können, um einen Impuls zu geben für eine wirklich neue deutsche Bundesrepublik, z. B. im Rahmen einer Verfassungsdiskussion, wie weit es gelingt, progressive Inhalte dort mit einzubringen und inwieweit es gelingt, daß Tendenzen zu mehr Sozialpartnerschaft in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung sich nicht durchsetzen lassen. Es kommt auf die Entwicklung außerparlamentarischer Bewegungen an. Nichts wäre schlimmer, als wenn es gelingen würde, den einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen auszuspielen. Die Handlungsorientierung, das Beschäftigungspolitische Programm

bieten gute Grundlagen für eine linke Gegenstrategie.

Zweiter entscheidender Punkt wird die Beantwortung der Frage sein, wie es uns gelingt, unsere Programmdiskussion eben nicht nur nach innen zu führen, sondern zugleich diese Programmdebatte als Dialog aller Linken zu nutzen, Impulse aufzunehmen, Impulse zu geben und unseren Teil dazu beizutragen, als DKP Diskussions- und Arbeitsprozesse der Linken weiter voranzutreiben.

Hierzu bedarf es jetzt nach dem Parteitag einer Konzeption, wie wir die Programmdebatte im nächsten Jahr konkret gestalten wollen. Es wird notwendig sein, Foren, Aussprachen und ähnliches zu organisieren.

Auf dem Parteitag und anderen Parteikonferenzen gab es bereits eine intensive Diskussion um einige Fragen des Statuts. In Vorbereitung des 12. Parteitages wird auch daran die Partei weiterarbeiten müssen: Was hat sich bewährt von

dem neuen Statut; was hat sich als nicht machbar erwiesen; in welche Richtung wollen wir neue Impulse für die organisatorische Verfaßtheit unserer Partei geben?

Letztendlich wird sich die Frage der Formierung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse in der neuen Bundesrepublik Deutschland natürlich auch an der Frage entscheiden, inwieweit neue Teile der Arbeiterbewegung sich politisieren oder Teile der Arbeiterbewegung eine neue organisatorische Heimat suchen werden. Diese zwei Punkte sind sicherlich nicht kurzfristig zu sehen, aber sie stehen vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung international und national sehr wohl.

Die DKP muß sich dabei als ein konkretes Angebot verstehen. Sie muß die Bereitschaft aufbringen, zugleich mit anderen kommunistischen, sozialistischen, linken Kräften den Dialog zu führen und nach gemeinsamen neuen Lösungen zu suchen.

Meine Bewertung des gesamten Parteitages möchte ich vielleicht in folgenden Gedanken zusammenfassen: Der Parteitag hat unter den konkreten Bedingungen, unter denen er vorbereitet wurde und stattfand, ein positives Ergebnis gebracht. Ich gehöre allerdings auch zu denen, die sagen, daß gerade in dieser Zeit noch mehr notwendig ist. Wir müssen unsere Möglichkeiten, Fähigkeiten zu größeren Teilen in die Waagschale der politischen Auseinandersetzungen legen und zu einem größeren Teil in die nach innen gerichteten notwendigen Debatten konzentrieren. Wir brauchen den entschlosseneren Einsatz der Genossen und Genossinnen, die diese Partei erhalten, weiterentwickeln, erneuern und neuformieren wollen. Wir brauchen etwas mehr Selbstbewußtsein und begründeten Optimismus. Der Parteitag kann für all dies auch als eine Grundlage gewertet werden.

— (Heinz Stehr, Mitglied des Sprecherrates der DKP)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42.

Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Deljen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgarnit Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lölzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küster. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AG, der AG Medien in der Volksfront: AG, der AG Medien in der Volksfront: AG, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AG, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AG, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AG, der AG für kommunalpolitische AG, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 DM AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM. Jahresabo: 52 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Vorschläge für eine politische Handlungsorientierung 1991/92

Der 11. Parteitag bekräftigt, daß ein Eingreifen der DKP in die gegenwärtigen politischen und sozialen Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene notwendig ist.

Es ist uns bewußt, daß wir den schwierigen Prozeß der Erneuerung unserer Politik und Praxis ebenso fortsetzen müssen wie den Dialog über unsere Geschichte und die Aufarbeitung der Ursachen für den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten. Wir wollen darüber hinaus unsere neuen theoretischen Grundlagen erarbeiten. Das braucht Zeit und Kraft.

Aktivitäten der Partei, die Praxis eigenständigen Handelns vor Ort, regional und bundesweit, erschließen uns neue wertvolle Erfahrungen für die Entwicklung der DKP und sind unerlässlich für die Behauptung der DKP als ein aktiver Faktor in der Gesellschaft.

Dafür wird hier ein Rahmen vorgeschlagen, der das eigenverantwortliche Handeln unserer Parteigliederungen anregen und bestehendes Engagement auf betrieblicher und kommunaler Ebene, in der vielfältigen Vertretung von Bevölkerungsinteressen unterstützen soll.

In diesem Sinne wollen wir politische Positionen benennen und die Handlungsfähigkeit der Partei wiederherstellen oder verbessern. Dabei stoßen wir stärker denn je auf den Widerspruch zwischen erkannten Notwendigkeiten und den realen Kräfte-Möglichkeiten der Partei. Darum müssen auf jeglicher Ebene noch konsequenter Schwerpunkte gesetzt und Forderungen der Partei entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen der Bezirke, Kreise und Stadtteile differenziert aufgegriffen werden.

Der vorgesehene Handlungsrahmen geht davon aus, daß die DKP politische Forderungen und Aktivitäten entsprechend der neuen Realität des kapitalistischen Großdeutschlands und den Interessen der arbeitenden Bevölkerung ganz Deutschlands entwickeln muß.

Der Parteitag sieht für die nächste Zeit folgende Schwerpunkte der aktuellen politischen Auseinandersetzung:

- * Frieden und Abrüstung
- * Sozialabbau in den alten und neuen Bundesländern
- * Umweltpolitik
- * Demokratische Rechte und Mitbestimmung
- * Frauenrechte
- * Antifaschismus und Antirassismus
- * Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt.

1. Zur internationalen Politik — Forderungen der DKP

Nach der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses infolge der Niederlage des Sozialismus war der Golfkrieg ein Signal für die fortwährende Aggressivität des Imperialismus und die von ihm ausgehende Bedrohung des Friedens und der Freiheit der Völker. Als erste außenpolitische Aktion nach der Etablierung als neue Großmacht griff der deutsche Imperialismus aktiv in den Golfkrieg an der Seite des Weltgendarms USA ein.

Angesichts dessen ergeben sich für unsere Partei vordringlich folgende Forderungen und Ansätze für Aktivitäten:

- Keine Grundgesetzänderung zur Ausweitung des Einsatzes beson-

ders der Bundeswehr, auch nicht unter UNO-Hoheit.

- Drastische Senkung der Rüstungsausgaben und Einsatz der freigeordneten Finanzmittel beim wirtschaftlichen Umbau von militärischen Einrichtungen besonders betroffener Regionen.
- Vollständiges Verbot von Waffenexporten und Einrichtung wirksamer Kontrollen darüber, Enteignung der Gewinne aus dem Rüstungsgeschäft, Rüstungskonversion auf Kosten der Konzerne, jegliche Rüstungsproduktion muß in sinnvolle ökologische und soziale Zivilproduktion umgestellt werden.
- Absetzung neuer Rüstungsprojekte, insbesondere des Jägers 90.
- Aktive Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern, mit Totalverweigerern und Deserteuren.
- Keine Beteiligung an den Kosten des Golfkrieges, Rückforderung der an die USA geleisteten Zahlungen, Ablehnung jeglicher Kriegssteuern.
- Rückzug aller fremden Truppen aus der Golfregion.
- Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz zur Lösung der dortigen Konflikte unter Beteiligung der Kurden und Palästinenser sowie deren legitimer Vertretung, der PLO.
- Vorbereitung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten.
- Hände weg von Kuba und aktive Solidarität mit dem Land der Revolution auf dem Lateinamerikanischen Kontinent durch die Unterstützung der Aktion „Ein Tanker Öl für Kuba“. Wir sehen darin den aktuellsten Schwerpunkt in der Fortsetzung unserer internationalistischen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Nicaragua, El Salvador, mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt um Freiheit und Unabhängigkeit.

Unser Land braucht eine Außenpolitik, die ihre politischen und ökonomischen Potenzen für die friedliche Lösung von Konflikten und in die Rüstungskonversion einsetzt.

2. Zur Innenpolitik — Forderungen der DKP

Die Ausweitung der politischen und ökonomischen Macht des Großkapitals auf ganz Deutschland führt zu schwerwiegenden Angriffen auf die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung im Osten wie im Westen Deutschlands.

Die sozialen Probleme und Existenzsorgen der Menschen in Ost und West bilden einen Schwerpunkt in der Politik der DKP, um einen wirksamen Widerstand gegen die total profitorientierte Strategie des Monopolkapitals und seiner Regierungen zu erreichen.

Daraus ergeben sich für die DKP vordringlich folgende Forderungen und Ansätze für Aktivitäten:

- Gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Wohnungsnot in allen Bundesländern. Kein Auslaufen des Kündigungsschutzes in den neuen Bundesländern, Abwehr der De-

regulierungsvorschläge der Bundesregierung.

- Verteidigung der Frauenrechte und entsprechender sozialer Errungenschaften in den neuen Bundesländern, wie vor allem der Regelung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, im Zusammenhang des Kampfes um die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Frauen in ganz Deutschland.
- Durchsetzung des Umweltschutzes als eines verfassungsmäßigen Grundrechtes als Grundlage für einen wirksamen ökologischen Umbau in allen Bundesländern.
- Konsequente Unterstützung gewerkschaftlicher und sozialer Widerstandsaktionen in allen Bundesländern.
- Keine Angriffe auf Mitbestimmungsrechte in den Betrieben, Schulen und Universitäten. Verankerung umfassender Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten, die Schüler und Studenten.
- Erweiterung von Mitbestimmungsrechten der Bürger und Bürgerinitiativen in den Städten und Gemeinden.
- Verteidigung und Ausbau demokratischer Rechte, insbesondere Abwehr der Berufsverbote.
- Antifaschistische Aktivitäten, besonders Initiativen zum 50. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion.
- Aktivitäten gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

3. Zur Sozialpolitik — Forderungen der DKP

Die Beschlüsse des Kabinetts zur Erhöhung der Steuern ab dem 1. Juli 1991 dienen der Umverteilung von unten nach oben und sollen den Großunternehmen kostenlose Voraussetzungen für die Entwicklung des privatkapitalistischen Sektors in den neuen Bundesländern schaffen. Die Steuererhöhungen treffen die arbeitende Bevölkerung und die Sozialhilfeempfänger und Rentner am härtesten.

Demgegenüber vertritt die DKP den Standpunkt: Die Reichen sollen zahlen. Die an der Einheit verdienen, müssen zur Kasse gefordert werden. Als Bestandteil einer Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland treten wir für eine Sozial- und Kommunalpolitik ein, die eindeutig von den Interessen der arbeitenden Bevölkerung bestimmt wird.

Im Rahmen der großen Aufgabe sehen wir vordringlich folgende Forderungen und Ansätze für Aktivitäten:

- Streichung der arbeitsplatzvernichtenden Subventionen an das Großkapital, Unterstützung gewerkschaftlicher Aktionen für den Erhalt von Arbeitsplätzen, wie z.B. im Bergbau.
- Strenge Bestrafung der Wirtschaftskriminalität.
- Sonderabgabe für Spitzenverdiener.
- Rücknahme der Steuererhöhungen.
- Beendigung des Mietwuchers, verstärkter Bau von Sozialwohnungen, Sicherung einer besseren Wohnumwelt, für ökologisch und sozial sinnvolle Entsorgungskonzepte.

4. Maßnahmen und Projekte der DKP

- Im Herbst findet eine DKP-Ber-

triebs-, Personalräte- und Jugendvertreterkonferenz statt, die Vorschläge für den betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich diskutieren wird.

- Die DKP wird die Gewerkschaften in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen unterstützen.
- Diskussion des Vorschlages für ein Beschäftigungsprogramm der DKP, seine abschließende Formulierung und Einführung in die aktuelle Politik der Partei.
- Entwicklung eines Vorschlages für die grundlegende Umgestaltung der Wohnungspolitik, womit der Grundsatz, daß Wohnen zum Grundrecht des Menschen gehört und Wohnungen aus dem Mißbrauch als Profitobjekte befreit werden, konkretisiert wird. Dies soll zu einem Gesetzentwurf der DKP führen.
- Erarbeitung eigener Konzeptionen für die Schaffung von neuen demokratischen Genossenschaften in der Landwirtschaft, im Einzelhandel und im Bereich des Mittelstandes.
- Erarbeitung eigener Initiativen zur Verhinderung einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit, z.B. im Einzelhandel.
- Entwicklung eines Sofortprogramms, das die wesentlichen sozialen Forderungen der DKP zum EG-Binnenmarkt 92 formuliert.
- Erarbeitung von Projekten, die das Problem der Lebensmittelvernichtung in der EG und den Hunger in der Dritten Welt aufgreifen.
- Beratung mit kommunistischen Parteien der anderen europäischen Länder, um zu einem Treffen der europäischen kommunistischen Parteien Ende 1991 zu kommen.

Die in diesem Handlungsrahmen vorgeschlagenen Forderungen und Projekte sind vordringliche, von der Aktualität bestimmte Orientierungspunkte für die Aktivität der Parteigliederungen. Sie stehen in inhaltlichem Zusammenhang mit der weiteren Erarbeitung der programmatischen Grundlagen unserer Partei.

Sie sollen das eigenverantwortliche Handeln der Parteigliederungen fördern und den Sinn und Nutzen einer kommunistischen Partei erhärten. Dem entspricht es, daß die Kommunistinnen und Kommunisten, die Parteiorganisationen auf allen Ebenen für die genannten Ziele die Zusammenarbeit mit Betroffenen und Interessierten suchen, um die Aktionseinheit und das Bündnis aller linken und demokratischen Kräfte zu stärken. (überarbeiteter Entwurf: 11. Parteitag der DKP, 10./11. Mai 1991, Bonn)

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
 Straße:
 Postleitzahl/Ort:
 Konto-Nr./BLZ:
 (Bank Unterschrift)

Einsetzen an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

Playtexts — Mit Maschinen reden Rezitationstheater in neuer Form

Texte von Raymond Federmann, USA

In einem kleinen Kölner Privattheater — dem Theater im Bauturm — tragen Andreas Debatin und Tine Seebohm zur Zeit Gedichte und Prosatexte von Raymond Federmann vor. Die Inszenierung wird wahrscheinlich auch an anderen Orten gezeigt.

Raymond Federmann wurde am 15. Mai 1928 in Paris geboren. Von seiner Mutter in einem Schrank versteckt, überlebte er — nach der Eroberung Frankreichs durch die faschistische Wehrmacht — als einziger seiner Familie die Deportation durch die Nazis. Er kam 1947 als mittellosem Emigrant in die USA, wurde 1953 amerikanischer Staatsbürger. Seit 1964 arbeitet er als Professor für vergleichende Literaturwissenschaften an der Columbia University in Buffalo, gehört also zum US-amerikanischen Mittelstand.

Andreas Debatin und Tine Seebohm tragen die Texte in einer äußerst dichten Inszenierung vor. Andreas Debatin spielt dazu Gitarre, Tine Seebohm auf dem Akkordeon. Die Musik — US-Country-Folk mit Gitarrenbegleitung und französische Chanson-Melodien auf dem Akkordeon — spiegelt den Zwiespalt, den der Autor in seinen Texten darstellt. Dem Dresdner Regisseur Carsten Ludwig, Andreas Debatin und Tine Seebohm ist mit der Inszenierung mehr als die Darbietung einer Rezitation

von geschriebener Literatur gelungen.

Das Bühnenbild ist spärlich: Ein Teppich, den die Schauspieler während des Spiels nie verlassen, zwei niedrige Holzboxen, die zum Reinstiegen, Drauf- und Drinsitzen benutzt werden. Obwohl die meisten von Federmanns Texten alles andere als spielerisch sind, treten die grotesken, ironischen, komischen, ängstlichen, furchtsamen Facetten im Spiel hervor. Dennoch ist es für Zuschauer, die die Texte nicht kennen — und Federmann ist anders als z.B. Brecht oder Tucholsky kein auch nur halbwegs bekannter Autor — ziemlich schwierig, dem Fortgang zu folgen. Nachlesen der Texte ist hilfreich und die Inszenierung verlockt dazu.

Die Texte beschreiben den Widerspruch vom amerikanischen Traum und dem damit verbundenen Elend, von Verfolgung und Fremdenhaß und der oft erlebten Vergeblichkeit des Widerstands dagegen. Der Titeltext „Mit Maschinen reden“ erzählt von dem Bemühen eines Verzweiferten, einen Gesprächspartner anzurufen, er erreicht stattdessen nur Anrufbeantworter und erschließt sich — und „R hat vergessen, vor dem Abdrücken seinen Anrufbeantworter anzustellen“, so daß sich zuvor vergeblich Angerufene nun über den nichtangestellten Anrufbe-

antworter ärgern.

Das nie vergehende Erinnern an die Verfolgung durch die Nazis und die alptraumartigen Realitäten werden unter anderem mit den Texten „Flucht“ und „Der Traum von letzter Nacht“ dargestellt. In „Flucht“ beschreibt Federmann seine Erlebnisse nach Beginn der Deportationen: „Mein Leben begann in einem Schrank, unter leeren Häuten und staubigen Hüten ich lutschte gestohlene Zuckerstücke ...“ Mit marionettenartigen, abge-

hackten Bewegungen begleiten die Schauspieler die Texte, stellen die Verlorenheit der Emigration dar, karikieren bei der Darstellung des Textes „Auf der Autobahn mitten in einem Gedicht“ die Bemühungen des Fahrers, ein schnelleres Auto und einen rivalisierenden Autofahrer zu überholen, indem er einen Unfall inszeniert.

Sinnlich und gegen die Kühle der Technik gewendet, endet eine Geschichte, die von einer Reise auf einen quadratischen Planeten erzählt, auf dem alles die Form ineinander verschachtelter Kuben hat.

Die Texte sind erschienen in: Raymond Federmann, Playtexts — Spieltexte, Text und Porträt, Literarisches Colloquium Berlin, Berliner Künstlerprogramm DAAD, 20 DM. Aus diesem Buch ist auch das nebenstehende Gedicht „Der Traum von letzter Nacht“ entnommen. — (uld)



Bild: Theater am Bauturm

Theaterstück „Der Dibbuk“

„Warum, warum stürzt die Seele vom höchsten Gipfel in den tiefsten Abgrund? Weil nur die gestürzte Seele aufsteigen kann ...“ Dieser Text, zu Anfang und zu Ende des Stückes zu einer kabbalistischen Melodie gesungen, bildet das Motiv des Theaterstückes „Der Dibbuk, Dramatische jüdische Legende“. Schlomo S. Rappoport schrieb es in jiddischer Sprache unter seinem Künstlernamen An-Ski. Er wurde 1863 in Witebsk geboren und starb 1920 in Warschau. In seinem Todesjahr wurde es uraufgeführt. Gespielt wurde es mit großem Erfolg von der jiddischen Wilnaer Theatertruppe unter der Regie von Meierhold und in Moskau von der hebräischen Truppe Habima. Später wurde es von Max Reinhardt in Berlin und von Max Ophüls in Frankfurt inszeniert.

In dieser Spielzeit wird es im Urania-Theater in Köln aufgeführt, einer kleinen Bühne, die ständig von der Sparpolitik der Stadt bedroht ist. Gewählt wurde die Bearbeitung von Bruce

Myers von 1978 als Zweipersonenstück.

Chanan, ein frommer junger Mann, verwaist und mittellos, liebt Lea, die Tochter des reichen Reb Sender, in dessen Haus er Tischgast ist. Lea liebt ihn ebenfalls und will von dem reichen Schwiegersohn, den der Vater in seinem Ehrgeiz herbeischafft, nichts wissen. Chanan stirbt, als die Hochzeit mit dem anderen Bräutigam beschlossen ist. Lea fragt sich verzweifelt, was aus seinem ungeliebten Leben wird. Sie geht auf den Friedhof und lädt den Toten zur Hochzeitsfeier ein. Als die Trauung vollzogen werden soll, lehnt Lea den Bräutigam ab, in orthodoxen Kreisen ein unerhörter Vorgang. Chanan's Geist, der wegen seines unvollendeten Lebens und wegen seiner Sünde nicht ins Paradies kann, fährt als Dibbuk, als sich anklammernder Geist, in ihren Körper.

Die Hochzeitsfeier ist gesprengt. Die Familie wendet sich um Hilfe an einen Wunderrabbi, der den Geist austreiben soll.

Der Dibbuk kämpft verzweifelt gegen die Vertreibung von dem einzigen Ort, der ihm geblieben ist und unterliegt erst den stärksten Beschwörungen durch den Rabbi und die Gemeinde. Aber Lea hält auch an ihrer Liebe fest. Das Ende ist tragisch. In einer rabbinischen Gerichtsverhandlung wird enthüllt, daß die beiden als Kinder schon einander versprochen waren. Reb Sender aber in seinem Wunsch nach einem reichen Schwiegersohn sein Versprechen gebrochen hat. Lea stirbt an der Trennung von dem Geist ihres Geliebten. Nur die beiden Seelen kommen zueinander.

An-Ski verarbeitet das Thema des Dibbuk, eines Geistes, der von einem Menschen Besitz ergreift, ihn quält oder wahnsinnig macht. Zahlreiche Geschichten von Dibbukim wurden bei den Chassidim, einer mystischen Richtung der ostjüdischen religiösen Tradition, erzählt. An-Ski's Behandlung ist jedoch sehr modern. Er zeigt die unlösbaren Konflikte, die für die beiden Liebenden entstehen, wenn sie genötigt werden, sich dem Willen des Vaters, der auf ihre Liebe nicht achtet, zu unterwerfen. Entscheidend ist aber auch nicht die frühere Verlobung durch die Eltern, sondern nur die Liebe von Chanan und Lea selber. Die stärkste Person ist Lea, weil sie es wagt, sich dem Willen des Vaters zu widersetzen und für ihre eigene Entscheidung zu kämpfen. Das Recht dazu steht ihr in der religiösen Tradition, von der sie gefesselt wird, nicht zu. Ihre Befreiung von dieser auch gesellschaftlichen Bindung muß scheitern.

Auf die Aufführung im Urania-Theater ist viel Mühe verwendet worden. Die Schauspieler, Claudia Howard (Lea) und Ali Sommer (Chanan) müssen nicht nur die Hauptrollen spielen, sondern auch den stummen Figuren, von denen die Bühne bevölkert ist, ihre Stimme geben. Lea spricht auch den Part



Bühnenfigur

ihrer Amme, ihrer Mutter und der armen Jüdinnen, mit denen sie auf der Hochzeitsfeier tanzen muß. Chanan stellt auch seinen Studienfreund dar, der ihn ermahnt, sich nicht auf die Kabbala einzulassen, sowie den weisen Rabbi, der den Dibbuk austreibt. Die Bühne ist die ganze Zeit offen. Verwandlungen geschehen durch Verschieben der lebensgroßen, flachen, schwarzweiß bemalten Figuren, die die Familie und die Gemeinde verkörpern. An den Figuren sind einige Requisiten angebracht, die die Schauspieler an sich nehmen, das Kopftuch der Amme oder den Stab des Rabbi, wenn sie die Rolle einer dieser Figuren spielen. Die Schauspieler stellen also während der Aktion und während des Sprechens auch das Bühnenbild her. Dazu teilen sie mit, welche Personen gerade da sind oder abwesend sind. Der Zuschauer wird in die Arbeit einbezogen, weil er sich die benötigte Szene aus den gesprochenen Angaben zusammenstellen und ins Auge fassen muß. — (anl)

DER TRAUM VON LETZTER NACHT

Meine Frau und ich sind in einem fremden Land vielleicht in Europa alle Ausländer werden verhaftet um ausgerottet zu werden das ist unvermeidlich sagt man uns Ich gebe meiner Frau einen letzten Kuß bevor wir getrennt werden und sage sie soll versuchen zu überleben was immer auch geschieht dann sagt man uns daß sechs Personen aus verschiedenen Ländern zur gleichen Zeit gehen werden Ich werde gefragt woher ich stamme ich zögere und sage dann Amerika sie stecken mich mit fünf anderen Ausländern in eine Gruppe aber ich kann nicht sagen woher sie stammen wir gehen unter Bewachung durch die Straßen die Stadt ist verlassen es sieht aus wie in einem Bild von de Chirico Ich sage zu der Frau neben mir daß ich fliehen und überleben werde sie lacht als wir an die Kreuzung kommen renne ich von der Gruppe weg Ich bin nicht sicher ob die Soldaten mich verfolgen aber ich habe Angst und bin außer Atem Ich gerate in eine Sackgasse die von einer Brustung versperrt wird Ich schaue über die Brustung und sehe die ganze Stadt unter mir eine riesige schlafige Landschaft im Nebel Ich falle zu Boden und krümme mich in fetalier Stellung mehrere Soldaten kommen rufen richten ihre Gewehre auf mich sie zerrn mich hoch und binden meine Arme mit Stricken an meinen Körper Ich sehe aus wie eine Riesenwurst jetzt sind wir in einem weißen Zimmer und die Soldaten schubsen mich der immer noch gefesselt ist in den Kamin und prügeln mich mit den Gewehrkolben plötzlich höre ich eine Frauenstimme rufen keine Angst wir kommen und ich wache im Traum auf Ich liege immer noch in der Sackgasse auf dem Boden neben der Brustung daß die Soldaten mich mit ihren Gewehren schlagen war ein Traum im Traum ich begreife daß ich jetzt wach bin in meinem Traum Ich sehe vier Personen die vor mir stehen zwei Männer und zwei Frauen sie sprechen französisch mit mir und sagen daß sie mir helfen werden Ich steige in ihr Auto das ich nicht identifizieren kann das macht mich nervös eine der Frauen fährt sie trägt ein weißes Kleid das wie eine Schwestertracht aussieht wir kommen in ihrer Wohnung an sie sagen daß sie auch Ausländer sind und sich hier verstecken müssen die Wohnung ist sehr schick und gemütlich es scheint daß die Männer und Frauen nicht miteinander verheiratet sind die in dem weißen Kleid hat zwei Kinder sie sitzt mit ihnen an einem Tisch hinter einem Vorhang und sie essen Ich bin jetzt nicht sicher bin ich jetzt ein Junge oder immer noch ein Mann Es scheint die beiden Männer sind Architekten sie reden über Architektur sie sagen mir daß ich hier in der Wohnung bleiben kann daß ich auf einer Pritsche in einer Ecke des Wohnzimmers schlafen werde aber daß ich nicht rausgehen sollte sonst würde ich geschnappt einer der Männer fragt was ich getan hätte wenn sie nicht gekommen wären Ich sage zu ihm daß ich nach Westen zur Grenze gegangen wäre bis ich in Freiheit gewesen wäre er sagt mir daß ich es nicht geschafft hätte die Männer und Frauen reden jetzt über falsche Papiere die ich mir besorgen muß Ich muß mir einen neuen Namen für mich ausdenken Ich schlage Julien Sorel vor sie sagen das sei zu offensichtlich wie wäre es mit Julien Sorel sage ich einfach nur Julien Sorel sie finden ihn in Ordnung und einer der Männer geht los um meine Papiere zu beschaffen Ich nehme meinen neuen Namen an und später machen wir einen Spaziergang durch die Stadt die Soldaten auf den Straßen mustern uns abschätzig wir beschließen zurück in die Wohnung zu gehen und dort auf das Ende des Krieges zu warten Ich sage den jungen Männern und Frauen daß wir sofort gehen müssen weil wir alle ausgerottet würden wenn wir blieben sie argumentieren daß wir im Gegenteil gefangen wurden wenn wir gingen Ich sage ihnen daß wir nicht gefangen werden weil ich schon weiß daß wir überleben werden sie sehen überrascht aus Ich erkläre ihnen daß ich schon weiß wann der Krieg enden wird er wird 1945 beendet sein die Amerikaner werden eine Atombombe auf Hiroshima abwerfen 300 000 Menschen werden dort sterben dann wird der Feind aufgeben und wir alle werden frei sein sie scheinen mir nicht zu glauben daß ich das alles schon weiß als ich aufwache ist es der 15. Januar 1988

Neuerscheinung

11. o. Delegiertenkonferenz
des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
Tagung vom 9. bis 10. März 1991

Ergebnisse und Materialien

1/91

Herausgegeben vom Präsidium der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK 24 Seiten Preis: 3,50 DM. Zu beziehen bei GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260 226, 5000 Köln 1.



Aufführung von „Der Dibbuk“ im Urania-Theater 1991